

SAARLAND



STATISTISCHE
NACHRICHTEN

VIERTELJAHRESHEFT
des
STATISTISCHEN LANDESAMTES

I 2 3 4

I 2 3

I 2

Statistische Nachrichten

Vierteljahresheft des Statistischen Landesamtes

Hrsg.: Statistisches Amt des Saarlandes
Postfach 409, Hardenbergstr. 3
6600 Saarbrücken
Telefon: 0681 - 505 930
Btx: 20 395 60 #

Bezugspreis: Einzelheft **3,00 DM**
Jahresabonnement **10,00 DM**

Bestellungen: Statistisches Amt des Saarlandes,
Telefon: 0681 - 505 927

NACHDRUCK, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN: 0721-2410

INHALT

	Seite	
Kurzinformationen	Berufliche Schulen 1986/87	5
	Über 21 000 Studenten im Wintersemester 1986/87	5
	Über 56 000 Sozialhilfeempfänger im Jahre 1985	6
	Arbeiter- und Angestelltenverdienste im Oktober 1986	6
	Ausbildungsförderung im Saarland	7
	Konkurse im Saarland 1986	7
	Allgemeinbildende Schulen 1986/87	7
	Nachfragebelebung im Wohnungsbau	8
	Bis November 1986 108 Verkehrstote im Saarland – 13 mehr als in den ersten elf Monaten 1985	9
Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung	10	
Zur Wirtschaftslage	11	
Beiträge	Bautätigkeit im Jahre 1985	14
	Bundestagswahl am 25. Januar 1987	29
	Sozialhilfe im Saarland 1970 – 1985	33
Tabellenteil	Zahlenspiegel	68
Anhang	Mitteilungen des Amtes	75
	Statistik anno dazumal	76
	Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes	79

ZEICHENERKLÄRUNG

- p** vorläufige Zahlen
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- .** Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x** Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ...** Angabe fällt später an
- /** keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- ()** Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

Kurzinformationen

Berufliche Schulen 1986/87

Im Schuljahr 1986/87 bestehen im Saarland 288 berufliche Schulen, davon 231 in öffentlicher und 57 in privater Trägerschaft. Die 50 196 Schüler (2 013 oder 3,9 % weniger als im Vorjahr) verteilen sich auf die einzelnen Schularten wie folgt:

- 31 967 Schüler in 42 Berufsschulen,
- 2 307 Schüler in 49 Einrichtungen des Berufsbildungsjahres (BGJ),
- 433 Schüler in 18 Einrichtungen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ),
- 118 Schüler in 6 Einrichtungen BGJ Profil I Schulversuch Hauptschule/Berufsschule,
- 670 Schüler in 11 Berufsgrundschulen (BGS)
- 145 Schüler in 6 Berufsgrundschul-Förder-einrichtungen (BGS „F“),
- 5 716 Schüler in 52 Berufsfachschulen,
- 630 Schüler in 13 Berufsaufbauschulen,
- 2 819 Schüler in 26 Fachoberschulen,
- 2 728 Schüler in 21 Fach- und Technikerschulen,
- 290 Schüler in 1 Bergingenieurschule sowie
- 2 373 Schüler in 43 Schulen des Gesundheitswesens.

Von den 50 196 Schülern waren fast die Hälfte (48,6 %) Mädchen, deren Anteil im Vorjahr mit 44,3 % deutlich niedriger lag.

Die Zahl der Klassen (32 weniger als vor Jahresfrist) beträgt 2 412, woraus eine durchschnittliche Klassenfrequenz aller beruflichen Schulen von 20,8 (Vorjahr 21,4) Schülern je Klasse resultiert.

Insgesamt unterrichten an den beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens) 1 723, 547 weibliche (Vorjahr 1 729), hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer.

Über 21 000 Studenten im Wintersemester 1986/87

Nach vorläufigen Meldungen der Hochschulen sind im Saarland zur Zeit 21 073 Studenten (ohne Beurlaubte, Gasthörer usw.) immatrikuliert, 2,2 % mehr als vor Jahresfrist.

Damit nahmen die Einschreibungen an den saarländischen Hochschulen in den letzten zehn Jahren um 45,6 % zu, darunter die Zahl der Studentinnen (z.Zt. 8 507) sogar um 84,7 %. Seit dem Wintersemester 1976/77 erhöhte sich die Frauenquote von 31,8 % auf nunmehr 40,4 % der Höferschaft. Der Anteil der Erstimmatrikulierten (z.Zt. 3 027, darunter 41,9 % weiblich) sank dagegen in diesem Zeitraum von 18,0 % auf 14,4 %.

Aufgrund der Einstellungschancen ist der Anteil der Lehramtsstudenten (1 618, darunter 57,7 % weiblich) mit 7,7 % weiterhin rückläufig. Er betrug im Vorjahr 9,3 %, vor zehn Jahren noch ein Viertel aller Immatrikulierten.

Fast ein Drittel aller Studierenden belegte Studiengänge im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, ein Fünftel Sprach- und Kulturwissenschaften. Es folgten auf der Präferenzskala Mathematik/Naturwissenschaften (16,4 %), Ingenieurwissenschaften (11,2 %) sowie Human-/Zahnmedizin (11,1 %). Studentinnen und Ausländer bevorzugten mit 33,6 % bzw. 30,4 % Fächer im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften.

Die 21 073 Einschreibungen (darunter 829 Ausländer und 538 Ausländerinnen) verteilten sich wie folgt: Universität 17 485 (Vorjahr 17 252), Musikhochschule 306 (274), Fachhochschule 2 839 (2 628), Katholische Fachhochschule für Sozialwesen 215 (218), Fachhochschule für Verwaltung 228 (250).

Über 56 000 Sozialhilfeempfänger im Jahre 1985

Im Jahre 1985 belief sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger auf 56 265, das waren 6 340 Personen oder 12,7 % mehr als 1984. In dieser Zahl sind Nichtseßhafte sowie solche Personen nicht enthalten, die nur einmalige Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten oder an pauschal gewährten Leistungen teilhatten. Von den Sozialhilfeempfängern waren 24 185 Männer (+ 14,4 %) und 32 080 Frauen (+ 11,5 %). Fast drei Viertel der Empfänger (73,8 %) erhielten laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und 38,3 % Hilfen in besonderen Lebenslagen. Rund 12 % beanspruchten beide Hilfearten. Der Ausländeranteil betrug knapp 11 % gegenüber 9,7 % im Jahre 1984.

Laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt wurden 41 532 Personen (Vorjahr 35 879) in 23 647 Haushalten (21 153) gewährt. 22 401 Haushalte erhielten laufende Leistungen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Bei knapp 23 % von ihnen wurde die Hilfe wegen des Verlustes des Arbeitsplatzes in Anspruch genommen, bei 20 % wegen Ausfall des Ernährers. Diese Ursache betraf zu fast 60 % weibliche Haushaltsvorstände mit Kindern. In 14 % der Fälle waren unzureichende Versicherungs- oder Versorgungsansprüche Ursache der Hilfebedürftigkeit.

21 560 Personen erhielten Hilfen in besonderen Lebenslagen, darunter 8 873 Hilfe zur Pflege, 5 970 Krankenhilfe und 5 283 Eingliederungshilfe für Behinderte. Die gleichen Hilfeempfänger können mehrere Hilfearten in Anspruch nehmen.

Die meisten Sozialhilfeempfänger — 47 198 — erhielten ihre Leistungen außerhalb von Einrichtungen, also in der Regel zu Hause. Die Zahl der Empfänger in Einrichtungen belief sich auf 9 786 (1984: 9 123), wobei 719 Personen sowohl außerhalb als auch innerhalb von Einrichtungen Hilfen bezogen. Der Schwerpunkt der Hilfeleistungen innerhalb von Einrichtungen lag bei der Hilfe zur Pflege (3 842 Fälle) und bei der Eingliederungshilfe für Behinderte (2 831 Fälle). Bei der Betrachtung der einzelnen Altersgruppen

war zu erkennen, daß die Zahl der 18- bis unter 25-jährigen um knapp 16 % auf 7 599 und die der 25- bis unter 50-jährigen gar um gut 20 % auf 17 324 zugenommen hat, während die Zahl der 50-jährigen und Älteren (14 132) bei einer leichten Zuwachsrate von nur 2,5 % fast konstant blieb. Ein kräftiger Anstieg (+ 27 %) wurde wiederum bei den ausländischen und staatenlosen Hilfeempfängern registriert, und zwar um 1 294 auf nunmehr 6 117 Personen.

Arbeiter- und Angestelltenverdienste im Oktober 1986

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst in der saarländischen Industrie (ohne einmalige oder in unregelmäßigen Abständen erfolgende Zahlungen) betrug im Oktober 1986 für alle Leistungsgruppen 17,62 DM. Damit blieb der Stundenverdienst gegenüber 17,60 im Juli 1986 nahezu unverändert.

Im Jahresvergleich (Okt. 1985/Okt. 1986) stiegen die Bruttostundenverdienste um 3,6 %, wobei die Verdienste der Arbeiter (17,58 DM/18,22 DM) mit 3,6 % und die der Arbeiterinnen (12,37 DM/12,83 DM) mit 3,7 % annähernd gleiche Steigerungsraten aufwiesen.

Die Bruttowochenlöhne gingen im Berichtszeitraum Juli bis Oktober 1986 bei den Männern um 2,1 % auf 729,- DM und bei den Frauen um 0,1 % auf 500,- DM zurück. Die Entwicklung verlief, bei überwiegend rückläufiger Tendenz, in den einzelnen Industriezweigen recht unterschiedlich. So sanken die Wochenlöhne in der Eisenschaffenden Industrie infolge vermehrter Kurzarbeit um 5,7 % auf 643,- DM, im Jahresvergleich sogar um 8,6 %.

Die Bruttomonatsverdienste der Angestellten stiegen seit Juli 1986 in der Industrie um 0,2 % auf 4 292,- DM und im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe etwas stärker von 3 003,- DM auf 3 026,- DM (0,8 %). Seit Oktober 1985 erhöhten sich die Gehälter in den beiden Bereichen um durchschnittlich 4,0 % bzw. 6,1 %.

Ausbildungsförderung im Saarland

Die Ausbildungsförderung ist zusammen mit anderen direkten Leistungen (z.B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen Bestandteil der Maßnahmen, die dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch Ausbildungsförderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringerem Einkommen die Möglichkeit erhalten, eine Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung zu bekommen.

Die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) ist im Zuge der staatlichen Sparmaßnahmen in den letzten Jahren eingeschränkt worden. Ab Herbst 1983 wurde die BAFÖG-Förderung im Hochschulbereich auf die notwendigerweise auswärts untergebrachten Schüler/Schülerinnen sowie Abendschüler/Abendschülerinnen, Kollegiaten/Kollegiatinnen und eine Gruppe von Fachschülern/Fachschülerinnen beschränkt. Die Förderung der zu Hause wohnenden Schüler/Schülerinnen wurde eingestellt, da dies als Aufgabe der einzelnen Bundesländer angesehen wurde. So hat das Saarland auch ein eigenes Landesausbildungsförderungsgesetz, das Schülerförderungsgesetz vom 20.6.1984, geschaffen, in dessen Genuß im Schuljahr 1985/86 insgesamt 21 978 Schüler/Schülerinnen kamen; diese erhielten 2,45 Mio. DM an Schulbuchkostenzuschüssen und 1,12 Mio. DM an Fahrtkostenzuschüssen.

Leistungen nach dem BAFÖG erhielten im Jahr 1985 insgesamt 6 972 Schüler/Schülerinnen und Studenten/Studentinnen. Da sich die Förderung jedoch zum Teil nicht über ein ganzes Jahr erstreckte, belief sich die Zahl der im Durchschnitt je Monat geförderten Personen nur auf 4 751. Von den 1 425 geförderten Schüler/Schülerinnen besuchten 215 ein Gymnasium und 507 eine Berufsfachschule oder eine Berufsschule in Vollzeitform; unter den 5 547 geförderten Studenten/Studentinnen waren 4 163 an der Universität und 1 384 an Fachhochschulen eingeschrieben. Im Jahr 1985 wurden 28,4 Mio. DM für die Ausbildungsförderung nach dem BAFÖG ausgegeben, 8,7 Mio. DM für die Schüler/Schülerinnen und 19,7 Mio. DM für die Studentenförderung/Studentinnenförderung. Im Durchschnitt erhielt ein/eine geförderte (r) Schüler/Schülerin 463,-

DM je Monat, ein (e) geförderte (r) Student/Studentin 515,- DM.

Konkurse im Saarland 1986

Das Jahr 1986 schloß im Saarland mit einem neuen Höchststand an Insolvenzen ab. Die Amtsgerichte meldeten insgesamt 399 Konkurse, das sind 33 Fälle oder 9 % mehr als im Jahr 1985. Bundesweit dürfte sich das Jahresergebnis dagegen auf dem „Rekordniveau“ des Vorjahres einpendeln.

Die vermehrte Zahlungsunfähigkeit im Saarland wurde vom privaten Sektor verursacht, denn die Anzahl der Konkurse von natürlichen Personen und bei Nachlässen stieg um über 40 % auf 112 an. Auf den Unternehmensbereich entfielen dagegen wie im Vorjahr 287 Insolvenzen, wobei sich die einzelnen Branchen recht unterschiedlich entwickelten.

Die meisten gewerblichen Konkurse betrafen den Handel (+ 28 % auf 86 Fälle), ferner den Bausektor (+ 17 % auf 76 Fälle), den Dienstleistungsbereich (- 20 % auf 61 Fälle) und das Verarbeitende Gewerbe (- 23 % auf 50 Fälle). Unter den zusammengebrochenen Firmen nehmen die Handwerksbetriebe mit 113 Insolvenzen (das entspricht nahezu 40 %) einen immer größeren Anteil ein. In der Gliederung nach Rechtsformen ragt die GmbH mit 180 Konkursen (= 63 %) als häufigste Unternehmensart hervor. In fast drei Vierteln aller gewerblichen Insolvenzfälle sind Unternehmen gescheitert, die noch keine acht Jahre bestanden hatten.

Von den insgesamt 399 Konkursanträgen wurden lediglich 70 Verfahren eröffnet. Das bedeutet andererseits eine Mangels-Masse-Ablehnungsquote von 82 %. Der volkswirtschaftliche Schaden ist beträchtlich: Aufgrund einer Vielzahl sogenannter „Millionenkonkurse“ stieg die Summe der von den Gläubigern angemeldeten Forderungen gegenüber dem Vorjahr um 111 % auf 369 Mio. DM an.

Allgemeinbildende Schulen 1986/87

Im Schuljahr 1986/87 gibt es im Saarland 473

allgemeinbildende Schulen. Diese gliedern sich auf in: 214 Grundschulen, 55 Hauptschulen und 61 Grund- und Hauptschulen mit 59 393 Schülern, 51 Schulen für Behinderte mit 3 348, 37 Realschulen mit 13 516, 37 Gymnasien mit 24 596, acht Gesamtschulen mit 2 607, zwei Waldorfschulen mit 651 und das Saarland-Kolleg mit 136 Schülern. Hinzu kommen: eine Abendhauptschule mit 21, vier Abendreal-schulen mit 229 und zwei Abendgymnasien mit 236 Schülern.

Die allgemeinbildenden Schulen verzeichnen in diesem Schuljahr insgesamt 104 733 Schüler, 3 502 oder 3,2 % weniger als vor einem Jahr. Die stärksten Rückgänge mit 11,6 % bzw. 9,3 % weisen die Hauptschulen sowie die Schulen für Lernbehinderte auf. Weniger stark betroffen sind die Realschulen (- 4,1 %) und die Gymnasien, deren Schülerzahl in der Sekundarstufe I um 4,3 % und in der Sekundarstufe II um 5,8 % zurückging. Im Grundschulbereich ist die Schülerzahl um 784 erstmals seit Jahren wieder angestiegen. Mit 10 099 Schülern in der Klassenstufe 1 wurden gegenüber dem Vorjahr 660 Schüler mehr gezählt. Um über ein Drittel nahm die Schülerzahl an den Gesamtschulen zu, und zwar von 1 923 im Vorjahr auf nunmehr 2 607 Schüler, was vor allem auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß neben den beiden bestehenden mit Beginn des Schuljahres 1986/87 sechs weitere Gesamtschulen im Saarland den Schulbetrieb aufnahmen.

Kleinere Klassen gehören zu den positiven Folgen des Schülerrückgangs im Gesamtbereich der allgemeinbildenden Schulen. Im Landesdurchschnitt stellen sich die Klassenfrequenzen nunmehr wie folgt dar (in Klammer Vorjahreszahlen): Grund- und Hauptschulen 19,9 (20,0), Schulen für Behinderte 8,5 (8,9), Realschulen 23,4 (23,5), Gesamtschulen 26,1 (26,0), Freie Waldorfschulen 31,0 (30,1) und Gymnasien-Sekundarstufe I 22,8 (23,2).

Die insgesamt 104 733 Schüler werden von 7 779 hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrkräften unterrichtet, die sich wie folgt verteilen (in Klammer Vorjahreszahlen): Grund- und Hauptschulen 3 870 (3 965), Schulen für Behinderte 552 (566), Realschulen 1 057 (1 101), Gesamtschulen 225 (146), Waldorfschulen 51 (57) und Gymnasien 2 024 (2 056).

Von den 13 098 Schulabgängern des Jahres 1986 haben 26,7 % einen mittleren Bildungsabschluß erreicht, 20,8 % schlossen mit dem Abitur ab. Den Hauptschulabschluß erzielten 40,7 % der Schulentlassenen, 7,0 % blieben ohne Hauptschulabschluß. Die Gesamtzahl der Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen hat sich gegenüber 1985 um 1 725 oder 11,6 % verringert.

Nachfragebelegung im Wohnungsbau

Nach den für das Jahr 1986 vorliegenden Genehmigungszahlen zeichnet sich im Bereich der Wohnungsbautätigkeit eine leichte Nachfragebelegung ab.

Während im Jahr 1985 für insgesamt 1 482 Wohngebäude die Baugenehmigung erteilt wurde, fiel das Ergebnis des Jahres 1986 mit 1 645 Neubauvorhaben deutlich besser (+11,1 %) aus.

Aufgrund einer wohl hauptsächlich durch die Änderungen im Einkommensteuergesetz induzierten Nachfrageverschiebung zugunsten von reinen Einfamilienhäusern war der Anstieg bei den damit genehmigten Wohnungen allerdings geringer. So lag die Zahl der genehmigten Neubauwohnungen mit 2 303 Einheiten nur um 0,8 % über der für das Jahr 1985 ermittelten Zahl von 2 284.

Ihren Ausdruck findet die Nachfrageverschiebung in der Änderung der Struktur der geplanten Wohngebäude. Während die Zahl der genehmigten Einfamilienhäuser (ohne Einliegerwohnung!) im Vergleich zum Vorjahr um 25,2 % auf 1 243 angestiegen ist, waren die Wachstumsraten bei den Wohngebäuden mit zwei (- 16,9 %) sowie drei und mehr Wohnungen (- 25,9 %) negativ.

Unter den Bauherren dominieren mit 93,7 % die privaten Haushalte, in 5,6 % der Fälle treten private Unternehmen als Bauherren auf. Öffentliche Bauherren (einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter) spielen mit einem Anteil von 0,7 % im Wohnungsbau derzeit eine vernachlässigbare Rolle.

Da die Bauobjekte der privaten Haushalte

bei konventioneller Bauweise traditionsgemäß durch einen hohen Eigenleistungsgrad gekennzeichnet sind, dürften für das Bauhauptgewerbe keine entscheidenden Stimulationseffekte erwartet werden.

die Zahl der Getöteten um 13 erhöhte bei gleichzeitig rückläufigen Schwerverletztenzahlen (− 6,8 %). Die Zahl der Leichtverletzten war etwas höher als im Vorjahr (+ 1,4 %).

Bis November 1986 108 Verkehrstote im Saarland – 13 mehr als in den ersten elf Monaten 1985

Im November 1986 ereigneten sich wieder weniger Unfälle als im Oktober 1986 (− 9,3 %) und im November 1985 (− 16,0 %).

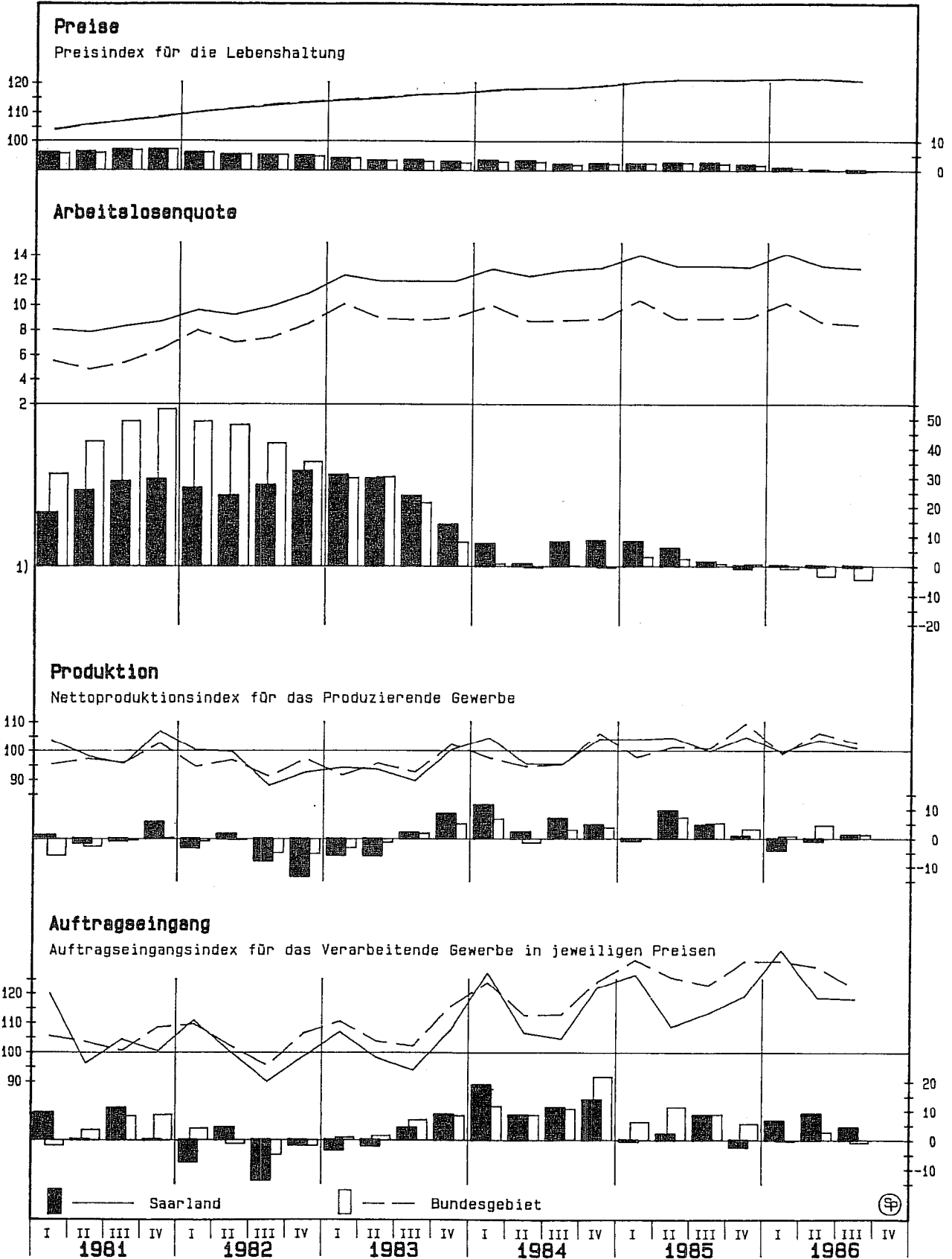
Die Polizei nahm insgesamt 3 016 (Nov. 1985: 3 591) Verkehrsunfälle auf; davon waren 2 578 (3 109) reine Sachschadensfälle (einschl. der Bagatellunfälle) und 438 (482) Unfälle, bei denen auch Personen zu Schaden kamen. Im Berichtsmonat wurden 5 (9) Verkehrstote, 109 (135) Schwer- und 468 (487) Leichtverletzte registriert. Die Zahl der Unfallopfer insgesamt lag deutlich (− 7,8 %) unter dem entsprechenden Ergebnis des vergleichbaren Vorjahresmonats, als der Wintereinbruch überraschend früh kam.

In den ersten elf Monaten des jetzt abgeschlossenen Jahres wurde mit rd. 31 000 Unfällen die etwa gleiche Anzahl der Verkehrsunfälle aufgenommen wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum (+ 1,3 %), wobei sich die Zahl der reinen Sachschadensfälle mit 25 899 nur wenig erhöhte (+ 1,5 %), die Zahl der Personenschadensfälle aber leicht zurückging (− 0,9 %).

Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich der Kraftfahrzeugbestand von Juli 1985 auf Jahresmitte 1986 um 3,1 % auf 538 335 weiter erhöhte, so daß auf 1,9 Einwohner ein Kraftfahrzeug entfiel. Bei 5 137 (Jan. - Nov. 1985: 5 184) Unfällen mit Personenschaden wurden 108 (95) Verkehrsteilnehmer auf der Stelle getötet oder starben innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen, 1 414 (1 517) trugen schwere und 5 318 (5 244) leichte Verletzungen davon. Insgesamt verunglückten bis November 1986 6 840 Personen auf den saarländischen Straßen, das sind um 16 oder 0,2 % weniger Menschen als im gleichen Vorjahreszeitraum; wobei sich

Konjunkturdaten Bundesgebiet und Saarland

Entwicklung und Veränderungsrate zum Vorjahresquartal



1) Veränderung der Zahl der Arbeitslosen zum Vorjahresquartal in %.

Zur Wirtschaftslage

Die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik war im bisherigen Jahresverlauf noch überwiegend von Auftriebstendenzen gekennzeichnet. Der Wachstumsprozeß setzt sich offensichtlich längerfristig fort und verläuft mit Schwankungen insgesamt in gemäßigten Bahnen. Das Bruttosozialprodukt, der umfassendste Ausdruck der wirtschaftlichen Gesamtleistung, dürfte im Jahresdurchschnitt nach den vorliegenden Schätzungen ein Plus von rund 2,5 % erreichen. Der Anstieg verlor im dritten Quartal etwas an Schwung; während real gegenüber dem Vorjahresquartal + 2,4 % verzeichnet wurden, ergab sich kalendermäßig und saisonbereinigt gegenüber dem 2. Quartal 1986 nur ein Zuwachs von rund ein Prozent. Besondere Merkmale der Gesamtentwicklung sind die vergleichsweise hohe Preisstabilität bei der Lebenshaltung, die Abschwächung der Auslandsnachfrage und die Stärkung der Binnennachfrage nach Industrie- und Konsumgütern einschließlich Dienstleistungen sowie eine gewisse Festigung der Baunachfrage auf einem allerdings niedrigen Niveau. Eine gestiegene Kaufkraft hat das Konsumklima günstig beeinflusst. Am Arbeitsmarkt brachte die konjunkturelle Aufwärtsbewegung trotz einiger positiver Tendenzen noch keine entscheidende Besserung. Der Beschäftigtenstand war im Herbst zwar schätzungsweise um 280 000 zusätzlich besetzte Arbeitsplätze (+ 1,1 %) höher als vor Jahresfrist, doch war die Arbeitslosigkeit im November mit 2,02 Mio. registrierten Arbeitslosen noch immer sehr hoch. Sie lag aber um rd. 122 000 Arbeitslose niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Arbeitslosenquote betrug 8,1 % (Vorjahr: 8,6 %). Die Leistungsbilanz gegenüber dem Ausland weist im bisherigen Jahresverlauf einen hohen Überschuß aus, der zum größten Teil aus der Handelsbilanz resultiert und zum Teil, aufgrund des drastischen Verfalls der Einfuhrpreise, aus den entsprechend günstigen Austauschverhältnissen erklärt werden kann. Für das kommende Jahr wird von Sachverständigen die Fortsetzung eines nur gemäßigten Wachstumskurses erwartet.

Die Entwicklungen auf Bundesebene sowie die engen Auslandsverflechtungen haben auch das Wirtschaftsgeschehen an der Saar beeinflusst. Vor allem aber die Probleme bei Kohle und Stahl zeigten nachhaltige Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft und den Arbeitsmarkt. Positive Entwicklungen in wichtigen anderen Sektoren reichten nicht aus, die aus den Schwächen des Montanbereichs resultierenden Einbußen zu kompensieren.

Über das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab für die gesamtwirtschaftliche Leistung lassen sich z. Zt. noch keine fundierten Schätzungen erstellen. Die Indikatoren aus dem Produzierenden Gewerbe, das einen Anteil von ca. 47 % an der gesamten Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche umfaßt, signalisieren leicht negative Tendenzen (Produktionsindex - 1,4 %, Gesamtumsätze der Industrie - 0,3 %), so daß aus dem produzierenden Sektor kein wesentlicher Beitrag zum Wirtschaftswachstum zu erwarten ist. Die Auftriebskräfte aus dem tertiären Bereich dürften höchstens zu einem realen gesamtwirtschaftlichen Zuwachs von sehr begrenztem Ausmaß führen.

Nachstehend wird eine schwerpunktmäßige Darstellung aus den bedeutendsten Bereichen bzw. Aktivitäten des Wirtschaftsgeschehens wiedergegeben.

Die saarländische Industrie zeigt bei der Umsatzentwicklung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gegenläufige Tendenzen zwischen Inlands- und Auslandsgeschäft. Trotz der im dritten Quartal etwas verbesserten Werte erreichte der Umsatz der ersten zehn Monate nicht ganz das Niveau des gleichen Vorjahreszeitraumes (- 0,3 %). Die Auslandserlöse blieben mit 7,9 % unter denen des Vorjahres, während die Inlandserlöse um 3,8 % zunahmen. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem die Schwächen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (- 11,8 %) sowie im Bergbau (- 3,8 %). Damit sind die Probleme der saarländischen Industriestruktur angesprochen, d.h. der hohe Anteil des Montansektors und die Probleme der Eisenschaffenden Industrie. Im Bereich der

Investitionsgüterherstellung gab es hingegen kräftige Steigerungsraten (+ 9,5 %). Die Umsätze im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe sowie im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe lagen nur leicht über denen der entsprechenden Vorjahresperiode (+ 2,2 % und + 0,4 %). Die Beschäftigungsentwicklung der Saarindustrie litt 1986 ebenso wie die Produktions- und Umsatzentwicklung unter den Problemen des Montankerns. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe konnte zwar die Zahl der Arbeitsplätze um 4,7 % erhöht werden, dem stehen jedoch Verluste im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe gegenüber (— 4,9 % bzw. — 6,0 %). Auch der Bergbau und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe konnten den Beschäftigungsstand des Vorjahres nur knapp behaupten. Damit ist es hauptsächlich der expandierenden und stetig an Bedeutung gewinnenden Investitionsgüterherstellung zu verdanken, daß die Gesamtbeschäftigtenzahl (139 492) nahe am Vorjahresstand gehalten werden konnte. Ohne die negativen Einflüsse aus dem Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, insbesondere der Eisen-schaffenden Industrie, wäre auch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes die Zahl der Beschäftigten leicht angestiegen.

Im Gegensatz zum Bundesgebiet liegt der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes auch 1986 mit 4,5 % noch deutlich über dem Vorjahreswert. Die Bestellungen aus dem Inland zogen sogar um 9,6 % an und die Auslandsbestellungen fielen mit 1,7 % nur geringfügig zurück. Im Bundesgebiet war der Anstieg der Inlandsbestellungen schwächer und der Einbruch im Exportgeschäft ausgeprägter. Im Saarland liegen die Bestellungen auch im dritten Quartal noch merklich über den Vorjahreswerten; gegenüber den Werten zu Beginn des Jahres ist jedoch auch hier eine gewisse Dämpfung nicht zu übersehen.

Auch im vierten Jahr des allgemeinen Konjunkturaufschwungs blieb die Lage der Bauwirtschaft größtenteils kritisch. Die Auftragseingänge signalisieren zwar ein vorläufiges Ende der Talfahrt, die Beschäftigtenzahlen fielen jedoch erneut ab. Die Arbeitsplatzverluste der letzten sechs Jahre sind nur noch vergleichbar mit dem Einbruch Mitte der 60er Jahre, als innerhalb einer 5-Jahresperiode ein Drittel der Arbeitsplätze wegfiel. Die Beschäftigtenzahl des Bauhauptgewerbes belief sich in den ersten zehn Monaten des Berichtsjahres auf durchschnittlich nur mehr 15 700, das sind gut 7 000 weniger als im Jahre 1980. Die geleisteten Arbeitsstunden fielen in der Berichtszeit 1986 um 5,4 %, die Erlöse um 1,1 % niedriger aus als im Vorjahr. Das Ausbaugewerbe meldete ebenfalls rückläufige Produktionsleistungen und weniger Personal, bei einer Zunahme der Umsätze um 3,4 %.

Das saarländische Handwerk berichtet in den abgeschlossenen drei Quartalen 1986 über einen geringeren Beschäftigtenstand (— 4,4 %), bei einer Zunahme der Umsätze um 5,9 %, wobei die Handwerkszweige des Verarbeitenden Gewerbes recht günstige (+ 9,6 %), die Dienstleistungsbereiche mäßige (+ 3,1 %) und die Baubranchen schwächere Ergebnisse (— 2,2 %) verzeichneten.

Der saarländische Einzelhandel setzte im Zeitraum Januar bis Oktober 1986 nominal um 1,2 % mehr um als während der entsprechenden Vorjahresperiode. Auf der Preisbasis von 1980 berechnet, entspricht dies einem realen Plus von 3,8 %, was aus rückläufigen Preisen bei bestimmten Gütergruppen (Heizöl, Kraftstoffe, elektrotechn. Erzeugnisse u.a.) resultiert. Sechs von neun Branchen setzten sowohl in jeweiligen als auch in konstanten Preisen gerechnet mehr um als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Besonders günstig schnitt der Einzelhandel mit Elektroerzeugnissen (+ 22,6 %) und mit Fahrzeugen (+ 10,4 %) ab. Beim Einzelhandel mit sonstigen Waren bzw. Waren verschiedener Art, zu dem die Großeinkaufsstätten wie Warenhäuser, SB-Häuser, Verbrauchermärkte und der Brennstoffhandel zählen, ergaben sich Mehrerlöse in konstanten Preisen (+ 4,3 %), während die Entwicklung in jeweiligen Preisen um 3,8 % hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb. Unverkennbar ist auch die Tendenz zu vermehrter Teilzeitbeschäftigung im Einzelhandel. In der Berichtszeit wurden 4,8 % mehr Teilzeitkräfte eingesetzt, während 3,1 % weniger Vollzeit-

plätze gemeldet wurden. Die Gesamtzahl der Beschäftigten nahm gegenüber dem Vorjahreszeitraum (— 0,6 %) leicht ab.

Im Gastgewerbe wurde bei den Gaststätten nominal das Umsatzvolumen des Vorjahres leicht übertroffen (+ 1,6 %), während rückläufige Zahlen bei den Beherbergungsbetrieben festgestellt wurden (— 1,8 %). Der Beschäftigtenstand erhöhte sich bei verstärktem Einsatz von Teilzeitarbeitskräften um 6,1 %.

Im Außenhandel sind bei den Einfuhr- und Ausfuhrwerten der ersten neun Monate 1986 rückläufige Entwicklungen eingetreten (— 9,6 bzw. — 6,8 %), wobei sich nach wie vor ein hoher Exportüberschuß ergab (2,83 Mrd. DM bzw. — 2,7 %). Im Frankreichgeschäft, dem traditionellen Schwerpunkt des Außenhandels, wurde ein starker Einfuhrzuwachs (+ 14,4 %) bei gleichzeitigem Rückgang der Exporte (— 12,3 %) festgestellt; als Saldo ergab sich im Gegensatz zum Vorjahr ein Einfuhrüberschuß von 356 Mio. DM.

Die Preise für die Lebenshaltung der privaten Haushalte lassen auch im Berichtsjahr 1986 ein hohes Maß an Stabilität erkennen. Der Preisindex der Waren und Dienstleistungen für Arbeitnehmerhaushalte der mittleren Einkommensgruppe lag im November um 0,7 % niedriger als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt der elf Monate 1986 ergab sich keine Änderung des Preisniveaus der Lebenshaltung (± 0 %) gegenüber dem Vorjahr. Ausschlaggebend für die günstige Tendenz waren zuletzt die stark rückläufigen Preise für Gas, Heizöl und Kraftstoffe. Preisdämpfende Impulse gingen aber auch vom Nahrungsmittelbereich aus. In den übrigen Teilbereichen der Lebenshaltung wurden teilweise unterschiedliche Preisbewegungen verzeichnet. Seit Mitte September wurden überwiegend geringe Änderungen, d.h. weitgehend stabile Preise gemeldet.

Auf dem saarländischen Arbeitsmarkt hat sich die Situation im Vergleich zum Vorjahr wenig gebessert, wenn auch eine gewisse positive Grundtendenz im Jahresverlauf jedoch wiederum spürbar war. Im November registrierten die Arbeitsämter insgesamt 50 329 Arbeitslose, das sind 1 419 Personen oder 2,7 % weniger als vor Jahresfrist. Die Arbeitslosenquote betrug 12,6 % gegenüber 12,9 % zur gleichen Zeit des Vorjahres. Zu beachten ist allerdings, daß diese Zahlen durch geänderte Vorruehstandsregelungen, erhöhte Umschulungs- und Fortbildungsaktivitäten sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beeinflusst sind. Die Zahl der offenen Stellen (1 972 Arbeitsplätze) war erneut etwas höher, die Kurzarbeiterzahl (14 114) dagegen um über 7 700 höher als im Vorjahr. An beruflichen Fördermaßnahmen beteiligten sich Ende September 6 104 (+ 28,2 %) Personen, als ABM-Kräfte wurden Ende November 3 052 (+ 22,3 %) Personen eingesetzt. Im Laufe des Berichtsjahres bis einschließlich November wurden insgesamt 30 904 offene Stellen registriert und 27 060 Arbeitsvermittlungen getätigt, das sind 16,4 % bzw. 13,4 % mehr als im Vergleichszeitraum 1985. Ende November waren dennoch 30 091 Männer und 20 238 Frauen arbeitslos, davon 31 % Angestellte und 69 % Arbeiter; insgesamt 35 938 Personen zählten zu den Leistungsempfängern der Bundesanstalt für Arbeit. Unter den Arbeitslosen befanden sich 3 374 Jugendliche, 3 251 Schwerbehinderte, 1 668 Personen mit 59 und mehr Jahren sowie 3 581 Ausländer.

Die Arbeitslosigkeit dauert nach einer im Sommer von der Arbeitsverwaltung durchgeführten Untersuchung im Saarland durchschnittlich noch immer achteinhalb Monate und im Bundesgebiet demgegenüber sechseinhalb Monate. Dabei ergeben sich unterschiedliche Chancen für den Arbeitsmarkt je nach der beruflichen Qualifikation der Arbeitssuchenden. Die Arbeitslosigkeit endet bei rund 74 % der Betroffenen durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, bei je 4 % durch eine Bildungs- oder eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und bei den übrigen aus anderen Gründen, z.B. Wehrdienst, Erwerbsunfähigkeit und Rente sowie Fortzüge.

Bautätigkeit im Jahre 1985

Einleitung

Ergebnisse

1. Die Entwicklung seit 1960

- 1.1. Wohnungsbau
- 1.2. Nichtwohnbau

2. Die Bautätigkeit im Jahre 1985

- 2.1. Wohnbau
 - 2.1.1. Genehmigungen
 - 2.1.2. Fertigstellungen
 - 2.1.3. Bauüberhang
 - 2.1.4. Wohnungsbestand
- 2.2. Nichtwohnbau
 - 2.2.1. Genehmigungen
 - 2.2.2. Fertigstellungen
 - 2.2.3. Bauüberhang

I. Einleitung

Die zahlenmäßige Erfassung des Baugeschehens im Rahmen der amtlichen Statistik erfolgt über zwei unterschiedliche Berichtssysteme. Im Bereich der Statistiken des Produzierenden Gewerbes werden monatlich bzw. vierteljährlich Befragungen von Betrieben des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes durchgeführt. Neben der Ermittlung der Auftragseingänge und des Auftragsbestandes als Frühindikatoren für die Konjunktur-entwicklung im Baugewerbe werden hier Informationen über die Zahl der Beschäftigten, der geleisteten Arbeitsstunden und den Umsatz gewonnen.

Auf der anderen Seite vermittelt die jährliche Bautätigkeitsstatistik einen Überblick über genehmigungs- und zustimmungsbedürftige Bau-maßnahmen, bei denen Wohn- oder Nutzraum geschaffen oder verändert wird, sowie über Gebäude und Gebäudeteile, deren Nutzung

entzogen werden ¹⁾. Es werden die Baugenehmigungen, die Baufertigstellungen, am Jahresende der Bauüberhang sowie die Abgänge im Berichtsjahr nach verschiedenen Strukturmerkmalen erfaßt und aufbereitet. Erhebungseinheiten sind Gebäude und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, wobei im Nichtwohnbau Bagatellbauten mit weniger als 350 m³ Rauminhalt oder 25 000,- DM veranschlagten Baukosten nicht erfaßt werden. Auskunftspflichtig sind neben den Bauherren und den mit der Baubetreuung Beauftragten die Bauaufsichtsbehörden und die Gemeinden.

Auf Basis der jeweils letzten Gebäude- und Wohnungszählung dienen die ermittelten Daten der Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestands.

Somit ergibt sich aus der Bautätigkeitsstatistik ein detailliertes Bild über die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum sowie über Art und Umfang von Nichtwohngebäuden. Sie ist eine unverzichtbare Grundlage für die Planungszwecke des Städtebaus und der Raumordnung; die tiefgegliederten Informationen über Baugenehmigungen können als mittelfristiger Konjunkturindikator für die Bauwirtschaft sowie — dies gilt insbesondere für die Genehmigungen gewerblicher Betriebsgebäude — für die gesamte Volkswirtschaft angesehen werden.

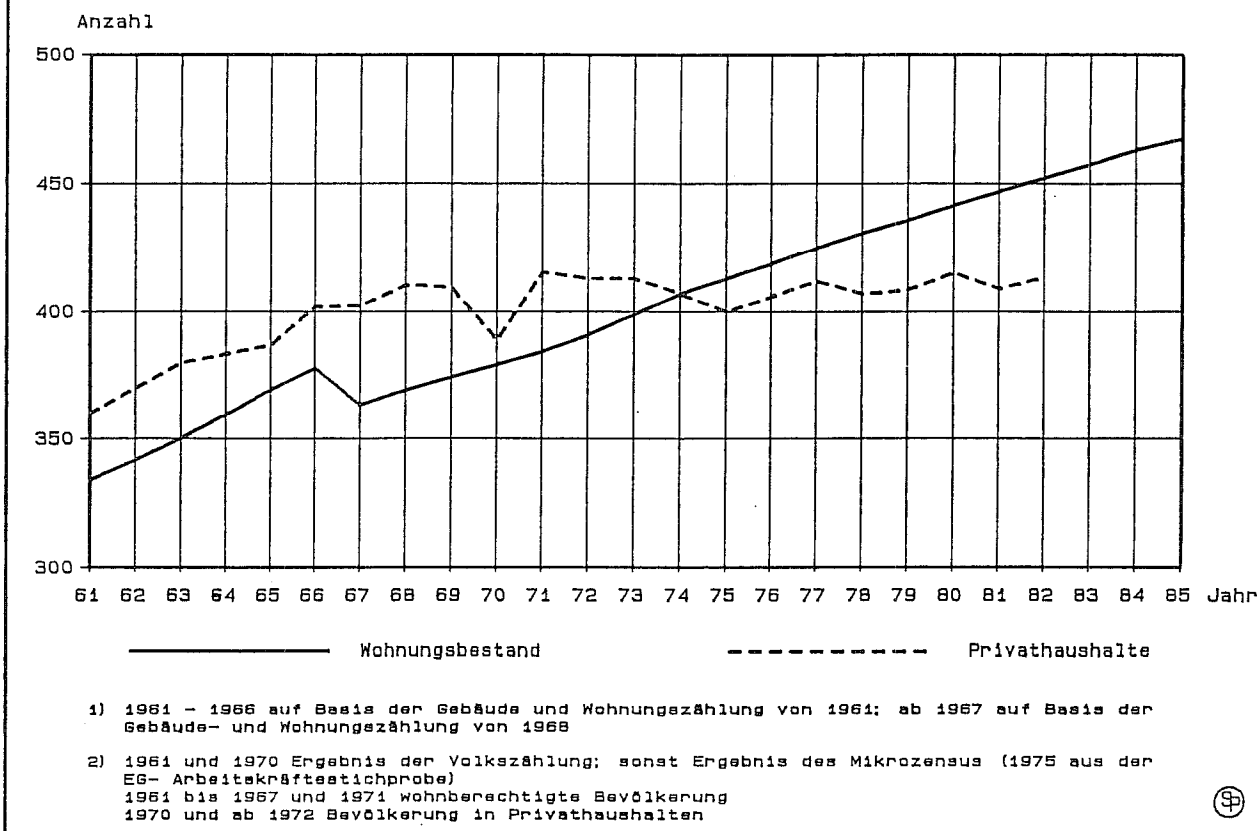
II. Ergebnisse

1. Die Entwicklung seit 1960

1.1. Wohnungsbau

Die Entwicklung der saarländischen Bautätigkeit im Bereich des Wohnungsbaus war während der Nachkriegszeit bis spät in die 50er Jahre hinein durch einen großen Nachfrageüberhang nach Wohnraum determiniert. Während bei Kriegsbeginn der Wohnungsbestand im Saarland annähernd mit der Zahl der Haushalte übereinstimmte ²⁾, kam es infolge der Zerstörungen im Laufe des Zweiten Weltkrieges zu einer drastischen Verschlechterung der Wohnungssituation.

Wohnungsbestand¹⁾ und Privathaushalte²⁾ im Saarland 1961 - 1985



Die ersten verlässlichen Informationen über den Haushalts- und Wohnungsbestand, die die Volkszählung von 1951 lieferte, weisen auch sechs Jahre nach Kriegsende auf ein weites Auseinanderklaffen zwischen Wohnungsangebot und -nachfrage hin. Einem Bestand von 307 275 Haushalten standen damals 189 473 Wohnungen gegenüber, so daß — auch im Hinblick auf die schnell wachsenden Haushaltszahlen — besondere Anstrengungen im Bereich der Bautätigkeit erforderlich waren. Im Gegensatz zur heutigen Sicht, wo in der Wohnungsbaupolitik der Aspekt des „menschlichen Wohnens“, also eine qualitative Betrachtungsweise vorherrscht, war das damalige Anliegen ein primär quantitatives, nämlich die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. Die Determinanten der Wohnungsbautätigkeit in der Wiederaufbauphase haben somit heute weitgehend an Bedeutung verloren.

Im Verlauf der 50er Jahre verbesserte sich die Wohnungslage der saarländischen Bevölkerung permanent, so daß im Rahmen der Volkszählung von 1961 ein Versorgungsgrad ausgewiesen wer-

den konnte, der — rein quantitativ gesehen — dem vor Kriegsausbruch gleichkam. In der Zeit zwischen den beiden Zählungen stieg der Wohnungsbestand um 144,4 Tsd. oder 76,2 % auf 333 835 Wohnungen an, wohingegen die Zahl der Privathaushalte im gleichen Zeitraum nur um 55 Tsd. oder 17 % auf einen Bestand von 360 Tsd. expandierte. Eine leichte Unterversorgung setzt sich bis in die 70er Jahre fort, und erst im Jahr 1974 stimmen Haushalts- und Wohnungsbestand in der Statistik fast überein. In den darauffolgenden Jahren verläuft die Bestandsentwicklung bei den Wohnungen mit steigendem Trend oberhalb der Zahl der Haushalte, welche sich augenblicklich auf einem Niveau von 410 Tsd. einzupendeln scheint.

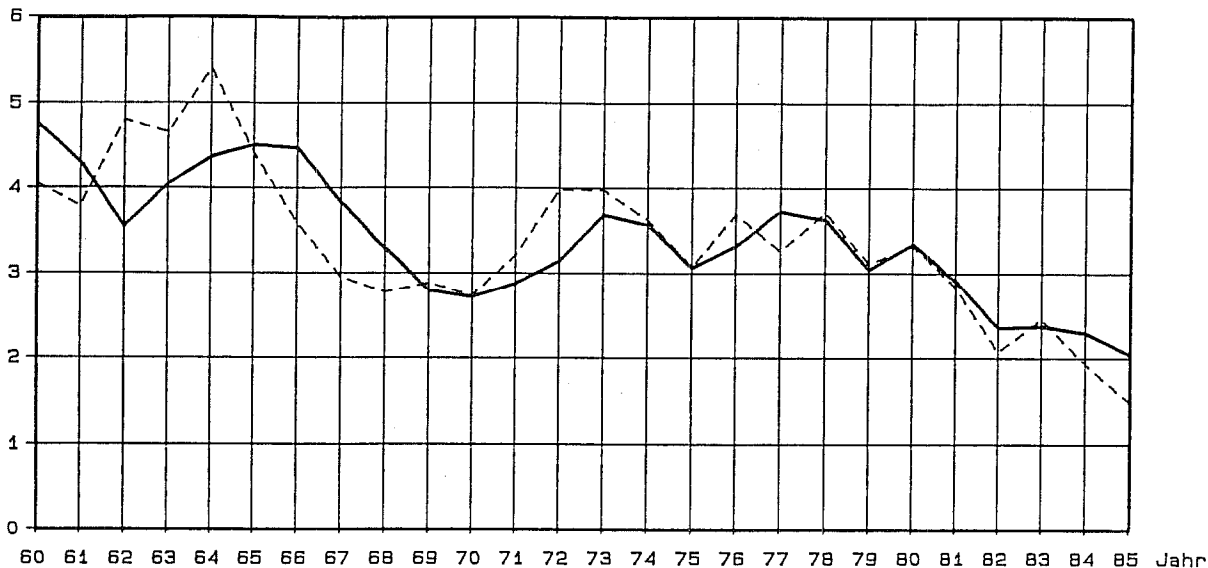
Zum Zeitpunkt der Volkszählung im Jahre 1970 kamen auf 1 000 Wohnungen immer noch 1 026 saarländische Haushalte, zwölf Jahre später waren es lediglich 914 Haushalte.

Es muß bei solchen Zahlen jedoch beachtet werden, daß es sich um Fortschreibungen mit Hilfe des Mikrozensus sowie der Bautätigkeitsstatistik auf Basis der jeweils letzten Volkszählung (zu-

Genehmigungen und Fertigstellungen im saarländischen Wohnbau 1960 - 1985

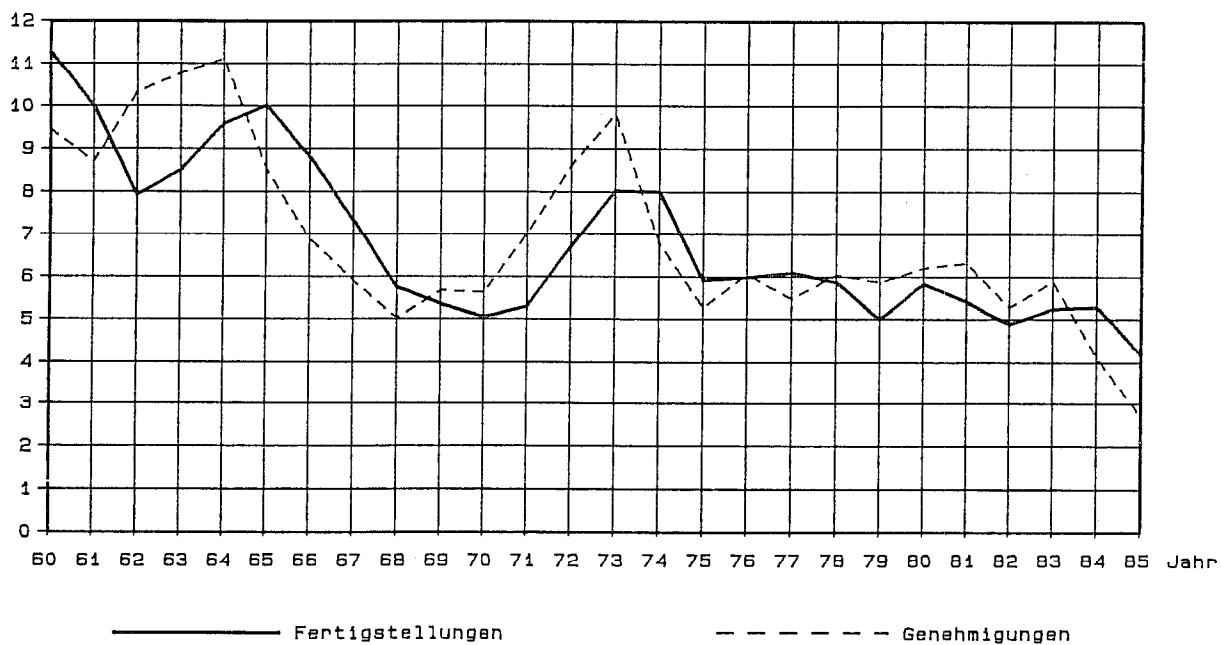
Anzahl
in Tausend

Wohngebäude



Anzahl
in Tausend

Wohnungen ¹⁾



¹⁾ Errichtung neuer Gebäude und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

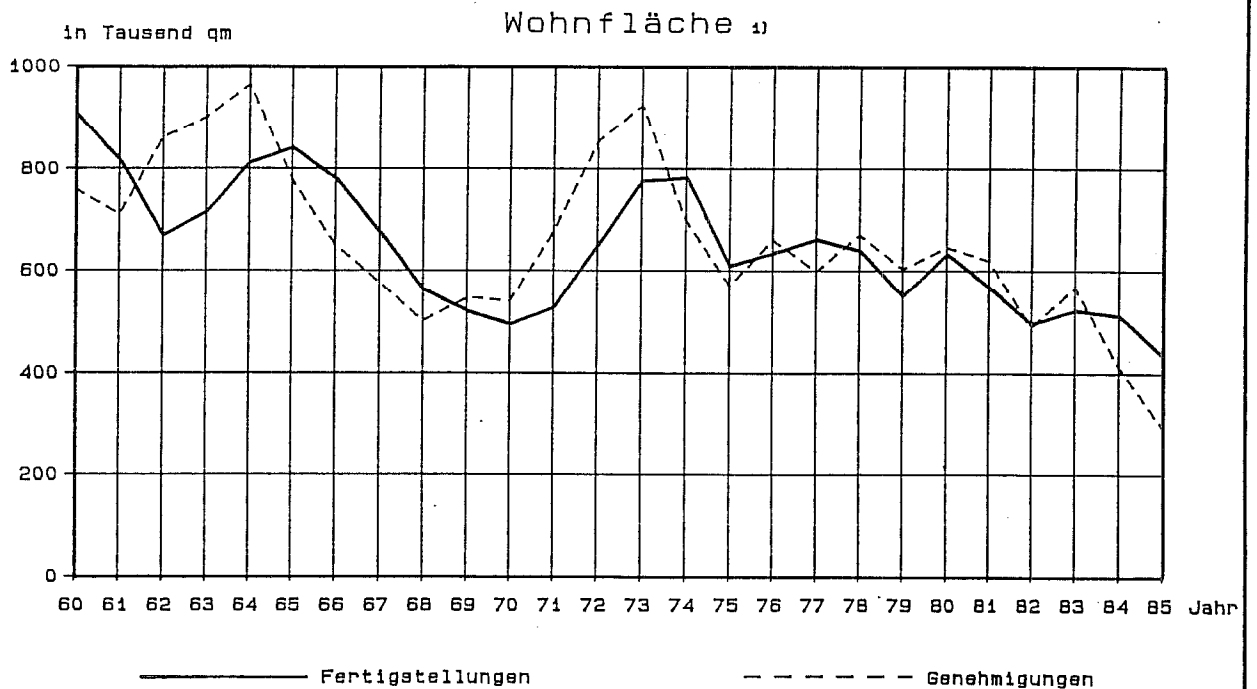
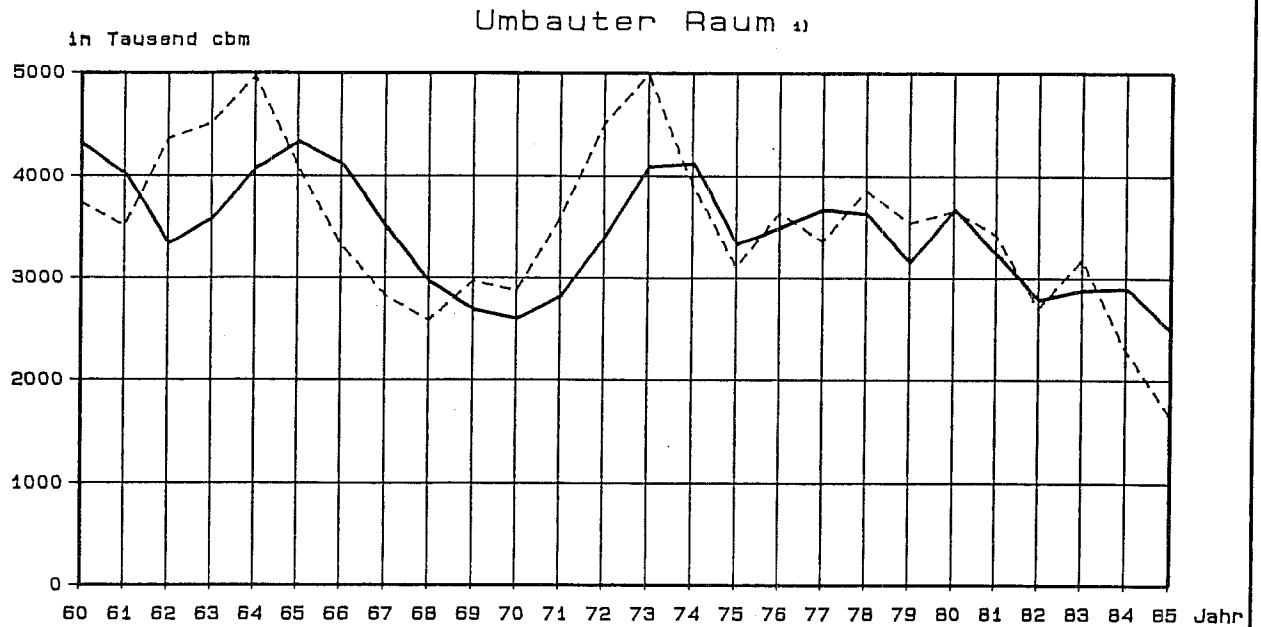


letzt 1970) und Gebäude- und Wohnungszählung (zuletzt 1968!) handelt. Mit zunehmender zeitlicher Entfernung von diesen Totalerhebungen werden die Fortschreibungsergebnisse erfahrungsgemäß immer ungenauer, oftmals weichen sie systematisch von der tatsächlichen Entwick-

lung ab, so daß entsprechende Aussagen mit mehr oder minder hohen Unsicherheiten belastet sind ³⁾.

Der Einfluß der demographischen Komponente schlägt sich im langfristigen Trend von Genehmi-

Genehmigungen und Fertigstellungen im saarländischen Wohnbau 1960 - 1985



————— Fertigstellungen

- - - - - Genehmigungen

¹⁾ Errichtung neuer Gebäude



gungen und Fertigstellungen im Wohnungsbau-
bereich nieder. Die entsprechenden Zeitreihen
der Wohnungen zeigen ausgehend von einem ho-
hen Niveau zu Beginn der 60er Jahre eine deut-
liche, am Bedarf orientierte negative Tendenz
auf. Wurden im Jahr 1960 im Wohnbau noch

11 283 Wohnungen fertiggestellt, so waren es im
Jahr 1985 nur noch 4 211 Einheiten. Die Zahl
der Genehmigungen, die den Fertigstellungen
um ein bis zwei Jahre vorausseilt, deutet mit
2 720 Wohnungen im Jahr 1985 — anno 1960
wurden noch 9 459 Wohnungen genehmigt —

auf einen noch erheblich geringeren Neuzugang in 1986 hin.

Neben irregulären Schwankungen ist der Trend von einer konjunkturellen Komponente umlagert, die insbesondere bis in die Mitte der 70er Jahre deutliche Konturen zeigt; ob allerdings das derzeit sehr niedrige Niveau den Ausgangspunkt für eine bedeutende und länger anhaltende Aufwärtsbewegung darstellt, erscheint zweifelhaft.

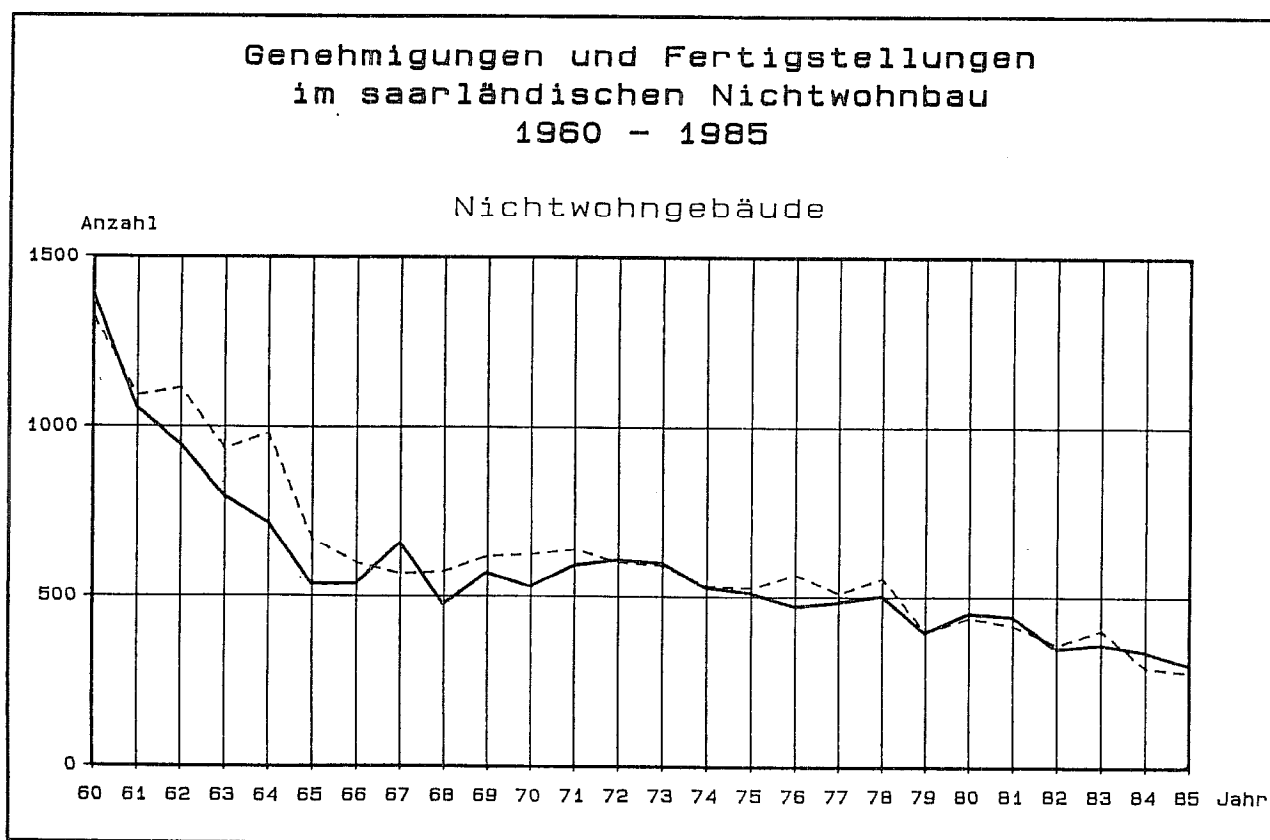
Für mittelfristige Entwicklungsverläufe sind verschiedene wirtschaftliche Faktoren je nach Bauherrengruppe mehr oder minder stark verantwortlich. Neben den verfügbaren Einkommen und der Sparquote der privaten Haushalte wären insbesondere die jeweils geltenden Kapitalmarktzinsen, die Verbraucherpreise und speziell die Baustoffpreise zu nennen sowie die Erwartungen hinsichtlich der künftigen Entwicklung dieser Einflußfaktoren.

Die schwerwiegenden Strukturprobleme, mit denen die saarländische Wirtschaft zur Zeit belastet ist, insbesondere die andauernd hohe Arbeitslosigkeit, lassen mittelfristige Prognosen zu einem sehr unsicheren Unterfangen werden, unter anderem auch deshalb, weil über den Einfluß auf das Wanderungsverhalten die demographische Komponente tangiert wird.

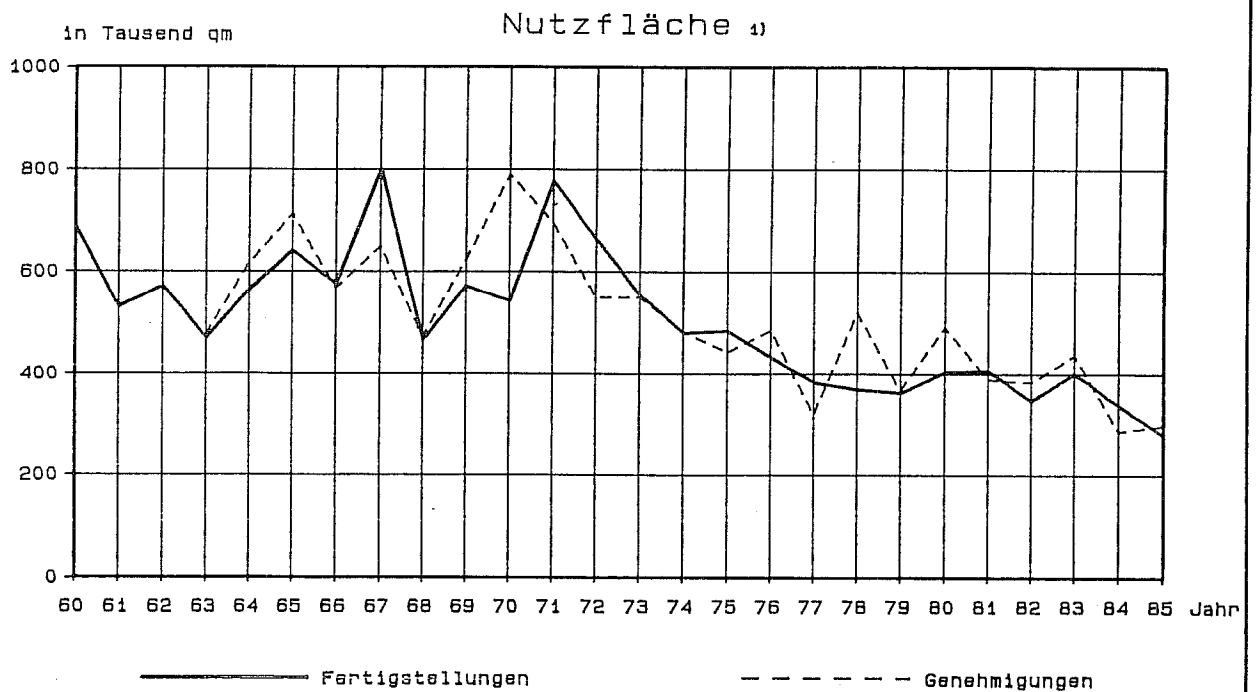
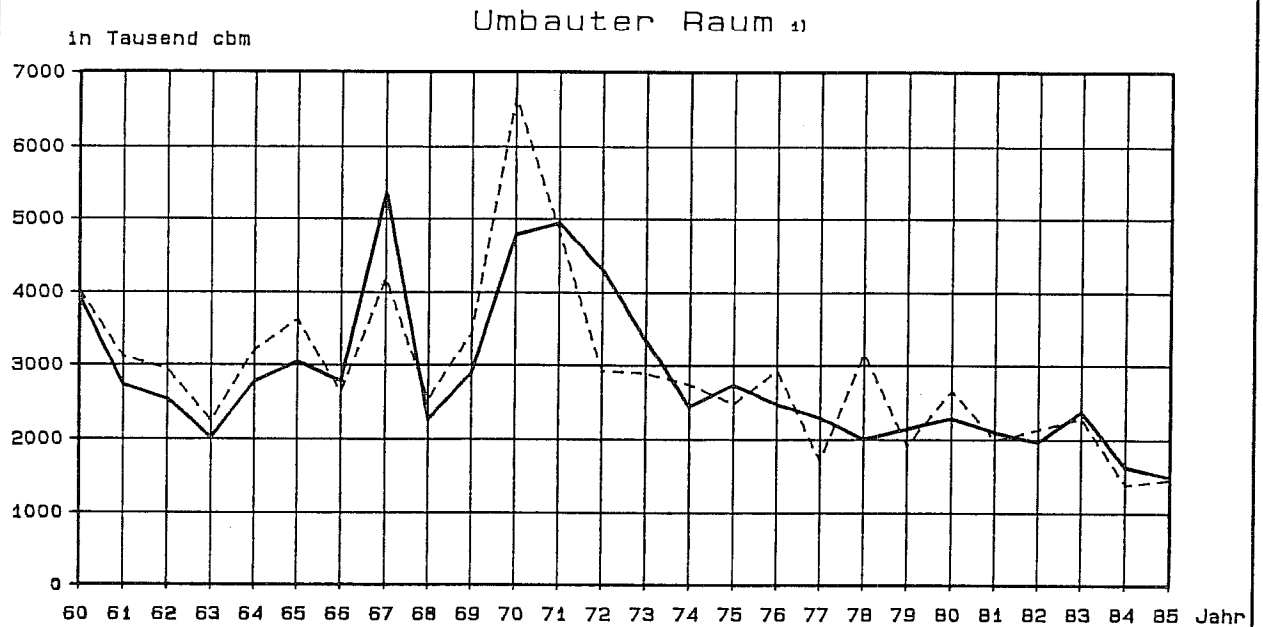
1.2. Nichtwohnbau

Betrachtet man die Zeitreihen der Genehmigungen und Fertigstellungen von Nichtwohngebäuden, so scheint auch hier — ähnlich wie im Wohnungsbau — eine Approximation an eine Sättigungsgrenze zu erfolgen. Die Zahl der jährlichen Fertigstellungen hat sich seit 1960 um weit mehr als 1 000 auf 301 Gebäude im Jahr 1985 reduziert ⁴⁾. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß es sich bei der Gesamtzahl der genehmigten bzw. fertiggestellten Nichtwohngebäude um ein hinsichtlich Größe und Zweckbestimmung sehr heterogenes Konglomerat handelt, so daß es zumindest in Bezug auf die Größenunterschiede sinnvoll ist, die mit diesen Gebäuden geschaffene Nutzfläche als Gesamtindikator für die Bautätigkeit im Nichtwohnbau heranzuziehen.

Aber auch eine Normierung mit Hilfe des Merkmals „Nutzfläche“ kann nicht mehr als eine Notlösung beim Versuch einer Zusammenfassung von so verschiedenen Gebäudearten wie beispielsweise Schulen und Lagerhallen darstellen. Ebenso gilt dies für den Rauminhalt oder die veranschlagten Baukosten. Mithin wäre es sinnvoller, die Analyse auf die homogenere Ebene einzelner Gebäudearten zu verlagern und das jeweils am besten geeignete Merkmal zu verwenden. Im Rahmen dieses einführenden historischen Rückblicks soll hierauf jedoch verzichtet werden.



Genehmigungen und Fertigstellungen im saarländischen Nichtwohnbau 1960 - 1985



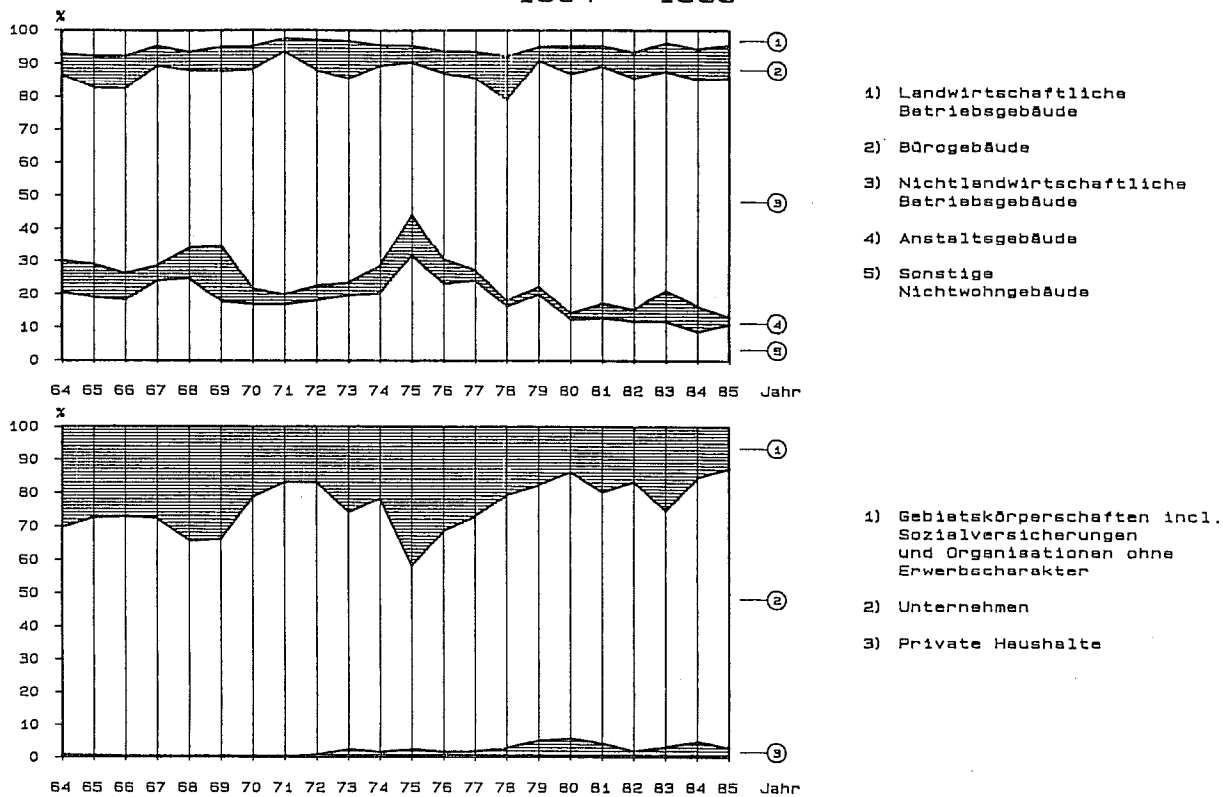
¹⁾ Errichtung neuer Gebäude



Es zeigt sich, daß die Zeitreihe der Nutzfläche seit Beginn der 60er Jahre bis in die Anfänge der 70er Jahre — von starken konjunkturellen Ausschlägen begleitet — auf einem relativ konstanten Niveau verläuft, während die Gebäudezahlen bis 1965 stark nach unten tendieren.

Nach einer 1969 einsetzenden Aufschwungphase, die ihren Gipfel im Jahre 1971 erreichte, setzt die Zeitreihe der Nutzfläche zu einer anhaltenden Talfahrt an, die sich bis 1985 fortsetzt. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Genehmigungen ab Mitte der 70er Jahre relativ starken

Nutzflächenstruktur der Fertigstellungen im Nichtwohnbau nach Bauherren und Gebäudearten im Saarland 1964 - 1985



Schwankungen unterliegen, denen die Fertigstellungen zumindest bis 1981 nicht folgen.

Die Verschiebungen der Nutzflächenstruktur nach Gebäudearten und Bauherren fertiggestellter Nichtwohngebäude werden anhand des obenstehenden Schaubildes veranschaulicht.

Die kurzfristig stark ausgeprägten Änderungen der Anteilswerte – sowohl bei der Gebäudeart als auch bei den Bauherren – sind hierbei typisch für ein kleines Land, in dem die Realisierung eines einzelnen Bauprojekts schon relativ hohe Ausschläge verursachen kann. Klar erkennbar ist der nahezu spiegelbildliche Verlauf der zusammengenommenen Anteilswerte von Anstaltsgebäuden und sonstigen Nichtwohngebäuden und der Anteilswerte öffentlicher Bauherren. Der anhaltende Rückgang der Gesamtnutzfläche neuerstellter Nichtwohngebäude seit 1972 war anfangs bei den öffentlichen Bauherren nicht zu beobachten. Im Jahr 1975 konnte die Talfahrt durch einen im Vergleich zu 1974 fast doppelt so hohen Zugang an Nutzfläche von öffentlicher Seite gestoppt werden, was auch in einer deutlichen Anteilsverschiebung

seinen Ausdruck findet. In den darauffolgenden Jahren ist das öffentliche Engagement sowohl absolut als auch relativ rückläufig.

2. Die Bautätigkeit im Jahre 1985

2.1. Wohnbau

2.1.1. Genehmigungen

Die für das Jahr 1985 ermittelten Genehmigungszahlen im Wohnbaubereich geben der Bauwirtschaft keinerlei Anlaß für Optimismus. Genau das Gegenteil ist der Fall. Gegenüber dem Vorjahr ging die Anzahl der von den Bauaufsichtsbehörden genehmigten Wohngebäude um 444 auf 1 482 (- 23,1 %) im Jahr 1985 zurück, nachdem schon 1984 nach einer kurzen Erholungspause ein drastischer Rückgang um 21,5 % zu beobachten war. Mit einem Minus von 33,9 % nahm die Zahl der genehmigten Wohnungen infolge einer Präferenzverschiebung zugunsten von Wohnhäusern mit nur einer Wohnung noch rapider ab. Während sich der seit Anfang der 80er Jahre auf fast konstantem Niveau

Genehmigungen im Wohnbau 1983 bis 1985

Erhebungsmerkmal	Erhebungsjahr					
	1983	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1984	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1985	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Anzahl der Wohngebäude ¹⁾	2 452	18,5	1 926	- 21,5	1 482	- 23,1
Anzahl der Wohnungen ²⁾	5 881	11,7	4 118	- 30,0	2 720	- 33,9
Wohnfläche ²⁾ (1 000 m ²)	567	16,0	411	- 27,5	294	- 28,5
Umbauter Raum ¹⁾ (1 000 m ³)	3 172	17,7	2 286	- 27,9	1 648	- 27,9
Veranschlagte reine Baukosten (1 000 DM)	987 540	24,9	699 680	- 29,1	511 879	- 26,8

1) Errichtung neuer Gebäude. - 2) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

verlaufende Anteil der steuerlich begünstigten Gebäude mit zwei Wohnungen — hier sind auch die Einfamilienhäuser mit Einliegerwohnung vorzufinden — um 0,8 Prozentpunkte auf 29,3 % verringerte, hat sich das Gewicht der Mehrfamilienhäuser mit nun 3,6 % mehr als halbiert.

Anteil der genehmigten Ein-, Zwei-, Drei- und Mehrfamilienhäuser an den genehmigten Wohngebäuden insgesamt 1983 bis 1985

Gebäudeart	Anteil an den Wohngebäuden in %		
	1983	1984	1985
Wohngebäude			
mit einer Wohnung	61,4	62,4	67,1
mit zwei Wohnungen	29,1	30,1	29,3
mit drei u. mehr Wohnungen	9,5	7,5	3,6

Von 1978 bis 1982 war beim letztgenannten Haustyp eine spürbare Bedeutungszunahme zu konstatieren, die in einem Gebäudeanteil von 10,1 % im Jahr 1982 gipfelte und neben einer vermehrten Nachfrage nach vergleichsweise günstigen Eigentumswohnungen wohl auch durch die Steueranreize im Rahmen des Bauherrenmodells bedingt war.

An Wohnfläche wurden 1985 mit insgesamt 294 Tsd. m² 28,5 % weniger genehmigt als im Vorjahr. Die durchschnittliche Wohnungsgröße erhöhte sich gleichzeitig von knapp 100 auf 108 m², was auf die Strukturverschiebung zugunsten der mit erheblich mehr Wohnfläche ausgestatteten Einfamilienhäuser zurückzuführen ist. In den genehmigten Einfamilienhäusern waren im Durchschnitt 128 m² Wohnfläche geplant, in Zwei- und Mehrfamilienhäusern lag die Wohnungsgröße im Mittel bei 95 bzw. 65 m².

Die Gesamtsumme der im Wohnbau veranschlagten reinen Baukosten hat bei einer weiteren Verlangsamung des Preisanstiegs gegenüber dem Vorjahr um nominal 26,8 % (real 27,3 %) auf knapp 512 Mio. DM abgenommen.

Für den Quadratmeter Wohnfläche wurden in Wohngebäuden durchschnittliche Kosten in Höhe von 2 111 DM eingeplant, das sind 4,8 % mehr als 1984. Ein- und Zweifamilienhäuser waren mit 2 146 DM pro Quadratmeter um 21 % teurer als Mehrfamilienhäuser, 1984 lag die Differenz bei 23 %, im Jahr 1983 hingegen nur bei

Veranschlagte reine Baukosten im Wohnungsneubau*) zum Zeitpunkt der Baugenehmigung

Jahr Bauart	je cbm umbauten Raumes			je qm Wohnfläche		
	bei allen Wohngebäuden	darunter in		bei allen Wohngebäuden	darunter in	
		Ein- u. Zwei-	Mehr-		Ein- u. Zwei-	Mehr-
		familienhäusern			familienhäusern	
DM			DM			
1983	311	296	340	2 042	2 072	1 849
dar. Fertigteilbau	295	292	328	2 041	1 975	2 766
1984	306	302	320	2 015	2 109	1 713
dar. Fertigteilbau	304	305	258	1 947	2 013	1 321
1985	311	307	329	2 111	2 146	1 774
dar. Fertigteilbau	300	300	—	1 995	1 995	—

*) Einschließlich Wohnheime.

Genehmigte Wohnungen*) im Wohnbau nach Bauherren 1983 bis 1985

Bauherr	1983		1984		1985	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Öffentliche Bauherren ¹⁾	104	1,8	19	0,5	7	0,3
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	140	2,4	216	5,2	54	2,0
Sonstige Wohnungsunternehmen	1 564	26,7	674	16,4	225	8,3
Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)	119	2,0	114	2,8	92	3,4
Private Haushalte	3 949	67,1	3 095	75,2	2 342	86,1
INSGESAMT	5 881	100	4 118	100	2 720	100

*) Errichtung neuer Gebäude und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. - 1) Gebietskörperschaften einschl. Sozialversicherung sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter.

12 Prozent. Gegenüber der konventionellen Bauweise konnten Bauherren, die sich 1985 für ein Fertighaus entschieden — dies waren knapp 16 von 100 Antragstellern —, einen um 151 DM niedrigeren Quadratmeterpreis veranschlagen.

Die Bauherrenstruktur im Jahr 1985 weist mit 86,1 % einen Rekordanteil der Privaten Haushalte bei den Wohnungsgenehmigungen aus, während sich die öffentlichen Bauherren mit ihrem bislang geringsten Anteil von 0,3 % — für lediglich sieben Wohnungen wurde hier die Genehmigung beantragt — aus dem Wohnungsbaubereich gänzlich zurückziehen scheinen.

Auch das Gewicht der Sonstigen Wohnungsunternehmen, das 1983 noch bei 26,7 % lag, hat stark abgenommen und liegt mit 8,3 % um 8,1 Prozentpunkte unter dem Wert von 1984; dies war das niedrigste Ergebnis seit 1970, als der Anteil dieser Bauherrengruppe mit 5,8 % niedriger als bei den übrigen Bauherren ausfiel.

Der Anteil der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen hat sich mit 2,0 % im Jahr 1985 ebenfalls stark verringert, wohingegen die übrigen Unternehmen ihren Anteil um 0,6

Prozentpunkte auf derzeit 3,4 % leicht ausgebaut haben.

2.1.2. Fertigstellungen

Bei den Fertigstellungen im Wohnbau des Jahres 1985 fiel das Ergebnis noch nicht so schlimm aus, wie es die Genehmigungszahlen für das Jahr 1986 erwarten lassen.

Der Rückgang bei der Gebäudezahl um knapp 11 % auf 2 048 war infolge des Anstiegs der Genehmigungen im Jahr 1983 vergleichsweise gemäßigt. Bei der Zahl der fertiggestellten Wohnungen zeichnet sich hingegen mit einem Minus von 20,6 % ein deutlicher Negativtrend ab. Im Jahr 1984 war das Vorjahresresultat noch leicht überboten worden.

Von den insgesamt 2 048 neuen Wohngebäuden wurden 85,3 % auf konventionelle Art und Weise erstellt. Davon waren 62,3 % mit einer Wohnung, 30,3 % mit zwei Wohnungen und 7,3 % mit drei und mehr Wohnungen ausgestattet. Im Fertigteilbau lag der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser bei 99 %; diese Bauweise stößt im Mehrfamilienhausbau üblicherweise auf sehr we-

Fertigstellungen im Wohnbau 1983 bis 1985

Erhebungsmerkmal	Erhebungsjahr					
	1983	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1984	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1985	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Anzahl der Wohngebäude ¹⁾	2 382	0,8	2 299	- 3,5	2 048	- 10,9
Anzahl der Wohnungen ²⁾	5 267	8,0	5 305	0,7	4 211	- 20,6
Wohnfläche ²⁾ (1 000 m ²)	524	5,8	512	- 2,3	435	- 15,0
Umbauter Raum ¹⁾ (1 000 m ³)	2 883	3,4	2 902	0,7	2 493	- 14,1
Veranschlagte reine Baukosten ¹⁾ (1 000 DM)	809 221	11,6	851 523	5,2	765 674	- 10,1

1) Errichtung neuer Gebäude. - 2) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

**Fertiggestellte Wohngebäude nach Art
der Bauweise und der Gebäude 1985
(Errichtung neuer Gebäude)**

Bauweise Gebäudeart	Gebäude	Wohnungen	Brutto- wohn- fläche je Wohnung
	Anzahl	Anzahl	qm
Konventioneller Bau			
Wohngebäude insgesamt	1 747	3 262	99
davon mit			
1 Wohnung	1 089	1 089	133
2 Wohnungen	530	1 060	96
3 und mehr Wohnungen	128	1 113	69
Fertigteilbau			
Wohngebäude insgesamt	301	454	97
davon mit			
1 Wohnung	202	202	115
2 Wohnungen	96	192	85
3 und mehr Wohnungen	3	60	75

nig Nachfrage. So wurden hier für 1985 im Saarland lediglich drei Bauten mit insgesamt 60 Wohnungen ausgewiesen.

In den im Jahr 1985 nach herkömmlicher Methode fertiggestellten Wohngebäuden mit bis zu zwei Wohnungen steht im Durchschnitt mehr Wohnfläche zur Verfügung als in vergleichbaren Fertighäusern.

ren die Rückgänge in den Kreisen Neunkirchen, Saarlouis und St. Wendel nicht so schwerwiegend.

Mit 5,5 fertiggestellten Wohnungen auf 1 000 Einwohner waren die Anstrengungen im Landkreis St. Wendel diesmal am größten gewesen, wobei der Schwerpunkt, wie überhaupt in den ländlichen Gebieten, im Bereich des Ein- und Zweifamilienhausbaus lag. So nahmen die Wohnungsneuzugänge in Ein- und Zweifamilienhäusern hier einen Anteil von 83,5 % ein, im Stadtverband Saarbrücken hingegen war nur etwas mehr als die Hälfte der Wohnungen in diesen Haustyp integriert.

Die Struktur der Bauherren, die ihr Bauprojekt im Jahr 1985 abgeschlossen haben, zeigt — abgesehen von den beiden erstgenannten Gruppen — eine starke Ähnlichkeit mit den entsprechenden Genehmigungszahlen des Jahres 1984. Mit Ausnahme der unter öffentlicher Regie gebauten Wohnungen fielen die Fertigstellungszahlen durchweg niedriger aus als im Vorjahr. Bei den Sonstigen Wohnungsunternehmen war die Abschwächung sowohl relativ als auch absolut am gravierendsten, wobei die aktuellen Genehmigungszahlen auch für die kommenden ein bis zwei Jahre eine Fortsetzung dieser Tendenz er-

**Fertiggestellte Wohnungen und Gebäude im Wohnbau nach Kreisen
1984 und 1985**

STADTVERBAND Landkreis Land	Fertiggestellte Wohnungen ¹⁾					Neuerrichtete Ein- und Zweifamilienhäuser		Anteil der Wohnungen in Ein- und Zweifam.häusern am Rohzugang ²⁾	
	1984	1985	Veränd. zum Vorjahr	1984	1985	1984	1985	1984	1985
	Anzahl	Anzahl	%	je 1 000 Einwohner			%		
SAARBRÜCKEN	1 669	1 172	- 29,8	4,7	3,3	1,1	1,1	35,4	51,4
Merzig-Wadern	515	389	- 24,5	5,2	3,9	3,5	2,4	86,3	81,5
Neunkirchen	621	588	- 5,3	4,2	4,0	1,5	1,6	59,3	65,7
Saarlouis	897	874	- 2,6	4,4	4,3	2,1	2,2	67,9	77,8
Saar-Pfalz-Kreis	1 063	691	- 35,0	7,0	4,6	2,6	2,2	54,6	70,8
St. Wendel	540	497	- 8,0	6,0	5,5	3,3	3,0	86,2	83,5
Saarland	5 305	4 211	- 20,6	5,0	4,0	2,0	1,8	57,4	68,4

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. - 2) Errichtung neuer Gebäude.

Die Verringerung des Rohzugangs an Wohnungen war 1985 in allen saarländischen Kreisen zu beobachten. Während das Ergebnis im Stadtverband Saarbrücken und in den Landkreisen Merzig-Wadern sowie insbesondere im Saar-Pfalz-Kreis überdurchschnittlich schlecht ausfiel, wa-

warten lassen.

Eine interessante Frage im Zusammenhang mit der Bauherrenstruktur ist die nach dem Eigenheimanteil, auch Eigenheimquote genannt.

Fertiggestellte Wohnungen im Wohnbau nach Bauherren*) 1984 und 1985

	1984		1985		Veränderung 1985 zu 1984 in %
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Öffentliche Bauherren ¹⁾	75	1,4	86	2,0	+ 14,7
Gemeinnütz. Wohnungs- und ländl. Siedlungsunternehmen	133	2,5	130	3,1	- 2,3
Sonstige Wohnungsunternehmen	1 347	25,4	716	17,0	- 46,8
Unternehmen ohne Wohnungsunternehmen	157	3,0	109	2,6	- 30,6
Private Haushalte	3 593	67,7	3 170	75,3	- 11,8
INSGESAMT	5 305	100	4 211	100	- 20,6

*) Errichtung neuer Gebäude und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. - 1) Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Fertiggestellte Wohngebäude nach Bauherren und Gebäudeart 1984 und 1985

Bauherr	Wohngebäude mit						Insgesamt	
	1 Wohnung		2 Wohnungen		3 und mehr Wohnungen		1984	1985
	1984	1985	1984	1985	1984	1985		
Öffentliche Bauherren ¹⁾	17	11	13	3	4	8	34	22
Unternehmen	142	108	47	32	109	57	298	197
Private Haushalte	1 290	1 172	583	591	94	66	1 967	1 829
Insgesamt	1 449	1 291	643	626	207	131	2 299	2 048

1) Gebietskörperschaften einschl. Sozialversicherungen und Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik ist diese Frage allerdings sehr schwierig zu beantworten. Es handelt sich bei den hier betrachteten Zahlen um Strömungsgrößen, deren Struktur sich oftmals zu einem späteren Zeitpunkt ändert. Bei den Neuzugängen an Wohngebäuden erscheint es mangels näherer Informationen wenig sinnvoll, einen Eigenheimanteil zu bestimmen. In früheren Veröffentlichungen wurde die Eigenheimquote näherungsweise als Anteil der fertiggestellten Wohngebäude mit einer und zwei Wohnungen an der Gesamtzahl der fertiggestellten Wohngebäude bestimmt. Eine Kombination der Erhebungsmerkmale Gebäudeart und Bauherr weist jedoch auch bei den Ein- und Zweifamilienhäusern einen relativen hohen Anteil an Unternehmen und öffentlichen Institutionen als Bauherren aus. Sicherlich werden die meisten dieser Gebäude früher oder später in den Besitz von privaten Haushalten übergehen; zum Zeitpunkt der Fertigstellung in diesen Fällen von Eigenheimen zu sprechen, wäre jedoch sachlich falsch.

Von den von privaten Haushalten erbauten Drei- und Mehrfamilienhäusern dürfte ein Teil von

den Bauherren selbst bewohnt werden; teilweise werden diese Häuser aber auch der Zweckbestimmung reiner Mietshäuser zugeführt. Eine Quotenbildung über die Bauherrengruppe „Private Haushalte“ dürfte dennoch der obigen Fragestellung eher genügen als eine Quote auf Basis der Gebäudeart.

Eine genaue Quantifizierung der Eigenheimquote, bei der die Relativierung zeitpunktbezogen über den Gesamtbestand an Wohngebäuden erfolgt, wird erst mit der Totalerhebung im Rahmen der Volkszählung möglich sein, bei der auch die entsprechenden Besitzstrukturen zur Erhebung anstehen.

2.1.3. Bauüberhang

Der Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnbauvorhaben hat sich infolge der stark rückläufigen Nachfrage weiterhin verringert. So waren zum Ende des Jahres 1985 4 555 genehmigte Projekte (neue Gebäude und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)

noch nicht zum Abschluß gebracht, dies waren 16,6 % weniger als am 31.12.1984. Bezüglich der Zahl der noch nicht fertiggestellten Wohnungen schlägt der Rückgang um 24,8 % auf derzeit 6 484 Einheiten noch stärker zu Buche. Etwas mehr als ein Drittel (35,5 %) der in Arbeit stehenden Wohnungen wurden im Jahr 1985 genehmigt, 28,5 % im Jahr 1984, 18,4 % im Jahr 1983 und immerhin noch 7,6 % sind aus den Jahren 1982 und früher überfällig.

2.1.4. Wohnungsbestand

Auf Basis der Gebäude- und Wohnungszählung von 1968 wurde durch Fortschreibung mit Hilfe der Bautätigkeitsstatistik zum Jahresende 1985 ein Bestand von 261 284 Wohngebäuden festgestellt, der um 0,8 % oder 2 075 Einheiten über der für das Ende des Jahres 1984 ermittelten Zahl lag. Der fortgeschriebene Wohnungsbestand in Wohn- und Nichtwohngebäuden lag am 31.12.1985 bei 467 375 Einheiten und damit um 0,9 % über dem Vorjahresbestand.

Infolge unterschiedlicher Gebäude- und Haushaltsstrukturen in städtischen und ländlichen Gebieten ist eine klare Abstufung der Relation „Einwohner je Wohngebäude“ und „Einwohner je Wohnung“ erkennbar. Während in der Stadt Saarbrücken durchschnittlich 5,6 Einwohner auf ein Wohngebäude und 1,9 Einwohner auf eine Wohnung entfallen, liegen die entsprechenden Relationen im eher ländlichen Kreis Merzig-Wadern bei 3,5 und 2,6.

Gebäude- und Wohnungsbestand nach Kreisen Ende des Jahres 1985

STADTVERBAND Landkreis Land	Wohn- gebäude	Ein- wohner je Wohn- gebäude	Woh- nungen	Ein- wohner je Wohnung
SAARBRÜCKEN	74 557	4,7	171 161	2,1
Stadt Saarbrücken	33 125	5,6	95 891	1,9
Merzig-Wadern	28 760	3,5	38 023	2,6
Neunkirchen	36 975	4,0	67 589	2,2
Saarlouis	54 833	3,7	85 345	2,4
Saar-Pfalz-Kreis	40 565	3,7	68 572	2,2
St. Wendel	25 594	3,5	36 685	2,4
INSGESAMT	261 284	4,0	467 375	2,2

2.2. Nichtwohnbau

Im Gegensatz zur Wohnungsbautätigkeit, die zu-

mindest längerfristig demographischen Bedarfsstrukturen Rechnung trägt, ist der Nichtwohnbau, insbesondere bei den Wirtschaftsunternehmen, eine wesentlich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängige Größe. Ähnlich wie im Wohnungsbaubereich strebt aber auch hier der Investitionsbedarf allmählich einer Sättigungsgrenze entgegen.

Interessant ist dabei, daß etwa seit Anfang der 80er Jahre der Anteil der durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden entstandenen Nutzfläche rapide zugenommen hat, d.h. die Bereitschaft zur Errichtung neuer Gebäude immer stärker gesunken ist. Während in der zweiten Hälfte der 70er Jahre durchschnittlich 3,7 % des Investitionsvolumens im Nichtwohnbau in den An- und Umbau bestehender Gebäude geflossen sind, erhöhte sich dieser Anteilssatz in den ersten fünf Jahren des darauffolgenden Jahrzehnts im Durchschnitt auf 15,0 %. Im Jahr 1985 wurden sogar nahezu ein Viertel (24,2 %) der für die Schaffung von Nutzfläche im Hochbau veranschlagten Baukosten für Maßnahmen an bereits bestehenden Bauten verwendet.

2.2.1. Genehmigungen

Die rückläufige Tendenz bei der Zahl der genehmigten Nichtwohngebäude setzte sich auch im Jahr 1985 fort. Während 1984 noch für 291 Gebäude mit 233,8 Tsd. m² Nutzfläche eine Bauerelaubnis erteilt wurde, reduzierte sich die Zahl im Jahr 1985 auf 278 Gebäude (- 4,5 %) mit insgesamt 227,2 Tsd. m² Nutzfläche (- 2,8 %); der Gesamtrauminhalt hat dennoch um 5,3 % auf 1 451 Tsd. cbm zugenommen. Durch Veränderungen an bestehenden Gebäuden ist mit 71,8 Tsd. qm ein um 36,2 % über dem Vorjahresergebnis liegender Nutzflächenzuwachs geplant, womit sich ein Fortdauern der eingangs beschriebenen Tendenz abzeichnet.

Der überwiegende Teil der genehmigten Nichtwohngebäude (70,9 %) war auch 1985 wieder für nichtlandwirtschaftliche Betriebszwecke vorgesehen. Obwohl hier sieben Gebäude weniger als 1984 vorzufinden waren, stieg die damit geplante Nutzfläche um 11,1 % an, einschließlich der Nutzflächenausweitung in bestehenden Gebäuden sogar um insgesamt 17,5 %. An zweiter Stelle folgen die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude mit 32 genehmigten Einheiten (11,5 %).

Bezüglich der Nutzfläche (12,8 Tsd. qm) werden sie jedoch hinter den Bürogebäuden (19,1 Tsd. qm) und den sonstigen Nichtwohngebäuden (13,6 Tsd. qm) auf Platz vier verwiesen.

Einen Einblick in die Gebäude- und Bauherrenstruktur im Jahr 1985 gibt die nachstehende Tabelle.

Starke Abweichungen zwischen den Sektoren gibt es auch bei den auf den Kubikmeter umbauten Raum normierten Baukosten. Während die Unternehmen für den Kubikmeter 139 DM reine Baukosten veranschlagten, lagen die Kosten bei öffentlichen Projekten mit 435 DM mehr als dreimal so hoch; Private Haushalte gingen in ihrem Kalkül von 207 DM je Kubikmeter aus. In

Genehmigte Nichtwohngebäude nach Gebäudeart und Bauherren 1985

Gebäudeart \ Bauherren	Anstaltsgebäude	Bürogebäude	Landwirtschaftl. Betriebsgebäude	Nichtlandwirtsch. Betriebsgebäude	Sonstige Nichtwohngebäude	Insgesamt
	Anzahl					
Öffentliche Bauherren ¹⁾	2	1	2	14	20	39
Unternehmen	1	16	26	158	4	205
Private Haushalte	—	2	4	25	3	34
INSGESAMT	3	19	32	197	27	278

¹⁾ Gebietskörperschaften einschl. Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Die mit Abstand größte Zahl der Nichtwohngebäude wurde der Gruppe der Unternehmen genehmigt. Von diesen 205 Gebäuden mit insgesamt 183,4 Tsd. qm Nutzfläche und gut 1,2 Mio. cbm umbautem Raum sind mehr als drei Viertel für gewerbliche Betriebszwecke vorgesehen, ein Achtel entfällt auf den landwirtschaftlichen Bereich. Ferner erhielten die Unternehmen die Genehmigung zum Bau von 16 Bürogebäuden, einem Anstaltsgebäude und vier sonstigen Nichtwohngebäuden. Von seiten der Privaten Haushalte ist der Bau von 34 Nichtwohngebäuden geplant; auch bei dieser Bauherrengruppe liegt der Schwerpunkt mit 25 Bauvorhaben auf den nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden. Bei den öffentlichen Bauherren sind hingegen die sonstigen Nichtwohngebäude dominierend, während die Betriebsgebäude nichtlandwirtschaftlicher Art auf dem zweiten Platz vorzufinden sind.

Zwischen den einzelnen Bauherrengruppen ist eine deutliche Abstufung bei der im Durchschnitt aller neu zu errichtenden Gebäude geplanten Nutzfläche erkennbar. Mit durchschnittlich 954 m² je Gebäude übertrafen die von Unternehmen geplanten Bauwerke die der öffentlichen Hand um 410 m², die Pläne der Privaten Haushalte wiesen mit einer Durchschnittsfläche von 306 m² noch nicht einmal ein Drittel der entsprechenden Unternehmensdaten aus.

diesem Kostenvergleich zeigt sich wieder einmal deutlich die Problematik der Heterogenität der hier betrachteten Erhebungseinheiten.

Insgesamt beläuft sich das im Jahr 1985 geplante Investitionsvolumen im Nichtwohnbau auf knapp 240 Mio. DM, womit das Vorjahresergebnis um 24,6 % unterschritten wurde.

2.2.2. Fertigstellungen

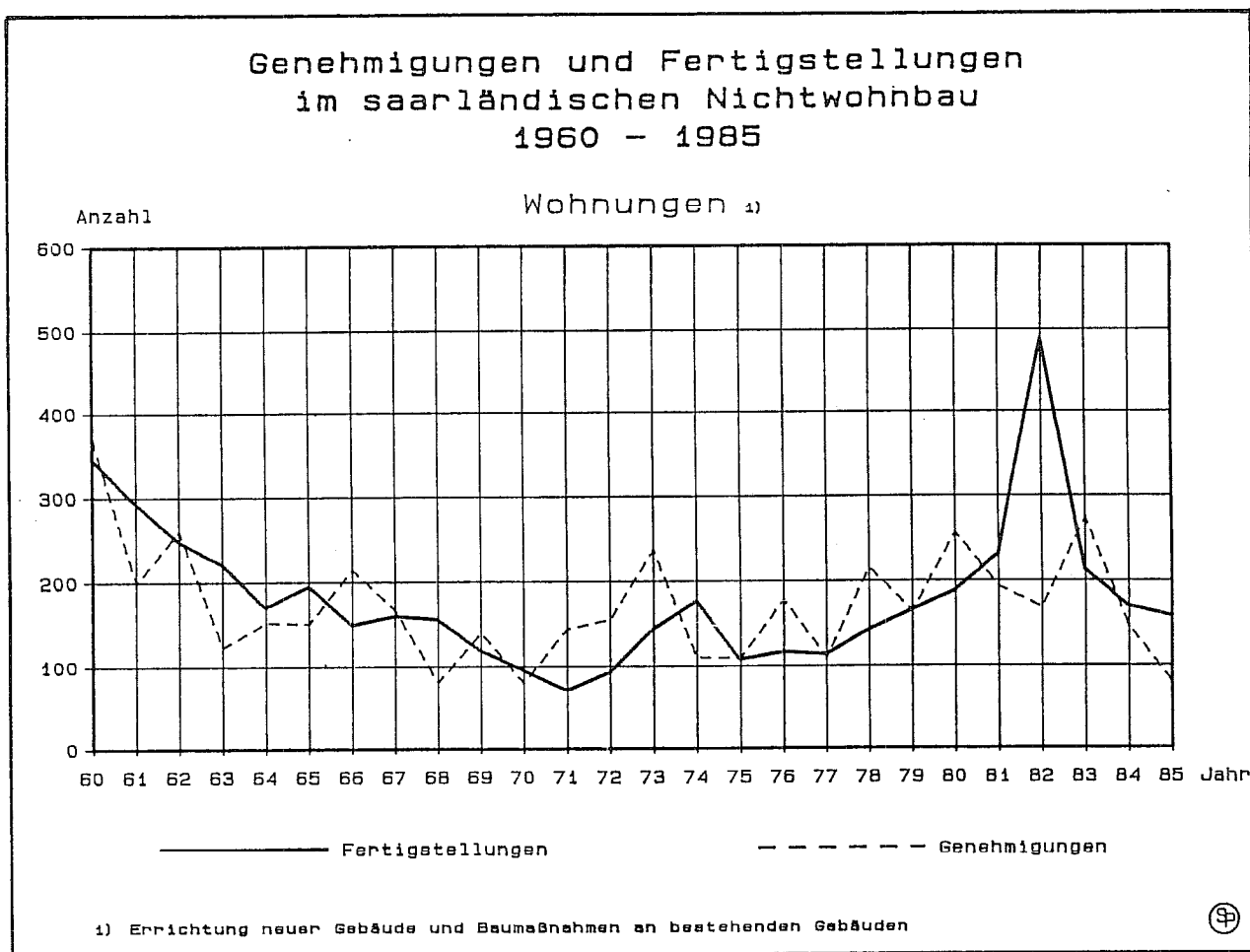
Wie aufgrund des starken Rückgangs der anno 1984 genehmigten Bauvorhaben zu erwarten war, haben die Fertigstellungszahlen im Nichtwohnbereich im Jahr 1985 ihren negativen Trend beibehalten. Mit 301 fertiggestellten Nichtwohngebäuden wurden 40 Projekte weniger zum Abschluß gebracht als im Vorjahr. Das zugehörige Bauvolumen lag bei 1 478 Tsd. m³ umbautem Raum (— 8,7 %), und der Nutzflächenzugang erreichte mit 232,7 Tsd. m² nur acht Zehntel des Vorjahresniveaus. Noch wesentlich höher fiel der Rückgang bei den Baukosten aus; hier wurden mit 268,1 Mio. DM mehr als 100 Mio. DM weniger für die Errichtung neuer Gebäude veranschlagt als im Jahr 1984. Demgegenüber hat sich das Investitionsvolumen für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden im Vergleich zu 1984 um fast 18 % auf 85,4 Mio. DM veranschlagte reine Baukosten ausgeweitet.

Von den 301 im Jahr 1985 errichteten neuen Wohngebäuden waren zwei Drittel nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude. Auf sie entfielen 72,8 % der gesamten Nutzfläche und 65,4 % der Baukosten. Gegenüber dem Vorjahr — 1984 wurden hier 229 Gebäude fertiggestellt — hat sich der Nutzflächenzugang um 14,8 % verringert, die Summe der für gewerbliche Betriebsgebäude veranschlagten reinen Baukosten reduzierte sich um nur 2,6 Prozent.

Die Bauherrenstruktur zeigt auch im Jahr 1985 wieder eine klare Dominanz des Unternehmenssektors, auf den mehr als drei Viertel (75,7 %) der neu errichteten Gebäude und 84,7 % der Nutzfläche entfielen; am Kostenvolumen waren die Unternehmen zu 80,4 % beteiligt. Der Rückgang der in neuen Gebäuden geschaffenen Nutzfläche war bei der Bauherrengruppe der Unternehmen mit 14,9 % unterdurchschnittlich, obgleich betragsmäßig am bedeutsamsten. Von den öffentlichen Bauherren (einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter) wurden mit 29,2 Tsd. m² 35,1 % weniger Nutzfläche geschaffen als im Jahr 1984. Bei den Privaten Haushalten

bedeuteten 6,3 Tsd. m² ein Minus von 53,3 % gegenüber dem Vorjahr.

Im Nichtwohnbau wurden außerdem 158 Wohnungen geschaffen, die überwiegend auf nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude entfielen. Die Zuordnung eines Gebäudes zum Wohn- oder Nichtwohnbau erfolgt nach dem überwiegenden Verwendungszweck, gemessen an dem Verhältnis von Wohn- zu Nutzfläche. Ist mehr als die Hälfte der geschaffenen Gesamtfläche für Nichtwohnzwecke vorgesehen, so zählt das Gebäude zu den Nichtwohngebäuden; nimmt die Wohnfläche mindestens die Hälfte der Gesamtfläche ein, dann wird es den Wohngebäuden zugeordnet. In der von zeitweilig starken Ausschlägen geprägten Zeitreihe der im Nichtwohnbau geschaffenen Wohneinheiten ist keine eindeutige Entwicklungsrichtung erkennbar. Die Reihe korreliert weder mit der zeitlichen Entwicklung der untersuchten Merkmale im Nichtwohnbau noch mit der Zeitreihe der im Wohnbaubereich fertiggestellten Wohnungen.



2.2.3. Bauüberhang

Auch im Nichtwohnbau hat sich die Anzahl der noch nicht zum Abschluß gebrachten Projekte im Vergleich zum Vorjahresende um 9,2 % auf 674 am 31.12.1985 verringert. 45,1 % dieser Projekte wurden im Laufe des Jahres 1985 genehmigt; für nahezu jedes fünfte wurde die Baugenehmigung allerdings schon vor mehr als drei Jahren erteilt. Im Bereich der neu zu errichtenden Gebäude blieb ein geplantes Bauvolumen von

2,4 Mio. cbm unfertig; hiervon waren 41,2 % bereits rohbaufertig (unter Dach), 21,2 % in Arbeit, aber noch nicht unter Dach, und bei 37,7 % war mit den Arbeiten noch gar nicht begonnen worden.

Wolfgang Backes
Dipl. Volkswirt

Fußnoten

1) Auf der Grundlage des Zweiten Gesetzes über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes (2. BauStatG) vom 27. Juli 1978 (BGBl. I S. 1118) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz — BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289) wurden die Statistiken der Bautätigkeit im Bereich des Hochbaus für das Jahr 1985 erstellt.

2) Die auf dem Gebiet von 1949 geschätzte Relation Haushalte je Wohnung lag damals bei 1,08.

3) So führte etwa die Fortschreibung auf Basis der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) von 1961 zum Ausweis von knapp 391 Tsd. Wohnungen im Jahr 1968, während der tatsächliche Bestand um mehr als 20 Tsd. Wohnungen niedriger lag. Auch die Zahl der Privathaushalte mußte mit der Volkszählung im Jahr 1970 stark nach unten korrigiert werden.

4) Im Jahr 1965 kamen Gebäude mit weniger als 350 m³ Rauminhalt und weniger als 25 000,- DM veranschlagte Kosten zum Wegfall, von 1960 bis einschließlich 1964 lag das Mindestmaß bei 100 m³ und 5 000,- DM.

Bundestagswahl am 25. Januar 1987

– ein Überblick –

Selten zuvor divergierten die Hochrechnungen und Prognosen der Forschungsinstitute bei Wahlen so sehr in ihren Einschätzungen wie am Abend des 25. Januar 1987.

Damit können als Fazit für die (im Bundestag vertretenen) Parteien folgende Aussagen getroffen werden:

Umfrageergebnisse zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987

Institut	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE
Allensbach	44,6	37,3	8,9	8,3
BASIS	46,6	35,0	8,4	9,1
EMNID	48	37	7	7
FORSA	47	37	8	7
INFRATEST	46	39	7	8

SPD: Sie erreichte ihr Wahlziel nicht und erzielte bundesweit das schwächste Ergebnis seit 1961.

CDU: Sie mußte starke Einbußen hinnehmen und erzielte bundesweit das schwächste Ergebnis seit 1949.

F.D.P.: Sie konnte bundesweit ihren Platz behaupten.

Noch am Wahlabend lauteten die letzten Vorhersagen:

Prognose- und Hochrechnungsergebnisse zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987

Hochrechnung	CDU		SPD		F.D.P.		GRÜNE	
	ARD	ZDF	ARD	ZDF	ARD	ZDF	ARD	ZDF
Prognose 18.00 Uhr	46,0	45,5	36,0	36,5	9,0	8,5	8,0	8,5
1. Hochrechnung	41,7	45,0	39,0	37,0	10,2	9,0	7,8	8,0
2. Hochrechnung	42,6	44,0	39,3	38,4	8,8	8,7	8,0	7,4
3. Hochrechnung	42,9	44,0	39,0	38,4	8,6	8,7	8,2	7,4
Vorläufiges Endergebnis	44,3		37,0		9,1		8,3	

Erst sehr spät am Wahlabend pendelten die Hochrechnungen auf das vorläufige Endergebnis für den Bund ein. Die folgende Tabelle zeigt den Vergleich zwischen den Bundesergebnissen und denen im Saarland.

GRÜNEN: Sie werden von den Medien als die eigentlichen Gewinner dieser Wahl angesehen.

Ergebnisse der Bundestagswahlen 1987 und 1983 im Bund-Saar-Vergleich

Wahlbeteiligung – Partei	Bund		Saarland	
	1987	1983	1987	1983
Wahlbeteiligung	84,3	89,1	87,3	90,6
CDU/CSU ¹⁾	44,3	48,8	41,2	44,8
SPD	37,0	38,2	43,5	43,8
F.D.P.	9,1	7,0	6,9	6,0
GRÜNE	8,3	5,6	7,1	4,8
Sonstige	1,5	0,5	1,4	0,7

1) CSU nur in Bayern.

Eine besondere Auffälligkeit dieser Wahl ist, daß Union und Sozialdemokraten zum ersten Mal gleichzeitig, wenn auch in unterschiedlicher Größenordnung, Stimmen einbüßten.

Ein weiterer, wesentlicher und auch neuartiger Bestandteil des Wählervotums war diesmal die höhere Wahlenthaltung, die die beiden großen Parteien schmerzhafter traf als die F.D.P. und die GRÜNEN.

Bei den Saar-Parteien löste nach ihren eigenen Verlautbarungen der Ausgang der Bundestagswahl im Saarland meist Zufriedenheit aus. So konnte die SPD annähernd ihr Ergebnis von

1983 (43,8 %) erreichen und die CDU überwand ihren Tiefpunkt bei der Landtagswahl 1985 (37,3 %). Für die beiden kleinen Parteien zahlte sich die Änderung des Wahlsystems (Niemeyer) aus. Sie erzielten gegenüber der Bundestagswahl 1983 Gewinne und konnten je eine Mandats-trägerin in den Bundestag entsenden. Nach dem früheren Wahlverfahren von d'Hondt wäre das Saarland statt mit jetzt zehn Abgeordneten mit nur acht Mandatsträgern in Bonn vertreten gewesen. F.D.P. und GRÜNE hätten somit kein Mandat erhalten. Das Saarland wird von folgen- den Parlamentarierinnen und Parlamentariern vertreten:

SPD: Margit Conrad (Direktkandidatin Saarbrücken I, Stimmenvorsprung 10 433),
 Alwin Brück (Direktkandidat Saarbrücken II, Stimmenvorsprung 3 771),
 Lothar Fischer (Direktkandidat Homburg, Stim- menvorsprung 9 265),

über die Landesliste

Ottmar Schreiner.

CDU: Hans-Werner Müller (Direktkandi- dat Saarlouis, Stim- menvorsprung 2 638),
 Johannes Ganz (Direktkandidat St. Wendel, Stim- menvorsprung 7 061),

über die Landesliste

Doris Pack und Werner Schreiber.

Des weiteren erhielten über die Landeslisten ihrer Parteien ein Bundestagsmandat

F.D.P.: Uta Würfel,
GRÜNE: Erika Trenz.

Eine weitere Besonderheit dieser Bundestags- wahl ist, daß die Saar-SPD ihren Stimmenvor-

sprung zum Bund weiter ausbauen konnte. Hier ist seit 1969 (– 2,8 Punkte) eine kontinuierliche Steigerung bis 1987 (+ 6,5 Punkte) zu verzeich- nen. Die Sozialdemokraten erzielten im Saar- land hinter Bremen das zweitbeste Ergebnis und lagen damit noch vor Nordrhein-Westfalen, das den Spitzenkandidaten dieser Partei stellte. Für die CDU gilt, daß sie 1987 ihren Abstand im Vergleich zu 1983 (– 4,0) gegenüber dem Bundesergebnis auf – 3,1 Punkte verkürzen konnte.

Kennzeichnend für die Wahl sind die Verluste der beiden großen Parteien in ihren Hochburgen. Die SPD nahm gegenüber 1983 am stärksten ab in den Städten Ottweiler, Saarbrücken, Neun- kirchen. Steigerungen gab es vor allem in länd- lichen Räumen (Gersheim, Marpingen, Wadern, Eppelborn, Nalbach). Die CDU verzeichnete die stärksten Verringerungen der Zweitstimmenpro- zente in Perl, Wadern, Gersheim, Lebach und die geringsten in Nohfelden, Bous, Neunkirchen. Die GRÜNEN legten am meisten in Saarbrücken, Blieskastel, Mandelbachtal, Wallerfangen und Perl zu, die F.D.P. in Kleinblittersdorf, Perl, Le- bach und Ottweiler.

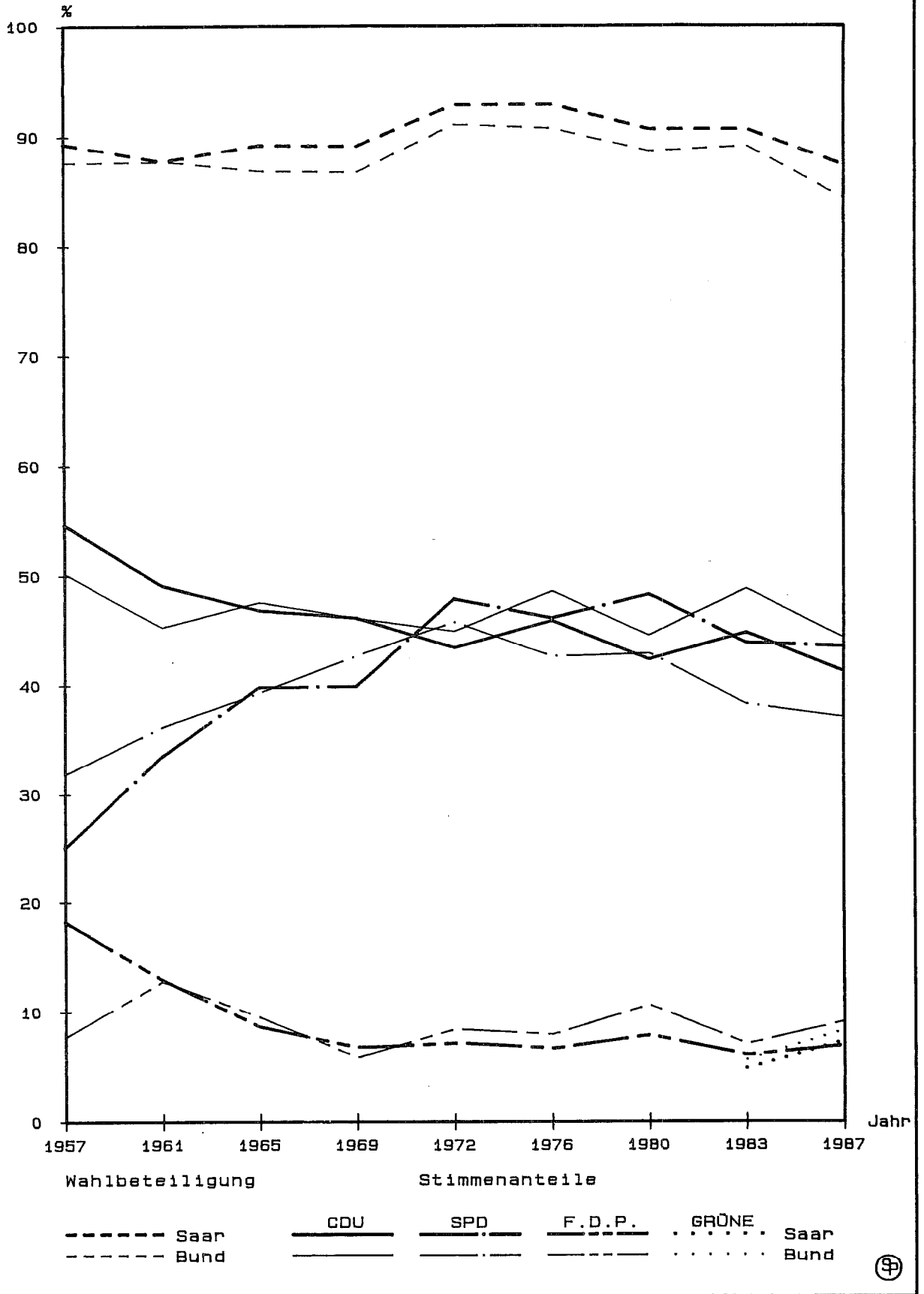
Mehrheitsverhältnisse zwischen den beiden gros- sen Parteien wurden in acht Gemeinden und im Wahlkreis Saarbrücken I sowie im Saarland ge- kippt, alle zugunsten der SPD. Betrachtet man die Stimmenanteilsdifferenzen zwischen CDU und SPD, so sieht man, daß sich die Abstände der Parteien im Vergleich zu 1983 in den CDU- Hochburgen zugunsten der SPD verringert (Tholey, Lebach, Perl, Nalbach, Wadern), in den typischen SPD-Kommunen zu Ungunsten der CDU vergrößert haben (Kirkel, Neunkirchen).

Ein weiteres Charakteristikum dieser Wahl war – wie schon erwähnt – eine auch im Saarland höhere Wahlenthaltung. So gingen im Saarland seit 1957 noch nie so wenig Bürger und Bürge- rinnen bei einer Bundestagswahl zur Wahlurne wie am 25. Januar 1987. Nur 87,3 % der Wahl- berechtigten machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch. In diesem Zusammenhang muß aber auch erwähnt werden, daß das Saarland mit dieser Beteiligungsquote an der Spitze aller Bundesländer liegt.

Seit 1957 hat sich im Saarland die Zahl der

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien im Saarland und im Bundesgebiet

Bundestagswahlen 1957 - 1987



Briefwähler bis 1980 kontinuierlich von 3,3 % auf 12,6 % entwickelt. 1983 konnte erstmals ein starker Rückgang auf 10,5 % verzeichnet werden. Bei der Bundestagswahl 1987 machten 10,9 % der Wähler von ihrem Recht, per Brief ihre Stimme abzugeben, Gebrauch. Damit hatte, wie zu befürchten war, das ungünstige Wetter in den Wochen vor der Wahl keinen großen Einfluß auf den Briefwahlanteil.

Abschließend ein kleiner Rückblick auf das Geschehen am Wahlsonntag. An diesem Tag, an dem im Saarland über 7 000 Wahlhelfer im Einsatz waren, lief die Wahlbeteiligung recht schleppend an. So wurde in den 57 Stichprobenbezirken um 10 Uhr erst eine Wahlbeteiligung (ohne Briefwähler) von 7,4 % (1983: 21,7 %) gemeldet. Auch gegen 12 Uhr — 25,2 % der Wahlberechtigten hatten ihre Stimme abgegeben — war das Ergebnis von 1983 (39,7 %)

nicht annähernd erreicht. Der Landeswahlleiter konnte erst um 17 Uhr mit 80,5 % eine mit der Bundestagswahl 1983 (78 %) vergleichbare Wahlbeteiligung melden. Zur Feststellung des vorläufigen Endergebnisses gab Kirkel, wie 1983, als erste Gemeinde gegen 19.24 Uhr sein Wahlergebnis an den Landeswahlleiter weiter, der an diesem Tag seinen Sitz im Statistischen Amt hatte. Anschließend trafen die Ergebnisse zügig ein und mit der letzten Meldung aus der Gemeinde Lebach um 21.46 Uhr etwa zum gleichen Zeitpunkt wie 1983, konnte die offizielle Wahlberichterstattung abgeschlossen werden. Damit war das Saarland das zweite Bundesland hinter Hamburg mit einem vorläufigen Endergebnis, das gegen 22 Uhr vom Landeswahlleiter verkündet wurde.

Johannes Barth

Dipl. Mathematiker

Sozialhilfe im Saarland 1970 – 1985

Inhalt

1. 26 Jahre Bundessozialhilfegesetz
 2. 24 Jahre Sozialhilfestatistik
 3. Überblick über Struktur und Entwicklung der Sozialhilfe im Saarland 1970 bis 1985
 4. Sozialhilfeaufwand und Anteil der untersuchten Hilfearten 1970 bis 1985
 - 4.1. **Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen**
 - 4.1.1. Inhalt der Hilfeart
 - 4.1.2. Entwicklung der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen von 1970 bis 1985
 - 4.1.3. Ursachen der Entwicklung
 - 4.2. **Hilfe zur Pflege in Einrichtungen**
 - 4.2.1. Inhalt der Hilfeart
 - 4.2.2. Entwicklung der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen von 1970 bis 1985
 - 4.2.3. Ursachen der Kosten- und Fallzahlentwicklung
 - 4.3. **Hilfe zur Pflege und zur Weiterführung des Haushalts außerhalb von Einrichtungen**
 - 4.3.1. Inhalt der Hilfeart
 - 4.3.2. Entwicklung der Hilfen zur Pflege und zur Weiterführung des Haushalts außerhalb von Einrichtungen
 - 4.3.3. Ursachen der Entwicklung
 - 4.4. **Eingliederungshilfe in Einrichtungen**
 - 4.4.1. Inhalt der Hilfeart
 - 4.4.2. Entwicklung der Eingliederungshilfe in Einrichtungen von 1970 bis 1985
 - 4.4.3. Ursachen der Kosten- und Fallzahlentwicklung bei der Eingliederungshilfe in Einrichtungen
 - 4.5. **Eingliederungshilfe außerhalb von Einrichtungen**
 - 4.5.1. Inhalt der Hilfeart
 - 4.5.2. Entwicklung der Eingliederungshilfe außerhalb von Einrichtungen 1970 bis 1985
 - 4.5.3. Ursachen der Kosten und Fallzahlentwicklung bei der Eingliederungshilfe außerhalb von Einrichtungen
 - 4.6. **Krankenhilfe und vorbeugende Gesundheitshilfe in Einrichtungen**
 - 4.6.1. Inhalt der Hilfeart
 - 4.6.2. Entwicklungen der Krankenhilfe und der vorbeugenden Gesundheitshilfe in Einrichtungen von 1970 bis 1985
 - 4.6.3. Ursachen der Kosten- und Fallzahlentwicklung
 - 4.7. **Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen**
 - 4.7.1. Inhalt der Hilfeart
 - 4.7.2. Entwicklung der Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen
 - 4.7.3. Ursachen der Kosten- und Fallzahlentwicklung
 - 4.8. **Entwicklung der Sozialhilfe nach Kreisen**
 - 4.8.1. Empfängerentwicklung
 - 4.8.1.1. Hilfe zum Lebensunterhalt
 - 4.8.1.2. Hilfen in besonderen Lebenslagen
 - 4.8.2. Ausgabenentwicklung
 - 4.8.2.1. Hilfe zum Lebensunterhalt
 - 4.8.2.2. Hilfen in besonderen Lebenslagen
 - 4.9. **Bund- /Ländervergleich zur Entwicklung der Sozialhilfe**
 - 4.9.1. Empfängerentwicklung
 - 4.9.1.1. Hilfe zum Lebensunterhalt
 - 4.9.1.2. Hilfen in besonderen Lebenslagen
 - 4.9.2. Ausgabenentwicklung
 - 4.9.2.1. Hilfe zum Lebensunterhalt
 - 4.9.2.2. Hilfen in besonderen Lebenslagen
 5. **Fazit**
- Literatur

1. 26 Jahre Bundessozialhilfegesetz

Die soziale Verantwortung des Staates wurde in Deutschland zum ersten Male in den Artikeln 161 bis 167 der Weimarer Reichsverfassung herausgestellt. Das Grundgesetz hebt in den Artikeln 20 und 28 auf die Sozialstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland ab. Seinen sichtbarsten Ausdruck findet der Sozialstaat heute in der Absicherung der Menschen gegenüber den für die moderne Gesellschaft typischen Existenzrisiken. Dabei geht es zum einen um das Risiko des Verlusts der Arbeitsfähigkeit infolge von Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter, zum anderen infolge von Arbeitslosigkeit. Als „Auffangnetz“ des Sozialleistungssystems ist die Sozialhilfe zu nennen. Sie stellt die Weiterentwicklung der Fürsorge, diese wiederum der Armenpflege des 19. Jahrhunderts dar.

Am 17. Februar 1960 legte die Bundesregierung den Entwurf eines Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vor. Ihm waren mehrere Referentenentwürfe vorausgegangen. An den Vorarbeiten waren die kommunalen Spitzenverbände, die Länder mit ihren Fachgremien, die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und viele andere Experten beteiligt. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 24. Juli 1954, das in bestimmtem Umfang einen Rechtsanspruch auf fürsorgereiche Leistungen bejahte, beeinflusste die Gesetzesvorlage ebenfalls. Das Urteil bezog sich auf die Aussage des Grundgesetzes über den sozialen Rechtsstaat.

Bei der Vorbereitung des Sozialhilfegesetzes wurden — das war neu in der gesetzgeberischen Tätigkeit — in einigen Groß- und Mittelstädten, in Landkreisen anhand existierender Aktenvorgänge die vorgesehenen Bestimmungen durchgespielt. Diese „Sandkastenspiele“ waren von außerordentlicher Bedeutung, zeigten sie doch oft, daß — wie die Praxis bei wohlgemeinten Leistungsverbesserungen nachwies — durchaus nicht erwünschte Folgen für Hilfesuchende und Hilfeempfänger sichtbar wurden. Die Notwendigkeit, ein neues Fürsorgerecht zu schaffen, ergab sich eigentlich zwangsläufig. Die allgemeine Entwicklung in Gesellschaft und Staat bedeutete auch auf dem Gebiete der Fürsorge die Pflicht zu ei-

ner Neuorientierung im Rahmen der angestrebten Sozialreform. Die Verordnung über die Fürsorgepflicht (RFV) und die Reichsgrundsätze aus dem Jahre 1924 waren noch immer die Grundlagen der Fürsorge und Vorschriften, die keinen Rechtsanspruch des einzelnen Hilfebedürftigen begründeten, sondern nur Hilfen vorsahen, wenn diese im „öffentlichen Interesse“ lagen. Dazu gehörten weiter das Fürsorge-Änderungsgesetz von 1953, das Gesetz über die Fürsorge für Körperbehinderte und von einer Körperbehinderung bedrohte Personen von 1957 und das Gesetz über die Tuberkulosehilfe von 1959.

Am 4. Mai 1960 wurde der Gesetzentwurf vom Bundestag dem Ausschuß für Kommunalpolitik und öffentliche Fürsorge federführend und dem Ausschuß für Gesundheitswesen sowie dem Haushaltsausschuß mitberatend überwiesen. Der Bericht des Ausschusses wurde dem Bundestag am 25. April 1961 vorgelegt. Am 3. Mai 1961 fand die zweite Lesung und am 4. Mai in der 158. Sitzung des Deutschen Bundestages die dritte Lesung des Entwurfs statt. Die Abstimmung erbrachte 193 Ja-Stimmen, 150 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen. Das neue Sozialhilferecht war damit beschlossen. Am 30. Juni 1961, vor 26 Jahren also wurde das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom Bundespräsidenten ausgefertigt.

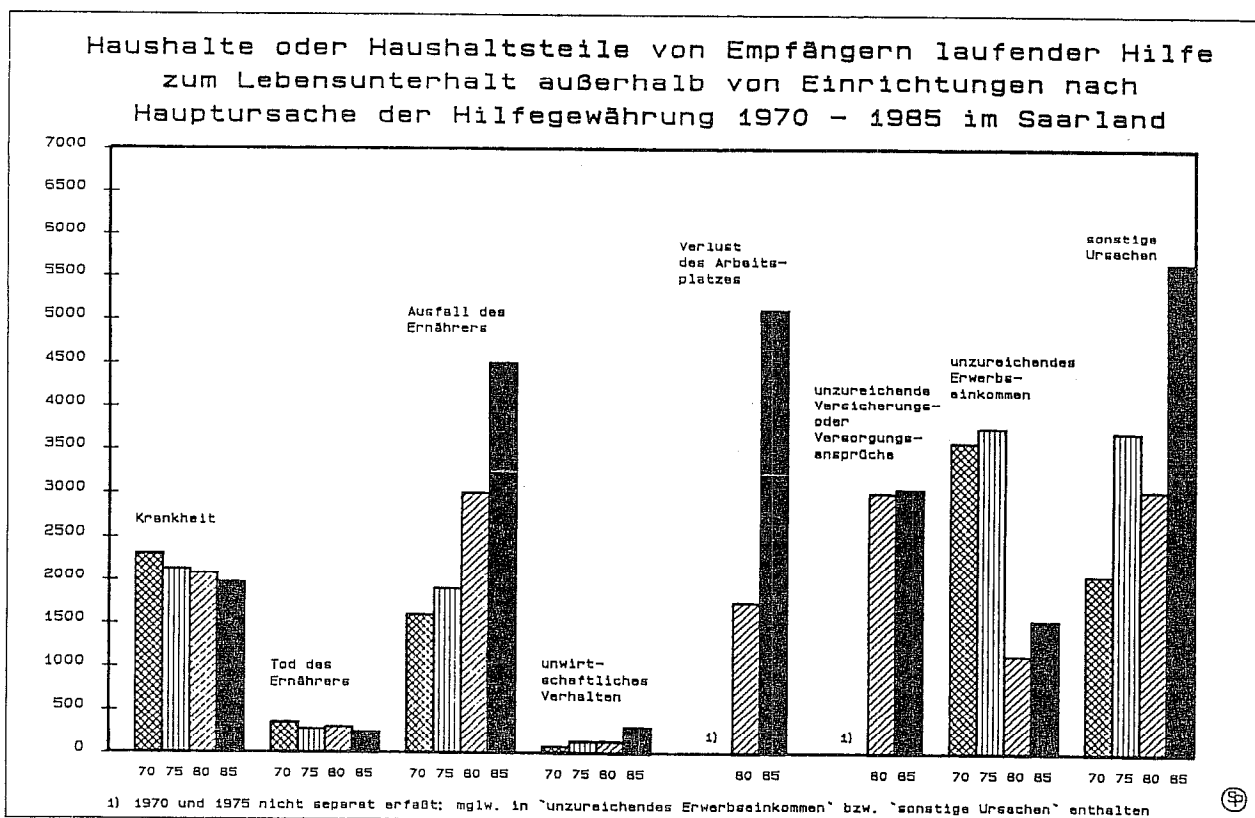
Seither unterlag es einigen Änderungen. Durch das 1. Änderungsgesetz wurden ab Oktober 1965 vor allem beitragsmäßige Erhöhungen der Mehrbedarfzuschläge sowie Verbesserungen der besonderen Einkommensgrenze für die Hilfe in besonderen Lebenslagen geregelt. Vier Jahre später, am 1. Oktober 1969 traten durch das 2. Änderungsgesetz umfangreiche Änderungen und Ergänzungen des BSHG in Kraft. Dabei wurden die bisherigen praktischen Erfahrungen in der Anwendung des Gesetzes genutzt, um durch Leistungsverbesserungen der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Rechnung zu tragen. Am 1. April 1974 trat dann das 3. Änderungsgesetz in Kraft. Es brachte neben der notwendigen Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung neue Vorschriften über den sozialhilfeberechtigten Personenkreis, über die häusliche Pflege und die Aufgabenstellung der Eingliederungshilfe für Behinderte. Besonders für die bis dahin nicht unterstützten Personen, deren

Behinderung auf der Erkrankung innerer Organe beruhte (eingeschlossen alle geistigen und seelischen Behinderungen), ermöglichte das 3. Änderungsgesetz umfangreiche Rehabilitationsmaßnahmen. Ein 4. Änderungsgesetz wurde am 24. Mai 1983 beschlossen, das zuletzt geändert wurde durch Art. 26 des Gesetzes über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte und zur Stabilisierung der Finanzentwicklung in der Rentenversicherung sowie über die Verlagerung der Investitionshilfeabgabe (Haushaltsbegleitgesetz 1984) vom 22. Dezember 1983. Hier haben also die Bemühungen um Einsparungen in den öffentlichen Haushalten zu immer größeren Auswirkungen auf das BSHG geführt. So wurden die Erhöhungen der Regelsätze eingeschränkt und Art und Umfang einzelner Unterstützungshilfen enger vorgeschrieben.

Sozialhilfe gehört neben der Sozialversicherung und der Versorgung zu den drei Säulen der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie brachte Neuerungen und Verbesserungen auf der Leistungsseite und in der Organisation, für die Stellung von Hilfesuchenden und Hilfeempfängern sowie der Unterhaltspflichtigen. Ein besonderes, aus fortschrittlichem Denken geprägtes Kapitel sind die Bestimmungen über die Hilfe in besonderen Lebenslagen. Diese

Hilfen sind mehr als materielle Leistungen. Sie füllen Lücken aus, die in anderen Gesetzen oder im Personenkreis begründet sein können, darin eingebaut sind Hilfen für Körperbehinderte und Tuberkulosekranke. Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht (§ 1 BSHG).

Sozialhilfe nach dem BSHG ist nachrangig: Erst wenn andere Personen oder Instanzen nicht in Anspruch genommen werden können, wird Sozialhilfe gewährt. Diesem Subsidiaritätsbegriff liegen bestimmte Vorstellungen vom Aufbau einer Gesellschaft zugrunde. Der Grundgedanke stammt aus der Enzyklika Quadragesimo anno von Papst Pius XI aus dem Jahre 1931. Kann der Einzelne sich nicht helfen, so soll die nächsthöhere Einheit, die Familie, eintreten, sodann die Kommune und schließlich der Staat. So etwa die Enzyklika in Worten unserer Zeit. Diese im BSHG niedergelegte Vorstellung führte zum Nachrang der öffentlichen Träger der Sozialhilfe (Landes-, Kreis-, Stadt-Gemeindesozialämter) gegenüber privaten Organisationen der Sozialhilfe. Diese Nachrangigkeit hat die Sozialhilfe ein wenig zur sozialpolitischen Randerscheinung werden lassen. Sie gilt leider oft als Ausfallbürge oder als



Lückenbüßer. Durch die Grundsätze der Bedürftigkeit, Nachrangigkeit, Bedarfsorientierung und der Arbeitspflicht unterscheidet sich die Sozialhilfe von dem Grundsatz des Versicherungsprinzips in der Sozialversicherung.

22 401 Haushalte haben im Saarland im Laufe des Jahres 1985 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, also in der Regel zu Hause, nach dem Bundessozialhilfegesetz bezogen. Bei 22,8 % von ihnen wurde die Hilfe wegen Verlustes des Arbeitsplatzes in Anspruch genommen, bei 20,1 % wegen Ausfall des Ernährers und bei 13,7 % wegen unzureichender Versicherungs- oder Versorgungsansprüche.

Zwei Formen der Hilfe sind möglich: nach dem BSHG können der jeweiligen Situation des Hilfebedürftigen entsprechend

Hilfe zum Lebensunterhalt und/oder
Hilfe in besonderen Lebenslagen

gewährt werden.

Mit der Hilfe zum Lebensunterhalt sollen die notwendigen Bedürfnisse des täglichen Lebens des Empfängers gesichert werden. Dazu zählen Nahrungsmittel, Unterkunft, Energiebedarf, Kleidung sowie sonstige einmalige Bedürfnisse (z.B. Hausrat). Der Hilfeempfänger muß dafür sein ganzes Einkommen und in erheblichem Umfang auch sein Vermögen einsetzen, die Sozialhilfe deckt dann den fehlenden Teil.

Mit den Hilfen in besonderen Lebenslagen sollen Notsituationen, die durch Krankheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit entstehen können, behoben werden. Hierbei muß der Empfänger sein Einkommen nur in einem zumutbaren Umfang einsetzen, und für die Verwendung seines Vermögens gelten höhere Freibeträge als bei der Hilfe zum Lebensunterhalt.

Die Feststellung der Bedürftigkeit einer Person oder einer Gemeinschaft errechnet sich aus der Gegenüberstellung von Bedarf und Einkommen. Übersteigt der Bedarf das einzusetzende Einkommen, so sind in der Höhe des Unterschiedbetrages Leistungen der Hilfe zum Lebens-

unterhalt zu gewähren. Der Bedarf wird bestimmt nach einem vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge ermittelten Warenkorb, aus dem die obersten Sozial- und Finanzbehörden der Länder auf der Grundlage der Preisermittlungen der Statistischen Landesämter einen Regelsatz errechnen. Zusätzlich gehen in die Bedarfsberechnung die Kosten für Unterkunft und Heizung sowie eventuelle Mehr- und Sonderbedarfszuschläge ein. Der Warenkorb, der den Regelsatz bestimmt, umfaßt den Verbrauch an Grundnahrungs- und Genussmitteln sowie den Bedarf an Dingen des täglichen Lebens. Er enthält ferner einen Betrag für kulturelle Zwecke. Die Zusammensetzung des Warenkorbes von 1970 wurde 1980 den modernen Bedürfnissen angepaßt. Dennoch immer wieder problematisch ist es für die Sozialhilfeempfänger, daß spezielle Positionen mittlerweile überholt sind und der Warenkorb damit nicht mehr den tatsächlichen Bedürfnissen entspricht.

Die Auswirkungen des Anstiegs der Arbeitslosigkeit auf die Sozialhilfe haben sozialpolitisch zu einer intensiven Diskussion um eine bessere Abkoppelung der Sozialhilfe von diesem Risiko geführt. Neben der Verlängerung der Anwartschaft für den Bezug von Arbeitslosengeld wird eine stärkere Berücksichtigung der Regelsätze der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG im Leistungsrecht des Arbeitsförderungsgesetzes gefordert, um die Zahl der Sozialhilfeempfänger, die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt in Anspruch nehmen müssen, einzudämmen.

Die Sozialhilfeausgaben haben inzwischen eine Größenordnung erreicht, in der sie zu einer ernsthaften Belastung für die Haushalte der Gemeinden und Städte geworden sind. Im Jahre 1985 sind die Ausgaben im Saarland gegenüber dem Vorjahr um knapp 12 % auf 372 Mio. DM gestiegen, die zu rund 58 % von den örtlichen Trägern aufzubringen waren. Dennoch ist es auch heute noch nicht immer selbstverständlich, daß bei der Aufzählung der verschiedenen Leistungsarten und ihrer Träger die Sozialhilfe genannt wird. Es war ein weiter Weg zum modernen Begriff der Sozialhilfe und zu ihrer gesetzlichen Grundlage, dem Bundessozialhilfegesetz, das nunmehr ein Vierteljahr-

hundert Bestand hat.

2. 24 Jahre Sozialhilfestatistik

Das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferversorge und der Jugendhilfe wurde am 15. Januar 1963 vom Deutschen Bundestag verabschiedet und zuletzt geändert durch Artikel 19 des 1. Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften ("Statistikbereinigungsgesetz") vom 14. März 1980. Danach werden die Sozialhilfeempfänger jährlich nach Geschlecht, Altersgruppe und Hilfeart und bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt außerdem noch nach der Stellung zum Haushaltsvorstand, dem Haushaltstyp, der Art des angerechneten Einkommens sowie der Hauptursache der Hilfewährung statistisch erfaßt, egal ob sie die Hilfe nur für wenige Tage oder für das ganze Jahr erhielten. Da weder Name, noch Anschrift dem Landesamt mitgeteilt werden, ist die Anonymität der einzelnen Sozialhilfeempfänger gewahrt.

Die Erhebung der Sozialhilfeempfänger nach ihrem Alter geschieht erst mit einjähriger Verzögerung seit 1964. Von 1970 an werden die Empfänger auch getrennt nach Deutschen und Ausländern ausgewiesen, und seit 1978 werden diese Daten auch geschlechtsspezifisch gegliedert.

Die Erhebung der statistischen Merkmale wird im Saarland in den Sozialämtern des Stadtverbandes Saarbrücken, der Landkreise, Städte und Gemeinden als örtlichen Trägern sowie beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung als überörtlichem Träger durchgeführt. Das Statistische Landesamt erhält die ausgefüllten Statistikformulare zur Weiterverarbeitung, Aufbereitung und Auswertung.

Die Einnahmen und Ausgaben der Sozialhilfe werden getrennt nach ihren Arten jeweils von den o.a. Stellen errechnet und für die Statistik zusammengestellt. Als Anfangsjahr einer Zeitreihenbetrachtung wird in diesem Artikel das Jahr 1970 gewählt. Bei der Interpretation solch langer Sozialhilfezeitreihen sind allerdings einige methodische Probleme zu

berücksichtigen. So müssen bei der Interpretation der Endergebnisse trotz mehrfacher Plausibilitätskontrollen Einschränkungen aufgrund der systematischen Fehler beachtet werden. Als systematische Fehler zählen nicht-sachgerechte Planung und Durchführung, u.a. auch unvollständiges oder unzutreffendes Ausfüllen der Erhebungsbogen sowie unvollständige Erfassung von Sozialhilfeempfängern dadurch, daß nicht alle Akten berücksichtigt werden. Besonders bei überregionalen Vergleichen muß berücksichtigt werden, daß wissenschaftliche Analysen des Nachfrageverhaltens von Sozialhilfeempfängern ergeben haben, daß in den Flächenstaaten die "Dunkelziffer der Armut" höher ist als in den Stadtstaaten bzw. städtischen Gebieten. Die mit dem Ausdruck "Dunkelziffer der Armut" bezeichnete Kenngröße bezieht sich auf die nicht erfaßten Sozialhilfeberechtigten, also auf die Personen, denen aufgrund ihrer finanziellen Situation eine Unterstützung durch Sozialhilfe zustehen würde, die aber davon keinen Gebrauch machen. Von der Gruppe der potentiell Sozialhilfeberechtigten nutzt nämlich nur ein Teil diese Hilfeleistung, während ein anderer Teil darauf verzichtet.

Dabei ist festgestellt worden, daß durch Anonymität in den Großstädten bei mangelnder Nachbarschaftshilfe die Inanspruchnahme von Sozialhilfe ausgeprägter ist als in ländlichen Regionen, wo man einander besser kennt und immer noch gewisse „Hemmschwellen“ vorhanden sind, das „Sozialamt in Anspruch zu nehmen“. Daher sind Informationen in tieferer regionaler Gliederung über Anteile von Sozialhilfeempfängern an der Wohnbevölkerung oder darauf basierende Analysen zu pro-Kopf-Ausgaben zwischen Flächen- und Stadtstaaten nicht voll vergleichbar.

Aber nicht nur bei den Empfängerzahlen, sondern auch im Bereich der Einnahmen und Ausgaben der Sozialhilfe treten methodische Probleme auf, die die Vergleichbarkeit der Daten beeinträchtigen. So können für einzelne Leistungsarten in den Kreisen u.U. Abweichungen auftreten, die auf unterschiedliche Zuordnungen der gezahlten Sozialhilfeleistungen zu den Hilfearten zurückzuführen sind. Auch muß bei den Einnahmen berücksichtigt werden, daß die jährlichen Veränderungen nicht nur auf allgemeine Erhö-

hungen des Kostenersatzes zurückgehen, sondern hauptsächlich auf die bereits angesprochenen Gesetzesänderungen des BSHG in den Jahren 1964 bis 1983 und auf laufend ergänzten Ausführungsvorschriften und Verordnungen beruhen. Wenn man die Sozialhilfeausgaben mit der saarländischen Haushaltsrechnung vergleichen will, um die anteilige Belastung zu ermitteln, so sind gleichfalls im Betrachtungszeitraum die o.a. Probleme — zumeist Fragen der unterschiedlichen Zuordnung — zu berücksichtigen.

3. Überblick über Struktur und Entwicklung der Sozialhilfe im Saarland 1970 – 1985

1985 wurden rund 372 Mio. DM im Rahmen der Sozialhilfe im Saarland ausgegeben. Hinzu kommen noch Unterstützungen in Höhe von 3,5 Mio. DM, von denen 1,8 Mio. DM als Weihnachtsgeld und knapp 1,2 Mio. DM an Hilfen und Kostenersatz für Deutsche im Ausland benötigt wurden.

Die Sozialhilfe umfaßt, wie oben angedeutet, die

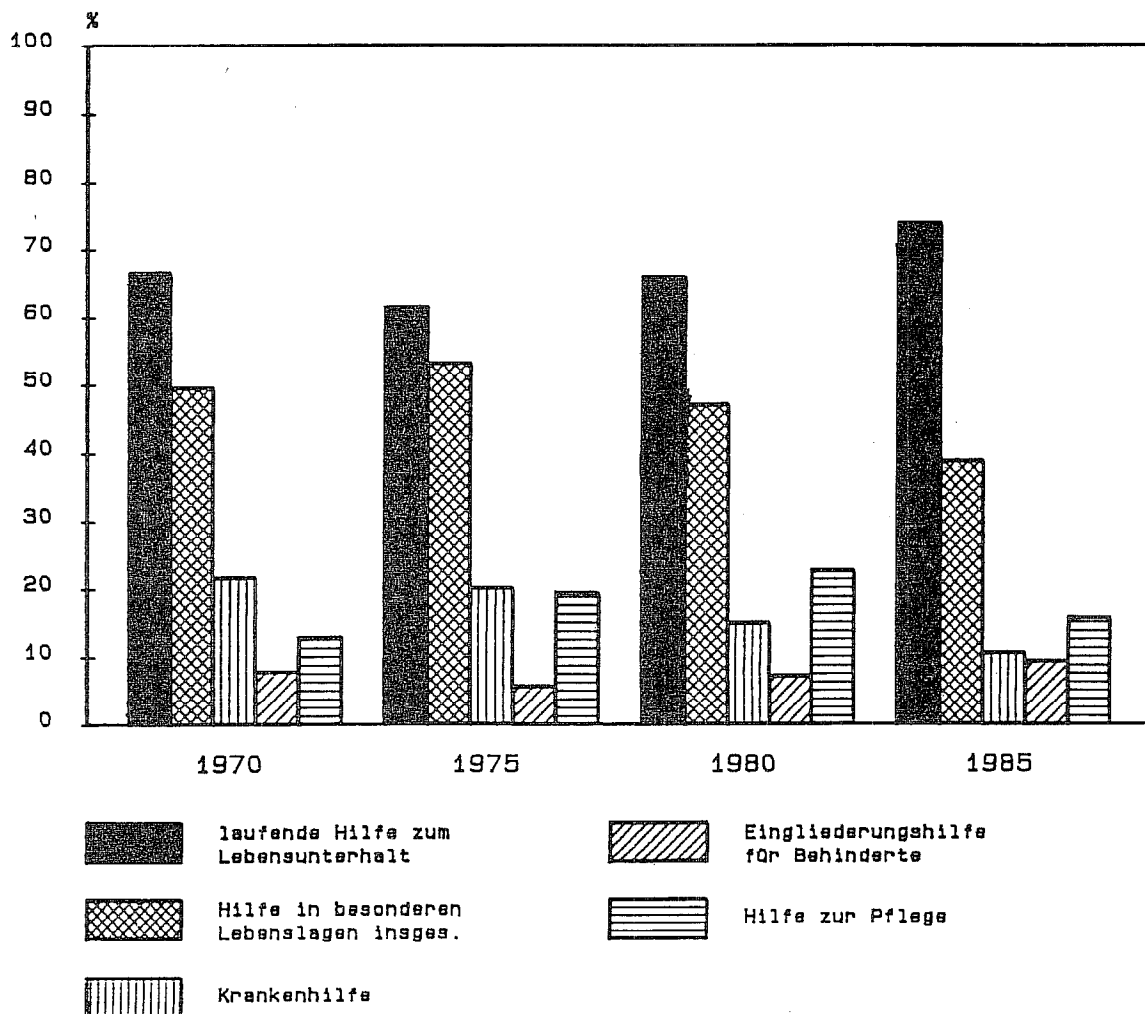
Empfänger/Ausgaben	Einheit	1970	1975	1980	1985
Sozialhilfeempfänger	1 000	28,7	38,2	40,4	56,3
Frauen	%	63,8	63,3	61,4	57,0
Frauen über 60 Jahre	%	25,5	25,0	22,1	14,3
Ausländer	%	1,3	2,2	4,9	10,9
Ausgaben der Sozialhilfe	Mio. DM	59,1	143,3	222,0	371,9

Hilfe zum Lebensunterhalt sowie die Hilfen in besonderen Lebenslagen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt deckt Grundbedürfnisse des täglichen Lebens ab. Sie muß häufig dann in Anspruch genommen werden, wenn z.B. gegenüber der Rentenversicherung nur unzureichende Versorgungsansprüche bestehen oder wenn der Verlust des Arbeitsplatzes Einkommensausfälle mit sich bringt. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen dient der Behebung von speziellen sozialen Notständen (z.B. Hilfen während einer Krankheit oder für Behinderte). Beide Leistungen werden sowohl außerhalb als auch in Einrichtungen (z.B. Pflegeheimen, Altenheimen, Krankenhäusern, Heimen für Behinderte) gewährt. 1985 wurden insgesamt 56 265 Personen durch die Sozialhilfe unterstützt. 41 532 bezogen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und 21 560 Hilfen in besonderen Lebenslagen (Eine Person kann beide Hilfearten beziehen; daher ist die Gesamtzahl der Leistungsfälle größer als die Gesamtzahl der unterstützten Personen). Rund 17 % der Hilfeempfänger wurden durch Hilfe in Einrichtungen versorgt. Die Zahl der Empfänger je 1 000 Einwohner betrug 53,7, wobei der Stadtverband Saarbrücken (65,2 auf 1 000 Einwohner) die höchste und der Landkreis St. Wendel (31,4 auf 1 000 Einwohner) die niedrigste Quote der Hilfeempfänger zu verzeichnen hatten. Der Anteil der Frauen lag bei 57,0 %.

Empfänger von Sozialhilfe im Saarland 1970 bis 1985 nach Haupthilfearten, Geschlecht und Alter

Hilfeart	Jahr	Hilfeempfänger										
		männlich		weiblich		insgesamt	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		Anzahl	%	Anzahl	%		unter 18		18 – 60		60 und mehr	
						Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	1970	6 361	33,2	12 778	66,8	19 139	7 011	36,6	5 954	31,1	6 174	32,3
	1975	8 232	35,1	15 253	64,9	23 485	8 885	37,8	8 247	35,1	6 353	27,1
	1980	9 989	37,5	16 643	62,5	26 632	9 250	34,7	11 857	44,5	5 525	20,8
	1985	17 594	42,4	23 938	57,6	41 532	13 412	32,3	23 270	56,0	4 850	11,7
Hilfe in besonderen Lebenslagen	1970	5 425	38,1	8 804	61,9	14 229	3 661	25,7	5 409	38,0	5 159	36,3
	1975	7 465	36,7	12 862	63,3	20 327	5 273	25,9	6 926	34,1	8 128	40,0
	1980	7 310	38,5	11 676	61,5	18 986	4 225	22,3	7 237	38,1	7 524	39,6
	1985	9 967	46,2	11 593	53,8	21 560	5 064	23,5	10 300	47,8	6 196	28,7
Sozialhilfe insgesamt ¹⁾	1970	10 398	36,2	18 344	63,8	28 742	9 545	33,2	9 653	33,6	9 544	33,2
	1975	14 021	36,7	24 168	63,3	38 189	13 028	34,1	12 936	33,9	12 225	32,0
	1980	15 622	38,6	24 802	61,4	40 424	12 558	31,1	16 618	41,1	11 248	27,8
	1985	24 185	43,0	32 080	57,0	56 265	17 210	30,6	29 012	51,6	10 043	17,8

Sozialhilfeempfänger¹⁾ im Saarland 1970 - 1985 nach Leistungsgruppen



1) Empfänger mit mehreren Hilfearten sind bei jeder Hilfeart aufgeführt



Von 1970 bis 1985 stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 96,2 %. Die Zahl der Ausländer und Staatenlosen in dieser Gruppe erhöhte sich im gleichen Zeitraum um das 17-fache. Dies ist vermutlich auf die zunehmende Zahl von Asylbewerbern zurückzuführen, die zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag zunächst auf Sozialhilfe angewiesen sind. In den letzten Jahren kamen vor allem Arbeitslose hinzu, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe (mehr) haben bzw. das angerechnete Arbeitslosengeld unter dem Regelsatz der Sozialhilfe liegt.

Wesentlich stärker als die Gesamtzahl der Empfänger erhöhten sich zwischen 1970 und 1985 die Ausgaben für Sozialhilfe, und zwar von 59,1 Mio. DM auf 371,9 Mio. DM, also auf mehr als

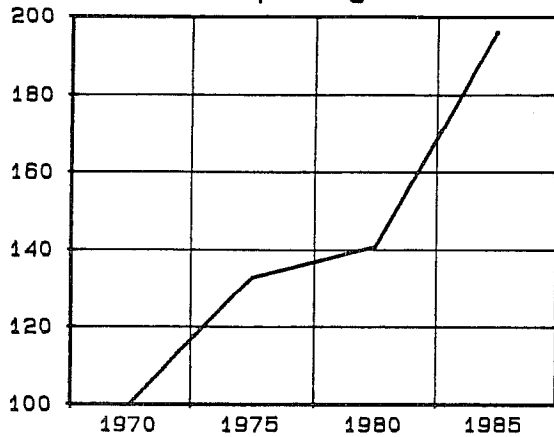
das Sechsfache. Die Gründe für die Ausgabenerhöhung liegen neben der Ausweitung des anspruchsberechtigten Personenkreises und einer stärkeren Inanspruchnahme der Sozialhilfeleistungen durch die Hilfesuchenden auch in beträchtlichen Leistungssteigerungen, zuletzt u.a. aus der allgemeinen Regelsatzanhebung um 7,1 %, die zum 1. Juli 1985 in Kraft trat.

Die Finanzierung der Leistungen fällt überwiegend den kommunalen Gebietskörperschaften zu. Ausgabensteigerungen in einer Größenordnung von 129 % (1970 - 1975), 61 % (1975 - 1980) und 66,0 % (1980 - 1985) stellen eine große Belastung für die Gemeinden dar, auch wenn man berücksichtigt, daß die Länder (durch den Finanzausgleich) sowie Sozialleistungsträger und Unterhaltspflichtige (durch Ersatzleistun-

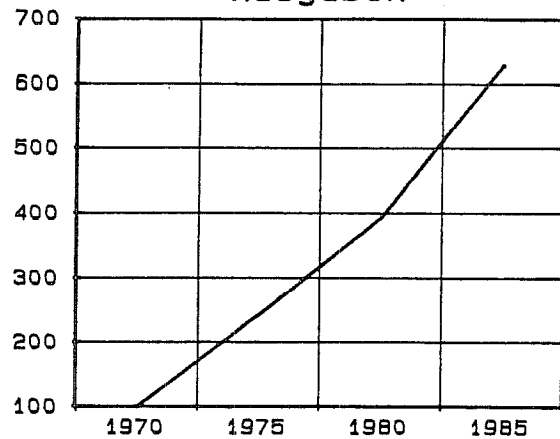
Entwicklung der Sozialhilfe im Saarland 1970 - 1985
1970 = 100

Sozialhilfe insgesamt

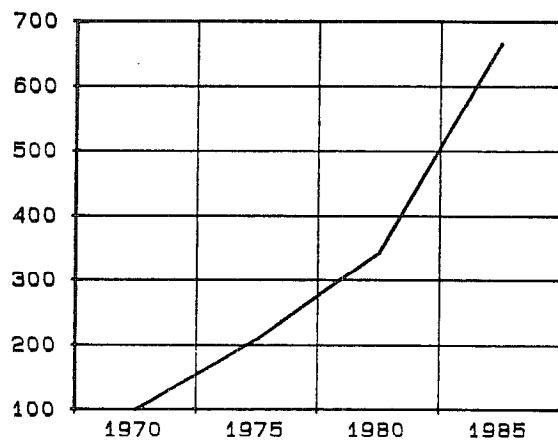
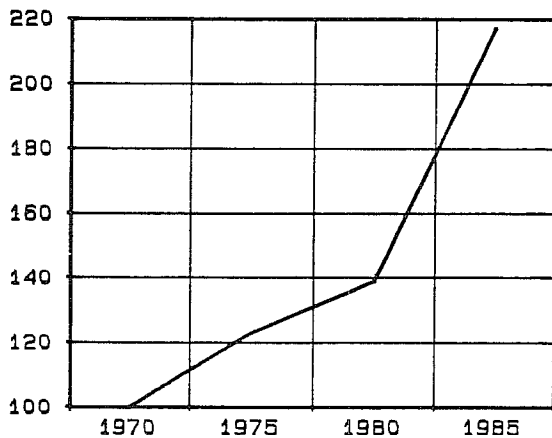
Empfänger



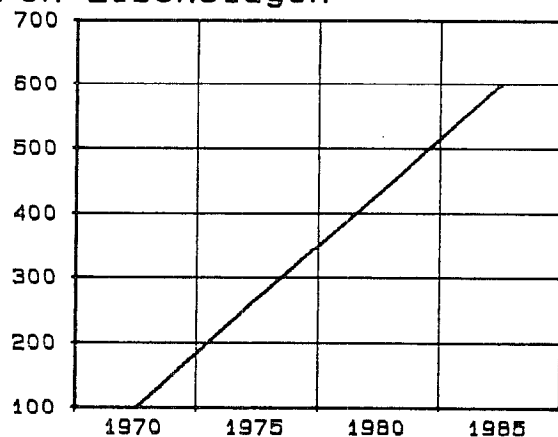
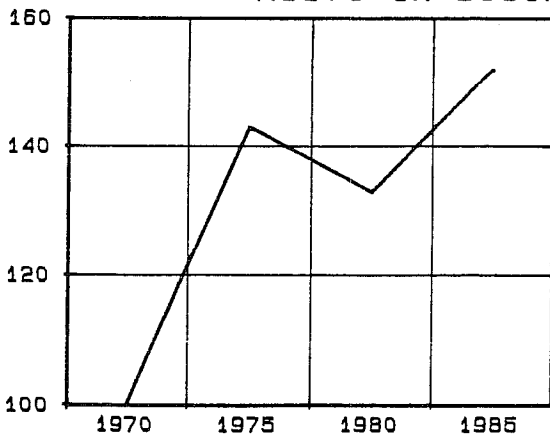
Ausgaben



Hilfe zur Lebenshaltung



Hilfe in besonderen Lebenslagen



gen) an der Finanzierung der Sozialhilfe beteiligt sind.

Zwar wurden im Haushaltstrukturgesetz 1981 und im Haushaltsbegleitgesetz 1983 Einsparun-

gen im Bereich der Sozialhilfe beschlossen (z.B. geringere Erhöhung der Regelsätze, Verminderung der Mehrbedarfszuschläge sowie eine neue Anpassungsregelung bei den Pflegegeldsätzen), nach wie vor appellieren die Gemeinden jedoch

an den Gesetzgeber und die Öffentlichkeit, für eine Entlastung der Kassen zu sorgen. So übertraf im Jahr 1985 die finanzielle Belastung durch Maßnahmen der örtlichen Träger der Sozialhilfe mit 205 DM je Kopf der Bevölkerung die Ausgabenquote des Vorjahres um rund 26 DM oder 14,4 %. Eine regionale Betrachtung der Aufwendungen der örtlichen Träger zeigte den Stadtverband Saarbrücken mit rund 309 DM an der Spitze und den Landkreis St. Wendel mit rund 111 DM je Einwohner am Ende der Belastungsskala.

In den letzten 15 Jahren gab es im Saarland pro Jahr zwischen 28 700 und 56 300 Sozialhilfeempfänger. Ab 1970 stiegen die Zahlen kontinuierlich an. Auf die Wohnbevölkerung bezogen, lag der Anteil der Sozialhilfeempfänger 1970 am niedrigsten. Damals erhielt jeder 39. Saarländer Sozialhilfe. Bei der steten Bevölkerungsabnahme und den steigenden Sozialhilfeempfängerzahlen ist der Anteil mittlerweile auf rund 5 % gestiegen, was besagt, daß jeder 19. Saarländer in seiner Lebensführung mit Sozialhilfe unterstützt wird.

Wie bereits dargestellt, erhebt die Statistik seit 1970 die Empfänger getrennt nach Deutschen bzw. Ausländern und Staatenlosen. Für beide Gruppen ist festzustellen, daß ihre Nachfrage nach Sozialleistungen stark anstieg. Während die Zahl der deutschen Hilfeempfänger um 77 % in 15 Jahren zunahm, hat für die Gruppe der nicht-deutschen Empfänger geradezu eine Nachfrageexplosion stattgefunden, und zwar eine Erhöhung um mehr als das Siebzehnfache von 363 im Jahre 1970 auf 6 117 im Jahre 1985. Während 1970 nur 1,3 % der Ausländer Hilfe erhielten, waren es 1985 schon knapp 12 %. Ursache für diese Zunahme war der hohe Anteil der Asylbewerber an den ausländischen Hilfeempfängern.

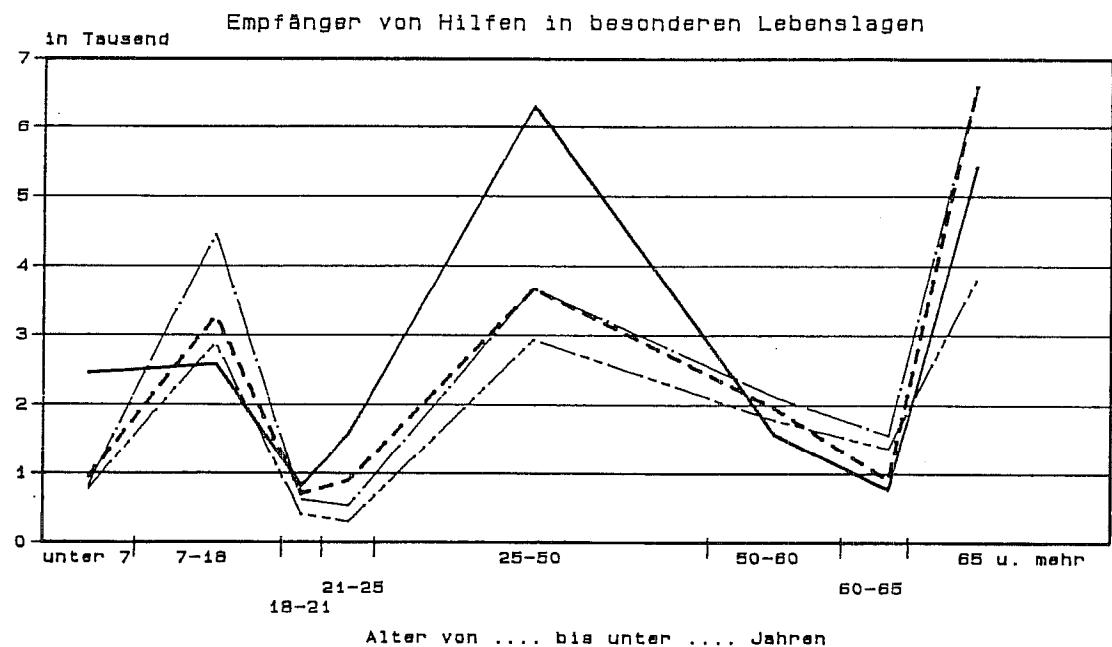
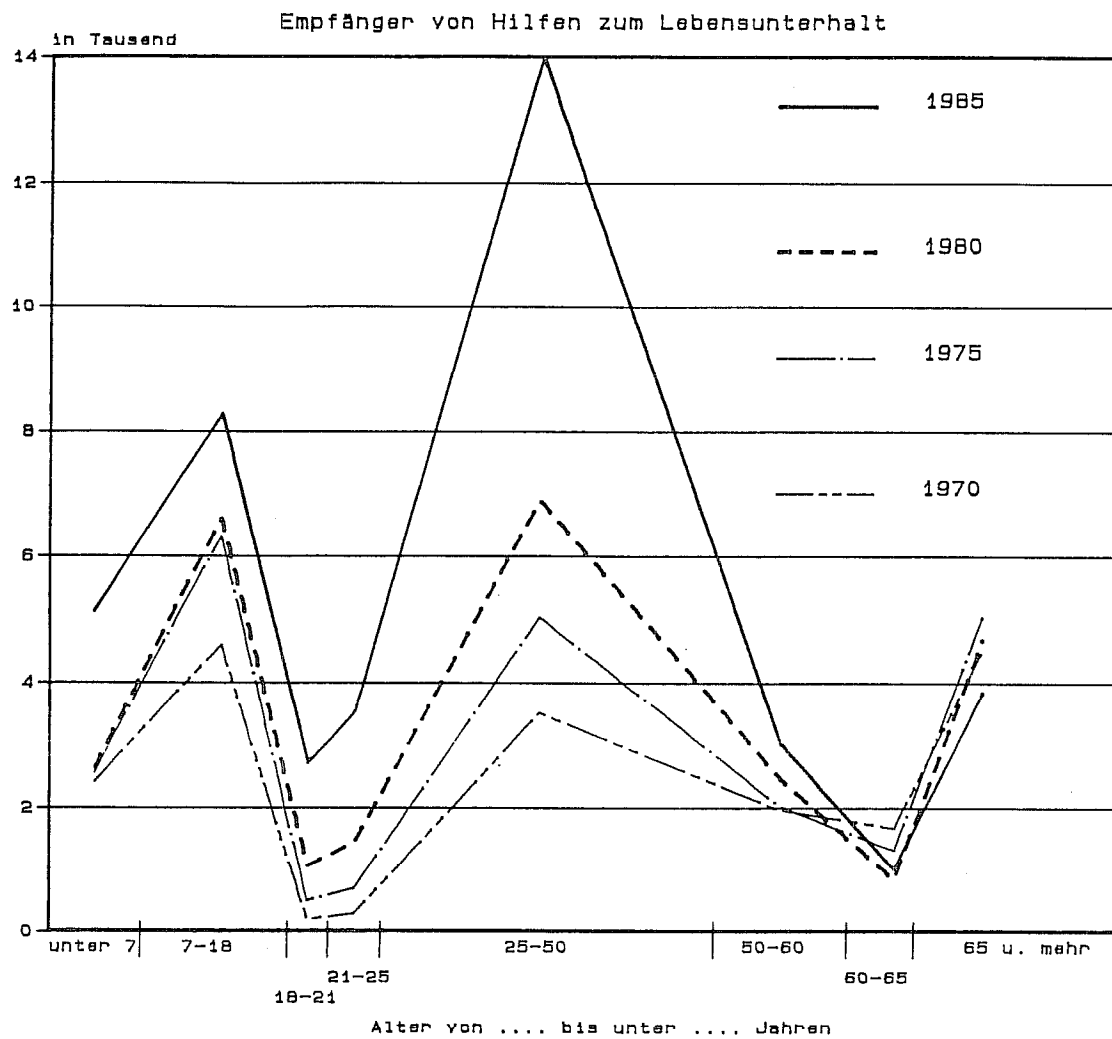
In der Untergliederung der Sozialhilfeempfänger nach Altersgruppen sind völlig unterschiedliche Entwicklungen seit 1970 zu sehen. So unterscheiden sich insbesondere die Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und von Hilfe in besonderen Lebenslagen stark hinsichtlich ihrer altersmäßigen Zusammensetzung: Von den Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt waren 1985 32,3 % jünger als 18 Jahre, 56,0 % zwischen 18 und 60 Jahre alt und 11,7 %

60 Jahre und älter. Während die Anteile der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen von 31,1 % im Jahre 1970 auf 56,0 % im Jahre 1985 anstiegen, gingen die Anteile im entsprechenden Zeittaum für die 60-jährigen und älteren von 32,3 auf 11,7 % der Empfänger laufender Hilfe insgesamt zurück. Bei den Empfängern von Hilfe in besonderen Lebenslagen waren die Anteile der Minderjährigen mit 23,5 % und der 18- bis 60-jährigen mit 47,8 % im Jahre 1985 deutlich niedriger als bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt. Es gab dagegen wesentlich mehr 60-jährige und ältere Menschen, die Hilfe in besonderen Lebenslagen in Anspruch nahmen; ihr Anteil betrug 28,7 % und lag damit mehr als doppelt so hoch wie bei den Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt.

Hilfen in besonderen Lebenslagen wurden am häufigsten den alten Menschen zuteil, aber auch Personen im Alter von unter elf Jahren nahmen Hilfen in besonderen Lebenslagen in überdurchschnittlichem Umfang in Anspruch. Während die Zahl der Empfänger dieser Hilfeart um 51,5 % in den letzten 15 Jahren stieg, wurde die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in diesem Zeitraum noch häufiger in Anspruch genommen, nämlich um 117 % — wobei in der Altersklasse der 18- bis unter 60jährigen ein Zuwachs von 290 % zu verzeichnen war.

Insgesamt belastet die Bevölkerungsgruppe mit den älteren Sozialhilfeempfängern, den über 60-jährigen, im Saarland die Sozialhilfe längst nicht mehr so stark wie oftmals angenommen wird. Durch die Bevölkerungsstruktur des Saarlandes, die einen hohen Anteil von Einzelpersonenhaushalten mit Personen im Alter von 60 oder mehr Jahren aufweist, sind zwar die absoluten Zahlen immer noch hoch; jedoch waren 1985 nur 18 % der Sozialhilfeempfänger in diesem Alter, 1970 waren es noch ein Drittel. Während die Anteile der Minderjährigen in den letzten 15 Jahren von 33 % auf 30 % leicht zurückgingen, verlief die Entwicklung bei den 18- bis unter 60jährigen, also der Altersgruppe im erwerbsfähigen Alter, gerade umgekehrt: Während diese Gruppe 1970 nur ein Drittel der Sozialhilfeempfänger ausmachte, sind es heute über die Hälfte. Dabei machte sich der besonders starke Anstieg im Bereich der Laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt von 6 000 im Jahre 1970 auf über 23 000 im

Sozialhilfeempfänger im Saarland nach Hilfearten und Altersgruppen 1970 - 1985



Sozialhilfeempfänger im Saarland 1970 – 1985 nach Altersgruppen

Jahr	Insgesamt	im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		unter 7	7 – 18	18 – 21	21 – 60	60 und mehr
männlich						
1970	10 398	1 407	3 532	266	2 986	2 207
1975	14 021	1 545	5 147	451	4 215	2 663
1980	15 622	1 688	4 844	714	6 061	2 315
1985	24 185	3 606	5 331	1 455	11 782	2 011
weiblich						
1970	18 344	1 413	3 193	293	6 108	7 337
1975	24 168	1 520	4 816	549	7 721	9 562
1980	24 802	1 624	4 402	903	8 940	8 033
1985	32 080	3 372	4 901	1 748	14 027	8 032
INSGESAMT						
1970	28 742	2 820	6 725	559	9 094	9 544
1975	38 189	3 065	9 963	1 000	11 936	12 225
1980	40 424	3 312	9 246	1 617	15 001	11 248
1985	56 265	6 978	10 232	3 203	25 809	10 043

letzten Jahr bemerkbar. Hier wird noch einmal auf die gesetzlichen Änderungen im Jahre 1984 und die Zunahme der Arbeitslosen ab Mitte der 70er Jahre hingewiesen.

Mit dem Rückgang der älteren Sozialhilfeempfänger, die zum großen Teil alleinstehende Frauen sind, ging — wie im vorigen Kapitel geschildert — ein starker Anstieg der erwerbsfähigen Personen im Alter von 18 bis 60 Jahren einher. Gleichzeitig wuchs auch der Anteil der männlichen Hilfeempfänger von 36,2 % im Jahre 1970 auf 43,0 % im Jahre 1985 kontinuierlich an, während der Frauenanteil ebenso kontinuierlich in diesem Zeitraum von 63,8 % auf 57,0 % zurückging.

Um die Situation in der Sozialhilfe richtig interpretieren zu können, wird im folgenden neben der demographischen Empfängerstruktur die Nachfrage getrennt nach den einzelnen Hilfearten dargestellt.

4. Sozialhilfeaufwand im Saarland und Anteil der untersuchten Hilfearten 1970 – 1985

Die Untersuchung der Entwicklung der Sozialhilfeleistungen im Saarland wird in den nächsten Abschnitten anhand der vier wichtigsten Kosten-

blöcke für die Jahre 1970 bis 1985 vorgenommen. Bei den vier Kostenblöcken handelt es sich um:

- Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
- Hilfe zur Pflege in und außerhalb von Einrichtungen unter Einbeziehung der Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes
- Eingliederungshilfe in und außerhalb von Einrichtungen
- Krankenhilfe in und außerhalb von Einrichtungen unter Einschluß der vorbeugenden Gesundheitshilfe in Einrichtungen

Die Gesamtsozialhilfeausgaben (brutto) sind im Saarland von 1970 bis 1985 um mehr als das Sechsfache von 59 Mio. DM auf 372 Mio. DM angestiegen; die Anzahl der Sozialhilfeempfänger erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 28 700 auf über 56 200, also um 96,2 %. In den letzten Jahren wurde — bei steigender Tendenz — jährlich rund ein Fünftel der Bruttoausgaben durch Einnahmen des Sozialhilfeträgers abgedeckt (1985: 75,9 Mio. DM, entsprechend 20,4 % gegenüber 1970: 12,1 Mio. DM = 20,4 %).

Die zu untersuchenden Hilfearten waren 1985 an den Gesamtsozialhilfekosten in folgender Höhe beteiligt:

- Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen: 151,1 Mio. DM (40,6 %),
- Hilfe zur Pflege in Einrichtungen: 78,3 Mio. DM (21,0 %),
- Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen: 19,8 Mio. DM (5,3 %),
- Hilfe zur Weiterführung des Haushalts außerhalb von Einrichtungen: 756 000 DM (0,2 %),
- Eingliederungshilfe in Einrichtungen: 71,1 Mio. DM (19,1 %),
- Eingliederungshilfe außerhalb von Einrichtungen: 2,7 Mio. DM (0,7 %),
- Krankenhilfe in Einrichtungen: 10,6 Mio. DM (2,8 %),
- Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen: 4,4 Mio. DM (1,2 %),
- Vorbeugende Gesundheitshilfe in Einrichtungen: 2,0 Mio. DM (0,5 %).

Die genannten Hilfearten machten also mit einem Ausgabevolumen von 340,8 Mio. DM im Jahre 1985 den größten Teil — annähernd 92 % — der Gesamtsozialhilfekosten aus. Deshalb wird in diesem Artikel auf die Untersuchung der restlichen Hilfearten, die nur mit einem vergleichsweise geringen Anteil an den Gesamtkosten beteiligt sind (z.B. Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, Altenhilfe, Tuberkulosehilfe) verzichtet.

4.1. Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

4.1.1. Inhalt der Hilfeart

Die Hilfe zum Lebensunterhalt dient der Sicherstellung der notwendigen Bedürfnisse des täglichen Lebens. Sie setzt sich zusammen aus:

- den Regelsätzen,
- etwaigen Mehrbedarfzuschlägen,
- den laufenden Kosten der Unterkunft und der Heizung,
- einmaligen Leistungen.

Den derzeitigen Regelsätzen liegen Warenkörbe aus dem Jahre 1980 zugrunde. Von den Regelsätzen wird abgewichen, soweit es die Verhältnisse

des Einzelfalles erfordern. Die laufenden Kosten der Unterkunft und der Heizung werden nach der Besonderheit des Einzelfalles in angemessenem Umfang durchweg in der tatsächlichen Höhe berücksichtigt. Für einmaligen Bedarf werden einmalige Leistungen gewährt, insbesondere zur Beschaffung von Kleidung, Hausrat sowie Heizmaterial (Winterbrand).

Die Regelsätze werden für den Haushaltsvorstand und Alleinstehende sowie für die verschiedenen Altersgruppen der sonstigen Haushaltsangehörigen in unterschiedlicher Höhe festgesetzt. Sie betragen ab dem 1. Juli 1986 im Saarland monatlich:

für den Haushaltsvorstand und Alleinstehende	389 DM
für sonst. Haushaltsangehörige bis zum vollend. 7. Lebensjahr	175 DM
vom 8. bis zum vollendeten 11. Lebensjahr	253 DM
vom 12. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr	292 DM
vom 16. bis zum vollendeten 21. Lebensjahr	350 DM
vom 22. Lebensjahr an	311 DM

Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt hat der Hilfesuchende — im Gegensatz zu den Hilfen in besonderen Lebenslagen — das gesamte Einkommen einzusetzen.

4.1.2. Entwicklung der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen von 1970 — 1985

4.1.2.1. Bruttoausgaben

Die Bruttoausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sind von 21,4 Mio. DM im Jahre 1970 auf 151,1 Mio. DM im Jahre 1985, also insgesamt um 606,5 % gestiegen. Die Steigerung lag damit über dem Durchschnitt des Zuwachses der Gesamtsozialhilfeausgaben (+ 529,3 %).

Der Anteil der einmaligen Leistungen an den Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen betrug 1985 20 % gegenüber 16,2 % im Jahre 1970.

Haushalte und Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Jahr	Haushalte oder Haushaltsteile		Empfänger	
	Anzahl	je 1 000 Haushalte im Saarland ¹⁾	Anzahl	je Haushalt
1970	9 988	26	18 014	1,8
1975	11 906	30	22 371	1,9
1980	14 465	35	25 443	1,8
1985	22 401	51	40 207	1,8

1) Grundlage der Berechnung: Ergebnisse des Mikrozensus.

4.1.2.2. Empfängerzahlen

Während die Wohnbevölkerung des Saarlandes im Berichtszeitraum rückläufig war (1970: 1 119 700 Einwohner; 1985: 1 048 312 Einwohner), ist die Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen erheblich gestiegen, nämlich von 18 014 Empfängern im Jahre 1970 auf 40 207 in 1985. Die Empfänger von einmaliger Hilfe zum Lebensunterhalt werden statistisch nicht erfaßt.

Auf der Basis 1970 = 100 zeigt sich folgende gegenläufige Entwicklung der Indexzahlen:

Jahr	Wohnbevölkerung	Empfänger von HzLU außerhalb von Einrichtungen
1970	100,0	100,0
1975	98,2	132,9
1980	95,4	140,6
1985	93,6	195,8

4.1.2.3. Altersstruktur der Hilfeempfänger

Die Altersstruktur der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen hat sich seit 1970 stark verändert.

Der Anteil der unter 18-jährigen an der Gesamtzahl der Hilfeempfänger war zwischen 1970 und 1975 von 37,7 auf nahezu 40 % gestiegen und hat sich bis 1985 auf etwa 33,2 % vermindert.

Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (18 — 60 Jahre) hat sich von 32,5 % im Jahre 1970 auf 57,3 % im Jahre 1985 erhöht. Dagegen war bei der Altersgruppe „60 Jahre und älter“ eine stark rückläufige Tendenz zu beobachten (1970: 29,8 %; 1985: 9,6 %).

Die Verschiebung der Altersgruppenrelation im Zeitraum 1970 — 1985 (jeweils in % der Gesamtzahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) stellt sich wie folgt dar:

Alter in Jahren

Jahr	bis 17	18 — 60	60 und darüber
1970	37,7	32,5	29,8
1975	39,3	36,4	24,3
1980	36,2	46,0	17,8
1985	33,1	57,3	9,6

Des Weiteren war auch eine Verschiebung der Geschlechtsrelation festzustellen: Der Frauenanteil dominiert zwar immer noch, ging aber im Berichtszeitraum von 66,5 % auf 57,2 % zurück, während der Männeranteil von 33,5 % im Jahre 1970 auf 42,8 % im Jahre 1985 anstieg.

4.1.3. Ursachen dieser Entwicklung

Überlegungen zum Ursachengefüge bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen haben bereits an anderer Stelle ergeben, daß der Begriff „Verlust des Arbeitsplatzes“ nur eingeschränkt aussagefähig ist, wenn es darum geht, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe über die Sozialhilfestatistik in Verbindung zu setzen. Diese Hauptursache kann

nämlich nur — bei korrekter Anwendung — signiert werden, wenn die betroffene Person bereits im Arbeitsleben gestanden hat. Bei Berufsanfängern, die aufgrund einer vergeblichen Arbeitsplatzsuche Sozialhilfe erhalten, muß dagegen „sonstige Ursachen“ signiert werden. Oft ist auch als „vorherige Hauptursache“ am Anfang der Hilfebedürftigkeit oder des Berichtsjahres noch eine andere Hauptursache (z.B. geringes Einkommen) angegeben, die dann während des gesamten Jahres für die Statistik maßgebend bleibt, auch wenn zwischenzeitlich „Verlust des Arbeitsplatzes“ die Hauptursache wird.

Dennoch gibt es eine Reihe von Indikatoren dafür, daß der überproportionale Zuwachs der Zahl von Sozialhilfeempfängern im erwerbsfähigen Alter in den letzten 15 Jahren maßgeblich eine Folge der negativen Arbeitsmarktentwicklung war. Statistisch ist zunächst festzustellen, daß sich die Sozialhilfeangaben und die Zahl der Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter im Saarland auffallend gleichgerichtet wie die der Arbeitslosen entwickelt haben.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich zwischen 1970 (4 061) und 1985 (53 460) mehr als verdreizehnfacht. Überdurchschnittlich stark ist zum einen die Anzahl der unter 25-jährigen Arbeitslosen gestiegen, zum anderen ganz besonders die der längerfristig Arbeitslosen. Parallel dazu haben auch die 15- bis unter 25-jährigen Sozialhilfeempfänger stark zugenommen.

Junge Arbeitnehmer profitieren erfahrungsgemäß am ehesten von einem Konjunkturaufschwung. Wenn auch die starke Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots, die allgemein längeren Bildungszeiten und der schwächere Neuzugang zu diesen Altersgruppen das Problem der Jugendarbeitslosigkeit rein optisch entschärften, so half doch die neuerliche verstärkte Nachfrage nach jüngeren Arbeitskräften, die Jugendarbeitslosigkeit etwas abzubauen.

Als Folge der fehlenden finanziellen Grundversicherung der Arbeitslosen durch die Arbeitslosenversicherung steigt der Anteil der längerfristig Arbeitslosen ständig an, die das Netz

der sozialen Sicherung, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. Sie brauchen Hilfe zum Lebensunterhalt, um die Grundbedürfnisse des täglichen Lebens zu sichern.

Wenn auch durch die statistische Angabe „Verlust des Arbeitsplatzes“ nicht alle Haushalte erfaßt sind, die durch Arbeitslosigkeit hilfebedürftig geworden sind, so gibt es doch Anhaltspunkte. Diese Haushalte sind zwar in nicht ermittelbarer Zahl unter den 5 662 Haushalten erfaßt, bei denen „Sonstige Ursachen“ zur Hilfestellung führten; diesen Anhaltspunkt bietet aber die Altersgliederung der Hilfeempfänger: 8 615 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren erhielten 1985 Hilfe zum Lebensunterhalt. Es ist daher eine realistische Einschätzung, Arbeitslosigkeit heute als die Hauptursache für Sozialhilfebedürftigkeit anzusehen.

Einen deutlichen Hinweis auf die zunehmende Inanspruchnahme von Sozialhilfe im Saarland zeigt der Vergleich zum Jahr 1970. Die Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt hat sich auf mehr als 40 207 verdoppelt. Im Jahre 1970 erhielten 2,6 % der saarländischen Wohnbevölkerung Sozialhilfeleistungen, 1985 waren es 5,4 %. Besonders erwähnenswert ist dabei die veränderte Altersstruktur der Hilfeempfänger. Gemessen an der jeweiligen Wohnbevölkerung ist in den Altersgruppen 15 bis unter 25 Jahren die stärkste Zunahme festzustellen; auf die Arbeitslosigkeit als Hauptursache für diese Entwicklung wurde bereits oben hingewiesen. Ein rückläufiger Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt ist dagegen bei den Älteren festzustellen.

Fehlende oder mangelnde materielle Grundversicherung der Arbeitslosen zeigt sich auch deutlich in der seit Jahren steigenden Zahl von Arbeitslosenhaushalten, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. So waren 1985 5 117 Haushalte (22,8 % aller Haushalte) wegen Verlust ihres Arbeitsplatzes sozialhilfebedürftig geworden. Bei 3 827 Hilfeempfängern mußte das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe durch Sozialhilfe ergänzt werden, um die Existenzsicherung der Arbeitslosen und ihrer Familien zu gewährleisten. Von den 22 401 Empfänger-Haushalten konnte bei 4 063 Haushalten kein Einkommen angerechnet werden. Im Jahre

1985 erhielten 1 249 Haushalte überhaupt keine Unterstützungsleistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Diese Angaben müssen noch um eine unbekannte Zahl von Haushalten mit Arbeitslosen ergänzt werden, die bisher noch keinen Arbeitsplatz hatten — vor allem Jugendliche — und deshalb (s. oben) unter den 5 662 Haushalten erfaßt wurden, denen aus „Sonstigen Ursachen“ Hilfe gewährt wurde. Nach vorsichtigen Schätzungen der Arbeitskammer war 1985 von etwa 5 000 Haushalten im Saarland auszugehen, bei denen Arbeitslosigkeit unmittelbare Ursache der Hilfebedürftigkeit war.

Dabei ist besonders gravierend, daß sich der Anteil junger Menschen unter 25 Jahren an den Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt im Berichtszeitraum ständig erhöht hat, obwohl ihr Anteil an der saarländischen Wohnbevölkerung insgesamt gesunken ist. Hier kann wohl zu Recht die Beschäftigungskrise als unmittelbare oder mittelbare (Kinder arbeitsloser Eltern) Hauptursache angesehen werden.

Des weiteren fallen unter diese Gruppe von Sozialhilfeempfängern alleinerziehende Frauen, für die z.B. die ihnen zustehenden privaten Unterhaltsleistungen nicht ausreichen und die auf (Teilzeit-) Arbeitssuche sind. Ihre Zahl nahm allein von 1980 bis 1985 von 2 944 um über 42 % auf 4 193 zu. Für die stark gestiegenen Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt dürften neben Leistungseinschränkungen im sozialen Bereich die zunehmende Zahl unversorgter, getrennt lebender Ehepartner und nicht geklärte Unterhaltsverpflichtungen bei Frauen mit Kindern sein.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter wird sich aller Voraussicht nach weiter erhöhen. Insbesondere die Zahl der längerfristig Arbeitslosen dürfte auf mittlere Sicht weiter steigen. Die Auswirkungen des Arbeitsförderungs-/konsolidierungsgesetzes, verschärfte Zumutbarkeitsregelungen u.a.m. werden die Sozialhilfeträger zusätzlich belasten, da immer mehr Arbeitslose und Arbeitssuchende aus dem Leistungssystem der Arbeitsverwaltung herausfallen und vom Sozialhilfesystem aufgefangen werden müssen. Auf den Umstand weiter wachsender Sozialhilfebedürftigkeit weist deutlich hin, daß 1985 die Bruttoausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt im Saarland mit 27,9 Mio. DM oder + 22,7 % so stark gestiegen sind wie in keinem anderen Jahr des Berichtszeitraumes.

Neben der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Renteneinkommen, die ebenfalls nicht unbedeutende Ursachen für den Ausgabenanstieg der Hilfe zum Lebensunterhalt sind — abgesehen vom Einfluß gesetzlicher Änderungen — muß auch auf die zunehmende Bedeutung der Ausländer bei den Empfängern eingegangen werden. Die Zahl der Ausländer und Staatenlosen unter den Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt hat sich bis 1975 (683 gegenüber 269 im Jahre 1970) bereits mehr als verdoppelt, zeigte danach Jahr für Jahr eine deutliche Aufwärtsbewegung, die 1980 in einer Steigerungsrate von mehr als dem Dreifachen gegenüber 1975 gipfelte, um sich dann gegenüber 1985 (5 796) nochmals um 131,4 % zu steigern. Hierbei wirkt sich im wesentlichen der Zustrom von Asylbewerbern und Asylanten

Haushalte von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach Typ des Haushalts oder Haushaltsteils 1970 bis 1985

Jahr	Haushalte oder Haushaltsteile		einzeln nachgewiesene			Ehepaare		Haushaltsvorstände mit Kindern		sonstige Haushalte	
	zusammen	je 1 000 Haushalte im Saarland ¹⁾	Haushaltsvorstände		sonstige Hilfeempfänger	ohne Kinder	mit Kindern	männlich	weiblich	ohne Kinder	mit Kindern
			männlich	weiblich							
1970	9 988	26	640	4 644	1 028	939	704	1 714		319	
1975	11 906	30	901	4 685	1 466	960	1 051	2 453		390	
1980	14 465	35	2 229	4 706	1 887	852	1 128	72	2 944	143	504
1985	22 401	51	4 386	5 362	3 392	1 108	2 738	134	4 193	315	773

1) Grundlage der Berechnung: Ergebnisse des Mikrozensus.

aus der Dritten Welt und Polen aus. Während bis einschließlich 1977 der Anteil der Nichtdeutschen an den Sozialhilfeempfängern stets deutlich unter der Bevölkerungsquote der Ausländer lag, hat er diese seit 1978, wie folgende Übersicht zeigt, nunmehr überschritten, 1985 lag er bereits fast dreimal so hoch.

Jahr	Ausländeranteil in %	
	der saarländischen Wohnbevölkerung	der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt
1970	2,5 (27 760 ausl. Einwohner)	1,5 (269 Empfänger)
1975	3,8	3,1
1980	4,4	9,9
1985	4,9 (51 663 ausl. Einwohner)	14,4 (5 796 Empfänger)

Eine Anfang 1981 vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit veröffentlichte Untersuchung, die vom Kölner Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik zum Thema: „Dunkelziffer der Armut“ anhand einer repräsentativen Stichprobe in allen Bundesländern (insgesamt ca. 25 000 Haushalte) in den Jahren 1979/80 durchgeführt wurde, kam zu dem Ergebnis, daß neben 2,6 % Sozialhilfe zum Lebensunterhalt beziehenden Haushalten im Bundesgebiet weitere 2,4 % aller Haushalte ebenfalls sozialhilfeberechtigt wären, aber auf ihre Ansprüche verzichteten. Diese Quote ist bereits um anzurechnendes Vermögen und Unterhaltsverpflichtungen von Angehörigen bereinigt. Sie entspricht einer absoluten Dunkelziffer von mindestens 550 000 Haushalten, d.h. 48 % aller Sozialhilfeberechtigten nehmen keine Hilfe in Anspruch.

Besonders stark vertreten unter den Nichthilfeempfängern sind zum einen vollständige Familien mit Kindern, zum anderen Haushalte mit älteren Bürgern. Bundesweit schätzte die Untersuchung eine Dunkelziffer von 48 %, d.h. zu den 1985 rund 22 400 Sozialhilfeempfänger-Haushalten kämen nochmals über 10 000 Haushalte hinzu, welche die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt erfüllen. Die Nichtinanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen ist nach den Erkenntnissen des Kölner Instituts, aber auch aufgrund informeller Berichte amtlicher Mikro-

zensus-Erheber insbesondere auf folgende Gründe zurückzuführen:

- fehlende Kenntnisse über spezielle Anspruchsvoraussetzungen (z.B. fälschlich angenommene Rückzahlungspflicht und Verwertung kleiner Vermögen);
- Angst vor Stigmatisierung und Diskriminierung durch die soziale Umwelt (u.a. Verwandte, Nachbarn, Bekannte); eigene abwertende Meinung über Sozialhilfeempfänger;
- Befürchtungen, daß Angehörige zur Unterhaltspflicht herangezogen werden;
- Wunsch nach Unabhängigkeit von staatlicher Hilfe (vor allem bei älteren Menschen) oder auch resignierende „Anpassung“ an die materielle Notlage;
- Unsicherheit und Hilflosigkeit beim Umgang mit Behörden.

Da sich psychologische Vorbehalte infolge zunehmender öffentlicher Information, insbesondere bei der jüngeren Generation, in Zukunft weiterhin abbauen werden, andererseits sich auch die Stadt-Land-Gefälle-Erscheinungen nivellieren dürften, müssen die Sozialhilfeträger auch unter diesem Gesichtspunkt eher mit einem weiteren Empfängerzuwachs rechnen.

4.2. Hilfe zur Pflege in Einrichtungen

4.2.1. Inhalt der Hilfeart

Die Hilfe zur Pflege in Einrichtungen wird pflegebedürftigen Personen gewährt, die in ihrer Häuslichkeit nicht (mehr) betreut werden können. Zur Pflege in einer Einrichtung gehören nicht nur die Grund- und Behandlungspflege (z.B. Hilfe beim Aufstehen, Baden, Waschen, Anziehen, Essen, medikamentöse Versorgung), sondern auch aktivierende Pflege und therapeutische Maßnahmen (z.B. Bewegungstherapie, Beschäftigungstherapie), ferner die Hilfe zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft durch kulturelle und sonstige Veranstaltungen oder Betreuungsmaßnahmen.

4.2.2. Entwicklung der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen von 1970 bis 1985

4.2.2.1. Bruttoausgaben

Die Bruttoausgaben für die Hilfe zur Pflege in Einrichtungen sind von 18,7 Mio. DM im Jahr 1970 auf 78,3 Mio. DM im Jahre 1985, also um 318,2 % gestiegen. Die Steigerung lag damit weit unter dem Durchschnitt des Zuwachses der Gesamtsozialhilfeausgaben (+ 529,3 %).

4.2.2.2. Empfängerzahlen

Die Anzahl der Empfänger von Hilfe zur Pflege in Einrichtungen hat sich zwischen 1970 und 1985 von 1 877 auf 3 842, also um 104,7 % erhöht. Der Fallzahlzuwachs lag damit leicht über dem Durchschnitt der Steigerung der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger in diesem Zeitraum (+ 95,8 %), fiel jedoch stark unterproportional zur Ausgabensteigerung für die Hilfe zur Pflege in Einrichtungen aus.

4.2.2.3. Altersstruktur der Hilfeempfänger

Auffällig ist, daß von 1970 bis 1985 die Anzahl der unter 65jährigen Empfänger von 72,7 % auf 38,1 % zurückgegangen, die der über 65-jährigen jedoch kontinuierlich angestiegen ist. So hat sich der Anteil der über 65-jährigen Hilfebezieher an der Gesamtzahl der Empfänger von Hilfe zur Pflege in Einrichtungen von 27,3 % im Jahre 1970 auf 61,9 % im Jahre 1985 erhöht. Etwa 1,6 % der über 65-jährigen Wohnbevölkerung des Saarlandes waren 1985 Hilfeempfänger, gegenüber 0,4 % im Jahre 1970.

4.2.3. Ursachen der Kosten- und Fallzahlentwicklung

Die starken Erhöhungen der Bruttoausgaben und der Fallzahlen gerade in den 70er Jahren sind insbesondere auf die Zunahme der Sozialhilfeempfänger in Heimen zurückzuführen, vor allem in den gemeinnützigen und gewerblichen Alten- und Pflegeheimen.

Erhebliche Ausgabensteigerungen beruhten auch

auf pflegesatzwirksamen qualitativen Verbesserungen in Alten- und Pflegeheimen, besonders hervorgerufen durch Neubauten, die alte Einrichtungen ersetzten. Ferner führten personelle Verbesserungen in diesen Heimen zu Ausgabewachsen.

Vor dem Hintergrund, daß

- in der weit überwiegenden Zahl der Fälle die eigenen Einkommen, über welche die Pflegebedürftigen verfügen, zur Deckung der stationären Pflege nicht ausreichen,
- bereits über ein Fünftel der Gesamtaufwendungen der Sozialhilfe für die Hilfe zur Pflege ausgegeben wird und
- die Sozialhilfe, vor allem bei der Heimpflege, zum hauptsächlichen Kostenträger geworden ist, obwohl sie nach dem allgemeinen Verständnis des sozialen Sicherungssystems nur subsidiär geleistet werden soll,

wurden verschiedene Lösungsmöglichkeiten zur besseren Versorgung der Betroffenen und Absicherung der Pflegekosten oberhalb des Netzes der Sozialhilfe in der öffentlichen Diskussion genannt. Angeführt seien hier nur die Möglichkeiten einer eigenständigen Pflegeversicherung und einer Erweiterung der Krankenversicherung. Beide Lösungsmöglichkeiten würden beträchtliche Sozialhilfe-Einsparungen bei Ländern und Kommunen und eine Kostenverlagerung auf andere Leistungsträger bewirken.

4.3. Hilfe zur Pflege und zur Weiterführung des Haushalts außerhalb von Einrichtungen

4.3.1. Inhalt der Hilfearten

Häusliche Pflege erhalten Personen, die infolge Krankheit oder Behinderung nicht ohne fremde Betreuung und Pflege bleiben können.

Es kommen folgende Leistungen in Betracht:

- Erstattung der angemessenen Aufwendungen für eine Pflegeperson einschließlich der Beiträge für eine Alterssicherung der Pflege-

person, soweit diese nicht anderweitig sichergestellt ist;

- Zahlung eines pauschalierten Pflegegeldes, sofern ein Pflegebedürftiger so hilflos ist, daß er in erheblichem Umfang der Betreuung und Pflege bedarf. Neben dem Pflegegeld sind die Beiträge für eine angemessene Alterssicherung der Pflegeperson zu erstatten, sofern diese nicht anderweitig sichergestellt ist.

Pflegepersonen können Angehörige, Bekannte und sonstige nahestehende Personen oder berufsmäßige Pflegekräfte sein. Sie führen überwiegend die körperliche Grundpflege durch. Beim Einsatz berufsmäßiger Pflegekräfte sind an diese festgelegte Entgelte zu entrichten. Bei Hilfe durch nahestehende Personen werden die tatsächlichen Aufwendungen ersetzt sowie Beihilfen gewährt. Die Hilfen zur häuslichen Pflege und zur Weiterführung des Haushalts sollen es dem Pflegebedürftigen ermöglichen, solange wie möglich in seiner Wohnung zu bleiben und damit eine Heimaufnahme, die zu höheren Sozialhilfeausgaben führen würde, zu vermeiden oder hinauszuschieben.

Nach § 70 BSHG soll Personen mit eigenem Haushalt Hilfe zur Weiterführung des Haushalts gewährt werden, wenn keiner der Haushaltsangehörigen den Haushalt führen kann und die Weiterführung geboten ist. Sie umfaßt die erforderlichen hauswirtschaftlichen Tätigkeiten und außerdem — soweit erforderlich — die persönliche Betreuung von Haushaltsangehörigen. Die Hilfe wird insbesondere von den Sozialstationen und Diensten der freien Wohlfahrtspflege angeboten und durchgeführt.

4.3.2. Entwicklung der Hilfen zur Pflege und zur Weiterführung des Haushalts außerhalb von Einrichtungen

4.3.2.1. Bruttoausgaben

Die Bruttoausgaben für die Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen sind von 2,7 Mio. DM im Jahre 1970 auf 19,8 Mio. DM im Jahre 1985, also um über 626 % gestiegen. Die Bruttoausgaben der Hilfe zur Weiterführung des Haus-

halts haben sich von 154 400 DM im Jahre 1970 auf 755 800 DM im Jahre 1985, also um fast das Fünffache erhöht. Die Steigerung dieser beiden Hilfearten zusammen lag damit weit über dem Durchschnitt des Anstiegs der Gesamtsozialhilfeausgaben (+ 529,3 %).

4.3.2.2. Empfängerzahlen

Die Zahl der Empfänger von Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen stieg im Zeitraum von 1970 bis 1985 von 1813 auf 5 040, also um 178,0 %. Die Anzahl der Empfänger von Hilfe zur Weiterführung des Haushalts ist zwischen 1970 und 1985 von 168 auf 304 Fälle, d.h. um 81,0 % angewachsen. Beide Hilfearten zusammen haben daher, sowohl im Vergleich zur Steigerung der Gesamtzahl aller Sozialhilfeempfänger, als auch im Vergleich zum Anstieg der Fallzahlen bei der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen, einen wesentlich stärkeren Zuwachs zu verzeichnen gehabt. Diese Fallzahlen enthalten jedoch Doppelzählungen, da viele Empfänger einer Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen gleichzeitig eine Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes erhalten.

4.3.2.3. Altersstruktur der Hilfeempfänger

Fast die Hälfte, nämlich 47,2 % (2 523) aller Empfänger der Hilfen zur Pflege und zur Weiterführung des Haushalts waren 1985 über 65-jährige Personen. Bei der Hilfe zur Weiterführung des Haushalts allein betrug der Anteil dieser Altersgruppe 44,7 % (häusliche Pflege: 47,4 %). In beiden Hilfearten sind die Fallzahlen bis 1980 für alle Altersgruppen angestiegen, wobei die Hilfe zur Pflege wesentlich stärker frequentiert wurde. Leicht abgeschwächt haben sich in den letzten Jahren die Empfängerzahlen bei der Hilfe zur Weiterführung des Haushalts. 1,7 % der über 65-jährigen Wohnbevölkerung des Saarlandes waren 1985 Empfänger von Hilfe zur Pflege oder Weiterführung des Haushalts außerhalb von Einrichtungen.

4.3.3. Ursachen der Kosten- und Fallzahlentwicklung

Seit 1970 wurde die ambulant-pflegerische

Grundversorgung der Bevölkerung durch organisierte Hilfsdienste, insbesondere der Haus-, Familien- und Altenpflege, den Aufbau von Sozialstationen und ähnlichen Einrichtungen freier Träger kontinuierlich verbessert. So waren zu Beginn des Jahres 1977 im Saarland erst fünf Sozialstationen vorhanden. Mittlerweile ist ein flächendeckendes Netz von über 30 Sozialstationen geschaffen worden. Sie beschäftigten im Jahre 1985 insgesamt 265 Kräfte und unterhielten einen Fuhrpark von 210 Fahrzeugen. Die Sozialstationen haben folgende Kernaufgaben: die ambulante Krankenpflege, die häusliche Altenpflege sowie die Haus- und Familienpflege. Entsprechend diesen Aufgaben arbeiten in der Sozialstation Fachkräfte wie Krankenschwestern, Krankenpfleger, Krankenpflegehelferinnen, Altenpfleger/-innen und Familienpfleger/-innen. Hilfeleistungen erfolgen grundsätzlich gegen Entgelt. In vielen Fällen werden jedoch die Kosten der Inanspruchnahme vom Sozialamt, den gesetzlichen Krankenkassen oder anderen öffentlichen Stellen übernommen. Innerhalb des betreuten Personenkreises sind zu unterscheiden: Selbstzahler, Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung und Sozialhilfeempfänger, über die hier berichtet wird.

Die Entwicklung der Fallzahlen und Ausgaben für häusliche Pflege in den Jahren zwischen 1970 und 1985 wurde auch wesentlich beeinflusst durch Veränderungen der Altersstruktur der saarländischen Bevölkerung. So stieg etwa die Zahl der über 65-jährigen in den letzten 15 Jahren von rund 130 000 auf 150 000, also um 20 000 Personen. Der Anteil der Pflegebedürftigen ist in dieser Altersgruppe erfahrungsgemäß besonders hoch; so waren z.B. die meisten der in Sozialstationen betreuten Personen über 65 Jahre alt. Ebenso wirkt sich auch das Anwachsen der Einpersonenhaushalte unter den über 65-jährigen Mitbürgern aus. So sind bis zu drei Viertel der von den Sozialstationen Betreuten ältere Alleinlebende.

Laufende Erhöhungen des Mindestpflegegeldes hatten ebenso einen expansiven Einfluß wie die schon erwähnten Änderungsgesetze zum BSHG. Seit der Novellierung des Schwerbehindertengesetzes im Jahre 1978 gilt als Nachweis der Voraussetzungen für den Bezug von bestimmten Leistungen das Merkzeichen „H“ (Hilflosigkeit) im Schwerbehindertenausweis. Die danach

einsetzende Flut von Anträgen auf Schwerbehindertenausweise führte u.a. auch zu einem Anstieg der Pflegegeldempfänger. In diesem Zusammenhang muß auch das durch vermehrte Leistungsangebote und Aufklärung veränderte Bewußtsein breiter Bevölkerungskreise hinsichtlich der Realisierung von Rechtsansprüchen hingewiesen werden. Hinzu kommt, daß die mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege für den Einsatz von berufsmäßigen Haus- und Familienpflegekräften vereinbarten Stundensätze nahezu jährlich angehoben wurden. Angebots- und Leistungseinschränkungen der die Hilfen zur häuslichen Pflege und Weiterführung des Haushalts erbringenden Stellen, z.B. der Sozialstationen, würden zu vermehrten Anträgen auf Heimaufnahmen führen und damit die Schaffung weiterer Bettplätze in Alten- und Pflegeheimen notwendig machen. Dies erfordert höhere Sozialhilfeausgaben. Sozial und fiskalpolitisch wünschenswert erscheint daher eine Tendenz der weiteren Umverlagerung von Sozialhilfekosten für Hilfe zur Pflege in Einrichtungen auf Ausgaben für Hilfe zur Pflege und Weiterführung des Haushalts außerhalb von Einrichtungen. Im Jahre 1985 stiegen hierfür die Bruttoaufwendungen um 6,6 % auf 20,6 Mio. DM, für die Hilfe zur Pflege in Einrichtungen um nur 0,9 % auf 78,3 Mio. DM. Im übrigen ist es gerade den Sozialstationen bisher gelungen, ehrenamtliche und Nachbarschaftshilfen verstärkt zu motivieren und anzuleiten.

4.4. Eingliederungshilfe in Einrichtungen

4.4.1. Inhalt der Hilfeart

Auf Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem BSHG haben Personen einen Rechtsanspruch, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch wesentlich behindert sind. Personen, die vorübergehend und/oder nicht wesentlich körperlich, geistig oder seelisch behindert sind, kann Eingliederungshilfe gewährt werden. Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es, eine drohende Behinderung zu verhüten, eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und den Behinderten in die Gesellschaft einzugliedern. Hierzu gehört vor allem, dem Behinderten die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen und zu erleichtern, ihm die Ausübung einer angemessenen

(Berufs-) Tätigkeit zu ermöglichen und ihn so weit wie möglich unabhängig von Pflege zu machen.

Mit diesem umfassenden Auftrag deckt das BSHG alle Aspekte der sozialen, beruflichen und medizinischen Eingliederung ab, so daß auf dieser Rechtsgrundlage vor allem die Heimunterbringung und Bereitstellung behindertengerechter Wohnplätze, ärztliche Versorgung, Ausstattung mit Heil- und orthopädischen Hilfsmitteln, Hilfen zur Schul- und Berufsausbildung, zur Integration in das Arbeitsleben sowie zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft finanziert werden können, vorausgesetzt, daß kein anderer Träger primär für den Betroffenen zuständig ist.

4.4.2. Entwicklung der Eingliederungshilfe in Einrichtungen von 1970 bis 1985

4.4.2.1. Bruttoausgaben

Die Bruttoausgaben für Leistungen der Eingliederungshilfe in Einrichtungen sind von 1,3 Mio. DM im Jahre 1970 auf 71,1 Mio. DM im Jahre 1985, also um fast das 55-fache angestiegen. Diese Steigerung lag damit um das Zehnfache über dem Durchschnitt der Erhöhung der Gesamtsozialhilfeausgaben von + 529,3 %. 1985 wurden 19,1 % des gesamten Sozialhilfeeats für die Eingliederungshilfe in Einrichtungen aufgewandt, gegenüber nur 2,2 % im Jahre 1970.

4.4.2.2. Empfängerzahlen

Die Fallzahlen der Eingliederungshilfe in Einrichtungen sind zwischen 1970 und 1985 von 1 060 auf 2 831, also um 167,1 % gestiegen. Der relative Anstieg lag damit über dem durchschnittlichen Zuwachs der Gesamtempfängerzahl der Sozialhilfe (plus 95,8 %) in diesem Zeitraum.

4.4.2.3. Altersstruktur der Hilfeempfänger

Anders als bei der Hilfe zur Pflege sind bei der Eingliederungshilfe in Einrichtungen die Empfänger fast durchweg Personen im jüngeren und mittleren Alter; 1985 waren 99,7 % (2 821 Behinderte) unter 65 Jahre alt; knapp ein Fünftel waren Kinder bis zu 15 Jahren.

4.4.3. Ursachen der Kosten- und Fallzahlentwicklung bei der Eingliederungshilfe in Einrichtungen.

Änderungsgesetze des BSHG, aber auch das Schwerbehindertengesetz sowie das Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter vom 1. Juli 1975 haben insbesondere die Kosten, aber auch die Fallzahlentwicklung wesentlich beeinflusst. Letzteres eröffnete z.B. bisher nicht versicherten Schwerbehinderten unter bestimmten Voraussetzungen den Zugang zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung. Die Beiträge zur Krankenversicherung gehen überwiegend zu Lasten des Sozialhilfeträgers. Erhebliche Bedeutung hat dieses Gesetz auch für die in anerkannten Werkstätten für Behinderte Beschäftigten, die gemäß § 1 dieses Gesetzes sozialversichert sind. Ihr Krankenversicherungsbeitrag bemißt sich nach 20 %, ihr Rentenversicherungsbeitrag nach 90 % des durchschnittlichen Arbeitsentgeltes aller Versicherten der Rentenversicherung. Die Kosten der Werkstattbesucher werden seit 1979 der Eingliederungshilfe in Einrichtungen zugerechnet.

Die erheblichen Steigerungsraten bei den Ausgaben für die Eingliederungshilfe in Einrichtungen — allein gegenüber 1984 haben sie sich um weitere 7,4 Mio. DM (+ 11,6 %) erhöht — rühren im wesentlichen von quantitativen und qualitativen Verbesserungen im Leistungsangebot für Behinderte her. Die quantitativen Verbesserungen durch Kapazitätsausweitung wurden durch die Bedarfslage erforderlich. Die qualitativen Verbesserungen ergaben sich aus einer höheren Stellenausstattung zugunsten intensiverer persönlicher Betreuung durch Senkung von Gruppenfrequenzen und verstärkte Förderungsmöglichkeiten mit besonderen therapeutischen Maßnahmen. Die Auswirkungen qualitativer Verbesserungen werden besonders deutlich am Beispiel der Werkstätten für Behinderte, von denen es mittlerweile drei Hauptstellen im Saarland gibt, die z.T. noch Nebenstellen haben. So gehören zum Einzugsbereich der WfB Bübingen der Stadtverband Saarbrücken und der südliche Teil des Saar-Pfalz-Kreises, zur WfB Dillingen die Landkreise Saarlouis und Merzig und zur WfB Spiesen die Landkreise Neunkirchen und St. Wendel sowie der nördliche Teil des Saar-Pfalz-Kreises; hinzu kommt die in freier Trägerschaft betriebene

WfB der Firma Paulus GmbH Rehlingen. Nach Errichtung der Werkstätten für Behinderte, deren Kostenträger das Sozialministerium nach dem BSHG ist, (hinzu kommt zu einem geringen Teil die Bundesanstalt für Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz) ergab sich in zunehmendem Maße die Erfordernis, für einen bestimmten Teil von Werkstattbesuchern Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Das liegt darin begründet, daß viele in Werkstätten Beschäftigte durch den Verlust des Elternhauses oder infolge ungünstiger Verkehrsverhältnisse nicht im häuslichen Bereich wohnen können. Für sie waren Wohnheimplätze zu schaffen, deren Kosten wiederum in aller Regel der überörtliche Träger der Sozialhilfe zu zahlen hatte. Im Saarland bestehen folgende Wohnheime: Wohnanlage Rexroth-Höhe in Kleinblittersdorf für die Beschäftigten der Bübinger Werkstätten mit drei Wohnheimen und 150 Betten, das Wohnheim Spiesen der Lebenshilfe Neunkirchen mit 54 Betten, wobei noch eine Außengruppe mit 18 Behinderten in einem Wohnheim in Münchwies untergebracht ist sowie das Bildungszentrum für Behinderte in Dillingen der Arbeiterwohlfahrt, das neben den Schul- und Werkstattgebäuden zwei Wohnheime für Behinderte mit 130 Plätzen umfaßt. Die Arbeiterwohlfahrt hat 1978 nahe dem Bildungszentrum in Dillingen ein Wohnhaus erworben, das einer Außenwohngruppe mit 13 Behinderten dient, die in der WfB beschäftigt sind. Mit der Errichtung der Zweigstelle der WfB in Nunkirchen konnte die Arbeiterwohlfahrt dem Wunsch vieler Eltern entsprechen, das ursprünglich als Kindererholungsstätte genutzte Haus in ein Wohnheim für Behinderte umzugestalten. Das Heim bietet in Zwei- bis Dreibettzimmern Platz für 36 in der Werkstatt Beschäftigte. Schließlich sei noch das Wohnheim Rehlingen der WfB der Firma Paulus mit 47 Betten in 2 Häusern erwähnt.

Die Eingliederungshilfe ist eine Pflichtleistung mit Rechtsanspruch des Behinderten, wenn die Behinderung nicht nur vorübergehend und unwesentlich ist. In allen übrigen Fällen einer körperlichen, geistigen und seelischen Behinderung entscheidet der Sozialhilfeträger über die Gewährung von Hilfen nach pflichtgemäßem Ermessen. In kaum einem anderen Bereich sind humane Lebensbedingungen und ein sozialpolitisch angemessenes Leistungsangebot für die

hilfebedürftige Klientel in so starkem Maße abhängig vom Sozialhilfeträger wie bei der Eingliederungshilfe. Restriktionen würden daher hier bedeuten, vielen behinderten Menschen eine möglichst normale Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu versagen.

4.5. Eingliederungshilfe außerhalb von Einrichtungen

4.5.1. Inhalt der Hilfeart

Die grundsätzlichen Ausführungen im Abschnitt 4.4.1 zur Eingliederungshilfe in Einrichtungen gelten entsprechend. Schwerpunkt der Eingliederungshilfe außerhalb von Einrichtungen war bis 1978 die Hilfe zur Beschäftigung in Werkstätten für Behinderte. Nachdem sie hauswirtschaftlich und statistisch als teilstationäre Hilfe der Eingliederungshilfe in Einrichtungen zugerechnet wird, stehen insbesondere im Vordergrund: Früherkennungs- und heilpädagogische Maßnahmen für Kinder, Ausstattung mit behinderungsausgleichenden Hilfsmitteln, Hilfe bei der Beschaffung und Erhaltung behindertengerechter Wohnungen, Unterstützung von Freizeit- und kulturellen Maßnahmen sowie der Mobilität von Behinderten im öffentlichen Verkehr des Landes.

4.5.2. Entwicklung der Eingliederungshilfe außerhalb von Einrichtungen von 1970 bis 1985

4.5.2.1. Bruttoausgaben

Die Bruttoausgaben sind von 1970 bis 1985 von 478 800 DM auf 2,7 Mio. DM gestiegen. Dies bedeutet einen Kostenanstieg um 468,1 %.

4.5.2.2. Empfängerzahlen

Der Anteil der Hilfeempfänger dieser Leistungsgruppe an den Sozialhilfeempfängern insgesamt lag 1970 bei 4,1 % und erhöhte sich bis 1985 nur unwesentlich auf 4,4 %. Betrachtet man die Fallzahlen, so stellt man eine Steigerung von 108,2 % von 1970 zu 1985 fest. Von ursprüng-

lich 1 178 Personen im Jahre 1970 nahm die Zahl derer, die diese Hilfe in Anspruch nahmen, bis 1974 stetig zu (1 626 Personen), sank dann in den folgenden vier Jahren auf 632. Ab 1979 ist die Zahl der Hilfeempfänger wieder stark angestiegen (78 — 85 = 288 %). Die relativ hohe Empfängerzahl Anfang der 70er Jahre liegt darin begründet, daß die Beschäftigten in Werkstätten für Behinderte in dieser Hilfeart miteerfaßt wurden.

4.5.2.3. Altersstruktur der Hilfeempfänger

Wenn man die Altersstruktur dieser Hilfeart betrachtet, so muß man den Beobachtungszeitraum (70 — 85) in zwei Abschnitte unterteilen. Anfang der 70er Jahre, als die Beschäftigten in Werkstätten für Behinderte noch dieser Hilfeart zugeordnet waren, lag der Schwerpunkt der Hilfeempfänger bei der Gruppe der 15- bis unter 65-jährigen, und zwar mit 54,3 %. Seit 1978 nun weicht die Altersstruktur stark von der anderer Hilfearten ab. 1985 gehörten 58,7 % (1 439 Personen) der Altersgruppe der unter 7-jährigen an, 35,9 % der 7- bis unter 15-jährigen, lediglich 4,7 % der Hilfeempfänger war im erwerbsfähigen Alter, 0,7 % darüber. Während also der Anteil der unter 15-jährigen 1985 an den Sozialhilfeempfängern insgesamt bei 25,6 % lag, lag er in dieser Leistungsgruppe bei 94,6 %.

4.5.3. Ursachen der Kosten und Fallzahlentwicklung bei der Eingliederungshilfe

Die schon erwähnten Änderungsgesetze zum BSHG, das Schwerbehindertengesetz, das Rehabilitationsangleichungsgesetz und das Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter brachten eine entscheidende Verbesserung der Lage der Behinderten. Auch die Hilfsangebote an Behinderte haben nicht nur im stationären, sondern auch im ambulanten Bereich erhebliche Verbesserungen erfahren. So zeigte der 1981 gegenüber 1975 fortgeschriebene „Behindertenplan für das Saarland“ im Einzelnen die gegenüber den 70er Jahren verbesserte Lage der Behinderten auf dem Gebiet der medizinischen, schulischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation in unserem Lande auf. Die Ausweitung des anspruchsberechtigten Personenkreises

und des Hilferahmens sowie der Platzausbau in den Werkstätten für Behinderte mit seinen jährlichen Mehrkosten belasteten die Eingliederungshilfe außerhalb von Einrichtungen vor der Umstellung auf Eingliederungshilfe in Einrichtungen bis zum Jahre 1978.

Der Ausbau der Frühförderung in unserem Lande gehört auch zu diesem Bereich. Zur Frühförderung gehören die Früherfassung und Früherkennung, die medizinische Frühförderung, die pädagogische Frühförderung und die Frühförderungsberatung, deren Umfang und Bedeutung bereits im Landesbehindertenplan 1974 ausführlich behandelt wurden. Während für den klinischen Bereich zur stationären klinischen Diagnostik und Einleitung gezielter therapeutischer Maßnahmen als Sondereinrichtungen die Abteilung für Kinder und Jugendliche der Universitätsnervenklinik im LKH Homburg, das Sozialpädiatrische Zentrum in der Landeskinderklinik in Neunkirchen-Kohlhof und die Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie des Zentrums für psychologische Medizin der Saarland Heilstätten GmbH in Kleinblittersdorf vorhanden sind, unterhalten im ambulanten Bereich Träger der freien Wohlfahrtspflege und die Lebenshilfe-Vereine Frühförderstellen. Die ältesten Frühförderstellen unterhält im Saarland die Lebenshilfe, die inzwischen ein weitverzweigtes Netz von Frühförderstationen ausgebaut hat und nunmehr in elf Orten des Saarlandes Frühförderstellen anbietet. Hinzu kommen die Station für Frühförderung und Frühberatung der Arbeiterwohlfahrt in Dillingen, das Frühförderzentrum des Vereins zur Rehabilitation spastisch Gelähmter in Saarbrücken und die Frühförderstelle des Caritas-Verbandes in Zusammenarbeit mit Neunkirchen-Kohlhof. Zudem übernimmt das Sozialministerium als überörtlicher Träger der Sozialhilfe die gesamten Personal- und Sachkosten für die 14 Tagesstätten der Lebenshilfe mit 300 behinderten Kindern (Stand: März 1986). Darüberhinaus werden Zuschüsse zur Beschaffung von Einrichtungsgegenständen gewährt, um die Träger der Tagesstätten finanziell zu entlasten.

Die Freizeitangebote, wie Behindertensport, Gruppenreisen oder kulturelle Programme haben seit Mitte der siebziger Jahre ständig zugenommen und sollen dem Behinderten die Angleichung an den Lebensrhythmus von Nichtbe-

hinderten erleichtern.

Auch die Eingliederungshilfe außerhalb von Einrichtungen ist eine Pflichtleistung, wenn die Behinderung nicht nur vorübergehend und unwesentlich ist. Die in den letzten Jahren verstärkte Beratung und Aufklärung der Behinderten und ihrer Angehörigen führte zu einer höheren Nachfrage und Bereitschaft, die vorhandenen Angebote zu nutzen. Denn es muß Ziel eines Sozialstaates sein, daß seine Bürger die staatlich und von freien Trägern angebotenen Hilfen kennen und bei Bedarf auch in Anspruch nehmen.

Im Bereich behinderungsausgleichender Hilfsmittel ist infolge technischer Weiterentwicklung mit weiteren Kostensteigerungen zu rechnen. Eine fortlaufende Verbesserung dieser Hilfsmittel ist jedoch sinnvoll, da sie die Lebensqualität für den Behinderten und seine Integrationschancen erhöhen und außerdem in nicht wenigen Fällen eine Heimunterbringung vermeiden kann. Hier wäre es allerdings überlegenswert, ob die Krankenkassen sich künftig nicht nur im Bereich der rein medizinischen Hilfsmittel engagierten, sondern auch für andere Hilfsmittel zur gleichzeitigen sozialen Eingliederung aufkämen.

4.6. Krankenhilfe und vorbeugende Gesundheitshilfe in Einrichtungen

4.6.1. Inhalt der Hilfearten

Personen, die keinen ausreichenden Krankenschutz durch gesetzliche oder private Krankenversicherungen oder nach sonstigen Rechtsgrundlagen haben, erhalten bei Hilfebedürftigkeit Krankenhilfe, und zwar in der Regel entsprechend den Leistungen, die nach den Vorschriften über die gesetzliche Krankenversicherung gewährt werden. Die Krankenhilfe in Einrichtungen umfaßt vor allem Krankenhausbehandlung. Die Leistungen der Krankenhilfe werden regelmäßig nicht als Barleistung, sondern als Sachleistungen durch Einschalten Dritter (Krankenhäuser) gewährt.

Personen, bei denen nach ärztlichem Urteil eine Erkrankung oder ein sonstiger Gesund-

heitsschaden einzutreten droht, soll vorbeugende Gesundheitshilfe gewährt werden. Zu den Maßnahmen gehören vor allem Erholungsaufenthalte für Kinder, Jugendliche und alte Menschen sowie für Mütter in Müttergenesungsheimen. Ab 1. Januar 1982 ist für Erholungskuren ein amts- oder vertrauensärztliches Gutachten maßgebend. Außerdem sollen die Leistungen in der Regel denen der gesetzlichen Krankenversicherung entsprechen (z.B. Kuren höchstens im Dreijahresrhythmus.)

4.6.2. Entwicklung der Krankenhilfe und der vorbeugenden Gesundheitshilfe in Einrichtungen von 1970 bis 1985

4.6.2.1. Bruttoausgaben

Die Bruttoausgaben der Krankenhilfe in Einrichtungen sind von 1,1 Mio. DM im Jahre 1970 auf 10,6 Mio. DM im Jahre 1985, also um 865,1 % gestiegen. Die Steigerung lag damit weit über dem Durchschnitt des Anstiegs der Gesamtsozialhilfeausgaben (+ 529,3 %). Der Anteil der Krankenhilfe in Einrichtungen am Gesamtsozialhilfehaushalt ist in den letzten 15 Jahren kontinuierlich gestiegen. Während er 1970 1,9 % betrug, waren es 1985 2,8 %. Von den Ausgaben für die gesamte Krankenhilfe entfielen 1970 25,9 % und 1985 knapp 71 % auf Hilfen in Einrichtungen.

Die Bruttoausgaben für Leistungen der vorbeugenden Gesundheitshilfe in Einrichtungen sind zwischen 1970 und 1985 von 1,4 Mio. DM auf 2,0 Mio. DM, also um 47,3 % gestiegen.

4.6.2.2. Empfängerzahlen

Die Zahl der Empfänger von Krankenhilfe in Einrichtungen ist von 385 im Jahre 1970 auf 838 im Jahre 1985 (+ 117,7 %) angestiegen. Der Anstieg verlief nicht immer kontinuierlich. Bis 1976 stieg die Zahl um 93,8 % auf 746 an, um in den zwei folgenden Jahren auf 269 (- 63,9 %) abzusinken. Seit 1979 ist wieder ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Bei der vorbeugenden Gesundheitshilfe stellt sich die Entwicklung ähnlich dar. 1970 nahmen lediglich 47 Personen diese Hilfe in Anspruch. Heute

sind es 462 Hilfeempfänger, was einer Steigerung um fast das Zehnfache entspricht (ohne Gruppenverschickung).

4.6.2.3. Altersstruktur der Hilfeempfänger

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren hat in den letzten 15 Jahren um 6,1 Prozentpunkte auf nunmehr 16,1 % zugenommen. Ein wesentlich größerer Anstieg ist in der Altersgruppe der erwerbsfähigen Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zu verzeichnen gewesen. Hier erfolgte eine Zunahme um 450 Personen. Drei Viertel der Hilfeempfänger gehören nun dieser Gruppe an. Die stärkste Veränderung ist in der Altersgruppe der 65-jährigen und älteren zu erkennen. Gehörten ihr 1970 noch 42,9 % der Hilfeempfänger an, so waren es 1985 gerade noch 8,6 % (72 Personen).

Bei den Empfängern von vorbeugender Gesundheitshilfe in Einrichtungen sieht es ähnlich aus. Auch hier eine Steigerungsrate bei den unter 15-jährigen von 16,6 Prozentpunkten auf nunmehr 26,6 %. In der Gruppe der erwerbsfähigen Personen war der Anstieg von 1970 zu 1985 im Vergleich zu der Krankenhilfe etwas verhaltener. Hier erhielten 1970 gut 51 % Hilfe, 1985 waren es 56,3 %. Bei den 65-jährigen und älteren Empfängern hat sich der prozentuale Anteil in den letzten 15 Jahren halbiert. Heute beziehen diese Hilfearten noch 79 Personen oder 17,1 %.

Der Ausländeranteil unter den Hilfeempfängern von Krankenhilfe in Einrichtungen ist bis 1985 stark angestiegen: von 1,8 % (1970: 7 Ausländer) auf 26,4 % (221 Ausländer). Hierbei dürfte es sich überwiegend um Asylbewerber und Asylananten handeln. Bei der Gesundheitshilfe in Einrichtungen wurde 1985 lediglich ein Ausländeranteil von 2,8 % festgestellt.

4.6.3. Ursachen der Kosten- und Fallzahlentwicklung

Ein wesentlich bestimmender Faktor für die Ausgabenerhöhungen bei der Krankenhilfe in Einrichtungen waren in den letzten 15 Jahren

die Steigerungen der Krankenhauspflegesätze. Von 1976 an wurden geistig und psychisch Kranke in Einrichtungen, für die die Krankenkassen als Kostenträger auftreten, nicht mehr bei der Krankenhilfe in Einrichtungen erfaßt. Ein Rückgang bei den Ausgaben war auch deshalb nicht zu verzeichnen, weil im Rahmen des Kostenteilungsabkommens der Sozialhilfeträger Saarland den Krankenkassen einen nach der Unterbringungsdauer gestaffelten Prozentsatz der aufgewendeten Kosten erstatten muß. Die übrigen Schwankungen bei den Fallzahlen spiegeln vor allem Änderungen im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung wider, wo der Personenkreis der Pflichtversicherten und der Versicherungsberechtigten sich des öfteren änderte. Die Ausgabensteigerungen für Krankenhilfe in Einrichtungen in den letzten Jahren dürfte in allererster Linie auf die seit 1980 nochmals stark gestiegene Zahl von Asylbewerbern unter den Hilfeempfängern beruhen, die sich auch 1986 in der Statistik niederschlagen wird. Die Krankenhilfe ist eine Pflichtleistung. Weder die Ausgaben noch die Fallzahlen lassen sich grundlegend beeinflussen, da beide wesentlich von den gesetzlichen Vorschriften der Krankenversicherung sowie den nach einem gesetzlich geregelten Verfahren festzusetzenden Krankenhauspflegesätzen abhängen.

Bei der vorbeugenden Gesundheitshilfe handelt es sich überwiegend um Soll-Leistungen. Sie ist in der Regel für den Staat kostengünstiger als eine spätere, vielfach aufwendige Leistung. Die Ausgaben lassen sich kaum beeinflussen, da z.B. die Kostensätze der Kur- und Erholungsheime nicht vom Saarland festgesetzt werden. Vielmehr übernimmt das Saarland die Kostensätze, die vom zuständigen Sozialhilfeträger, bei Müttergenesungsheimen vom Müttergenesungswerk, anerkannt sind. Die Ausgaben- und Fallzahlentwicklung hing hier sicherlich auch von der Gutachterpraxis der Amts- und Vertrauensärzte ab, wobei Neuregelungen nach dem 2. Haushaltsstrukturgesetz von 1981 zu gewissen Einschränkungen der Inanspruchnahme geführt haben dürften.

4.7. Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen

4.7.1. Inhalt der Hilfeart

Anspruchsberechtigt ist grundsätzlich der gleiche Personenkreis wie bei der Krankenhilfe in Einrichtungen. Die Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen umfaßt vor allem ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Versorgung mit Arzneimitteln, Verbandmitteln und Zahnersatz sowie sonstige zur Genesung, Besserung oder Linderung der Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen (z.B. Bäder, Massagen, Krankengymnastik). Auch die Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen wird nicht als Barleistung, sondern als Sachleistung durch Ärzte, Zahnärzte usw. gewährt. Seit 1982 werden Krankenkostzulagen nicht mehr im Rahmen der Krankenhilfe gewährt, sie sind seither Bestandteil der Hilfe zum Lebensunterhalt.

4.7.2. Entwicklung der Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen.

4.7.2.1. Bruttoausgaben

Die Bruttoausgaben der Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen sind von 3,1 Mio. DM im Jahr 1970 auf 4,4 Mio. DM im Jahr 1985, also um 40 % gestiegen. Die Steigerung erreichte damit weniger als ein Zehntel des durchschnittlichen Zuwachses der gesamten Sozialhilfeausgaben (+ 529,3 %). Der Anteil der Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen am Gesamtsozialhilfehaushalt ist daher seit 1970 kontinuierlich zurückgegangen und betrug 1985 nur noch 1,2 %.

4.7.2.2. Empfänger

Die Zahl der Empfänger von Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen ist, gemessen an der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger, rückläufig. 1970 betrug ihr Anteil noch 20,5 %. Er verringerte sich im Laufe der letzten 15 Jahre auf nunmehr 9,9 %. Bei näherer Betrachtung der Fallzahlen konnte zwischen 1970 und 1976 ein Empfängerzuwachs um ein Drittel von 5 883 auf 7 783 beobachtet werden. Ab 1976 gingen die absoluten Zahlen der Hilfeempfänger merklich zurück. 1985 bezogen noch 5 569 Personen die

se Hilfe, was einem Rückgang von 28,4 % gegenüber 1976 entspricht.

4.7.2.3. Altersstruktur der Empfänger und Ausländeranteil

Ähnlich wie bei der Krankenhilfe in Einrichtungen liegt der Schwerpunkt der Hilfeempfänger bei den unter 65-jährigen (1985: 94,4 % = 5 257 Personen, davon über 25 Jahre alt: 3 163). Am stärksten gestiegen ist bis 1985 die Zahl der unter 25-jährigen, nämlich allein ab 1980 um 69,8 % auf 2 094; im gleichen Zeitraum nahm die Fallzahl der über 65-jährigen um 83,6 % ab (1985: 312). Der hohe Zuwachs an jüngeren Hilfeempfängern ist maßgeblich bedingt durch den rapiden Anstieg des Ausländeranteils (Asylbewerber und Asylanten) auf 1985: 2 324 (1980: 559); dies bedeutet mehr als eine Vervielfachung innerhalb von fünf Jahren. 41,7 % der Empfänger von Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen waren 1985 Ausländer gegenüber 9,6 % im Jahre 1980.

4.7.3. Ursachen der Kosten- und Fallzahlenentwicklung

Ähnlich der Kostenentwicklung bei den Pflegesätzen ist auch die der Gebührensätze für Ärzte und Zahnärzte sowie für Heilhilfsberufe (Krankengymnastinnen, Masseure usw.) verlaufen. Neben den linearen Steigerungen der Gebührensätze dürfte aber auch die Häufigkeit der Inanspruchnahme ärztlicher und ärztlich verordneter Maßnahmen die Ausgaben beeinflusst haben. Die Fallzahlen wurden ebenso wie bei der Krankenhilfe in Einrichtungen durch Rechtsveränderungen der gesetzlichen Krankenversicherung beeinflusst. Insofern kann weitestgehend auf die Ausführungen des entsprechenden Abschnittes 4.6.3. verwiesen werden. Seit Beginn der achtziger Jahre machte sich immer stärker der Zugang von Personengruppen bemerkbar, die keine Versicherungsansprüche haben (insbesondere Asylbewerber, Erwerbslose und -suchende ohne Leistungsansprüche bei der Arbeitsverwaltung). Diese Entwicklung wird Fallzahlen und Ausgaben der Krankenhilfe voraussichtlich auch in den kommenden Jahren mitbestimmen. 1985 stiegen z.B. die Bruttoaufwendungen um über 130 000

DM oder 3,1 % gegenüber 1984 auf 4,4 Mio. DM an. Auch die Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen ist eine Pflichtleistung, auf die ein Rechtsanspruch besteht.

4.8. Entwicklung der Sozialhilfe nach Kreisen

Die Entwicklung der Ausgaben und Fallzahlen der Sozialhilfe verlief im Saarland recht unterschiedlich. Bei einer regionalisierten Betrachtung der diversen Ist-Zahlen und Steigerungsraten nach Kreisen wird ein klares Stadt-Land-Gefälle zwischen dem Stadtverband Saarbrücken und den übrigen Landkreisen deutlich. Aufgezeigt etwa am Vergleich Stadtverband Saarbrücken/Landkreis St. Wendel wurden in Saarbrücken im Jahre 1985 pro Einwohner 309 DM Sozialhilfe gezahlt, im Kreis St. Wendel 111 DM. Im Stadtverband kamen auf 1 000 Einwohner 65 Sozialhilfeempfänger, in St. Wendel 31. Nach Untersuchungen von Prof. Walter Krug (Universität Trier) lagen die Ursachen unter anderem im Einkommensgefüge, der Wirtschaftskraft, der Alters- und Haushaltsstruktur. Dieses Stadt-Land-Gefälle wird auch mit unterschiedlichen Verhal-

tensweisen begründet, darunter die Bereitschaft, Sozialhilfe überhaupt zu beantragen. Untersuchungen des Kölner Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik zum Thema „Dunkelziffer der Armut“, die bereits an früherer Stelle Erwähnung fanden, haben bekräftigt, daß nur knapp über die Hälfte der Sozialhilfebedürftigen (52 %) nach dieser Unterstützung nachsuchten. Untersuchungen zwischen 1979 und 1982 hatten ergeben, daß sie nicht bezogen würde zu etwa 40 % von „vollständigen“ Familien und zu rund 30 % von älteren Menschen. Das Umfeld dieser Personen war meist eine kleinere Gemeinde. Hier wird nach diesen Untersuchungsergebnissen aus unterschiedlichen Gründen weniger Gebrauch von der Sozialhilfe gemacht. Mangelnde Informationen ebenso wie der Gedanke, daß man vom Staat nichts geschenkt haben wolle sowie die an früherer Stelle schon erwähnte „soziale Stigmatisierung“ zählen zu diesen Gründen.

4.8.1. Empfängerentwicklung

Die Entwicklung der Fallzahlen wie die der

Sozialhilfeempfänger nach Kreisen 1975 bis 1985

Hilfeart	Jahr	Stadtverb. Saarbr.	Merzig-Wadern	Neunkirchen	Saarlouis	Saar-Pfalz-Kreis	St. Wendel	SAARLAND
Sozialhilfeempfänger¹⁾ insgesamt	1975	14 175	3 511	6 047	6 779	5 079	2 598	38 189
	1980	16 373	3 155	6 219	7 111	5 296	2 270	40 424
	1985	23 161	5 119	8 519	8 974	7 669	2 823	56 265
Veränderungen 1985 zu 1975 in % je 1 000 Einwohner ²⁾		+ 63,4	+ 45,8	+ 40,9	+ 32,4	+ 51,0	+ 8,7	+ 47,3
	1975	37,0	34,5	38,6	32,0	32,7	28,5	34,7
	1980	44,8	31,4	41,2	34,2	34,7	25,1	37,9
	1985	65,2	51,4	57,9	43,7	50,9	31,4	53,7
Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt	1975	9 670	1 831	3 778	3 929	2 868	1 409	23 485
	1980	11 770	1 890	3 975	4 664	3 021	1 312	26 632
	1985	18 192	3 138	5 933	6 969	5 443	1 857	41 532
Veränderungen 1985 zu 1975 in % je 1 000 Einwohner ²⁾		+ 88,1	+ 71,4	+ 57,0	+ 77,4	+ 89,8	+ 31,8	+ 76,8
	1975	25,2	18,0	24,1	18,5	18,5	15,4	21,4
	1980	32,2	18,8	26,3	22,4	19,8	14,5	24,9
	1985	51,2	31,5	40,3	33,9	36,1	20,7	39,6
Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen	1975	6 870	2 126	3 235	3 736	2 769	1 591	20 327
	1980	7 235	1 513	2 909	3 277	2 778	1 274	18 986
	1985	7 743	2 522	3 488	3 407	3 171	1 229	21 560
Veränderungen 1985 zu 1975 in % je 1 000 Einwohner ²⁾		+ 12,7	+ 18,6	+ 7,8	- 8,8	+ 14,5	- 22,8	+ 6,2
	1975	17,9	20,9	20,6	17,6	17,8	17,4	18,5
	1980	19,8	15,0	19,3	15,8	18,2	14,1	17,8
	1985	21,8	25,3	23,7	16,6	21,1	13,7	20,6

1) Ohne Mehrfachzählungen.- 2) Im Jahresdurchschnitt.

Ausgaben nach Kreisen wird in der folgenden Übersichtstabelle erst ab 1975 dargestellt, da die saarländische Gebiets- und Verwaltungsreform im Jahre 1974 einen neuen Kreischnitt geschaffen hat.

Im Jahre 1985 hatte — wie bereits oben angeführt — der Stadtverband Saarbrücken mit 65,2 Empfängern je 1 000 Einwohner die höchste Sozialhilfe-Empfängerquote aufzuweisen, mit Abstand gefolgt von den Landkreisen Neunkirchen (57,9), Merzig-Wadern (51,4), Saar-Pfalz-Kreis (50,9), Saarlouis (43,7) und schließlich St. Wendel mit nur 31,4 Empfängern je 1 000 Einwohner. Die größte Steigerungsrate in den letzten zehn Jahren verzeichnete mit + 63,4 % ebenfalls der Stadtverband Saarbrücken, gefolgt vom Saar-Pfalz-Kreis (+ 51,0 %) und dem Kreis Merzig-Wadern (+ 45,8 %). Der Kreis mit der ohnehin geringsten Empfängerichte hatte auch die niedrigste Steigerungsrate (+ 8,7 %) zu verzeichnen: St. Wendel.

4.8.1.1. Hilfe zum Lebensunterhalt

Fast 74 % der Sozialhilfeempfänger des Jahres 1985 erhielten laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, 1975 waren es 61,5 %. Damals erhielten von 1 000 Einwohnern 21,4 diese Hilfeart, 1985 waren es bereits 39,6. Während im Landesdurchschnitt die Empfängerzahlen seit 1975 um 76,8 % anwuchsen, schnellten sie im Saar-Pfalz-Kreis gar um 89,8 % und im Stadtverband Saarbrücken um 88,1 % in die Höhe. Dagegen war im Kreis Neunkirchen „nur“ eine Zunahme um 57,0 % und im Kreis St. Wendel eine von 31,8 % zu verzeichnen. Auch bei den Empfängern laufender Hilfe lagen 1985 der Stadtverband Saarbrücken mit 51,2 je 1 000 Einwohner und der Kreis Neunkirchen (40,3) an der Spitze, gefolgt vom Saar-Pfalz-Kreis (36,1), Saarlouis (33,9) und Merzig-Wadern (31,5). Mit 20,7 Empfängern je 1 000 Einwohner verzeichnete der Kreis St. Wendel die niedrigste Empfängerquote.

4.8.1.2. Hilfen in besonderen Lebenslagen

Rund 38 % der Hilfeempfänger erhielten Hilfen in besonderen Lebenslagen. Erstaunlicherweise wies bei dieser Hilfeart Merzig-Wadern mit

25,3 Empfängern je 1 000 Einwohner die größte Empfängerichte auf, gefolgt vom Kreis Neunkirchen (23,7) und dem Stadtverband Saarbrücken (21,8). Mit einer Quote von 16,6 bzw. 13,7 lagen Saarlouis und St. Wendel unter dem Landesmittel von 20,6, dem der Saar-Pfalz-Kreis mit seiner Quote in etwa entsprach. Während die Empfängerentwicklung der Hilfe in besonderen Lebenslagen im Landesdurchschnitt seit 1975 mit einer Steigerung von nur 6,2 % — bei der Hilfe zum Lebensunterhalt waren es immerhin + 76,8 % — recht verhalten verlief, in zwei Landkreisen (St. Wendel — 22,8 %, Saarlouis — 8,8 %) sogar rückläufig war, konnte hier erstaunlicherweise im Kreis Merzig-Wadern eine Zunahme um 18,6 % und im Saar-Pfalz-Kreis eine von 14,5 % beobachtet werden.

4.8.2. Ausgabenentwicklung

Wesentlich bestimmt von den Empfängerzahlen sind Höhe und Entwicklung der Bruttoausgaben. So wurden knapp 30 % der 372 Mio. DM Sozialhilfeleistungen im Saarland im Stadtverband Saarbrücken ausgegeben. Mit 109,7 Mio. DM war der Stadtverband Spitzenreiter im Jahre 1985, während die übrigen Landkreise zwischen 10 Mio. DM (St. Wendel) und 29 Mio. DM (Saarlouis) an Bruttoausgaben verzeichneten. Landesweit stiegen die Ausgaben seit 1975 um 159,5 %, eine Veränderungsrate, die vom Stadtverband (+ 225,8 %), vom Saar-Pfalz-Kreis (+ 186,3 %) und vom Landkreis Merzig-Wadern (+ 168,4 %) überschritten wurde. Dagegen hatten Saarlouis (+ 93,0 %) und St. Wendel (+ 89,1 %) unterdurchschnittliche Steigerungsraten zu verzeichnen. Mit einer Veränderungsrate von + 150,6 % lag der überörtliche Sozialhilfeträger, der Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung, in etwa im Landesmittel.

4.8.2.1. Hilfe zum Lebensunterhalt

Werden die Steigerungsraten der Gesamt-Bruttoausgaben der Kreise für die Hilfe zum Lebensunterhalt verglichen, so sind der Stadtverband (+ 284,2 %) und der Saar-Pfalz-Kreis (+ 255,7 %) wiederum an der Spitze zu finden, gefolgt von Merzig-Wadern (+ 219,6 %) und Neunkirchen (+ 152,4 %). Je Einwohner hatte der Landkreis

Sozialhilfeleistungen nach Kreisen 1975 bis 1985

Leistungsgruppen	Jahr	Stadtverband Saarbrücken	Merzig-Wadern	Neunkirchen	Saarlouis	Saar-Pfalz-Kreis	St. Wendel	Ministerium für Arbeit, Gesundh. u. Sozialordnung	SAARLAND
Sozialhilfeleistungen insgesamt in 1 000 DM	1975	33 688,9	5 954,0	12 168,2	14 930,2	8 755,2	5 261,5	62 588,2	143 346,2
	1980	57 416,7	9 684,1	19 567,8	21 867,1	14 515,9	6 589,8	102 382,5	232 023,9
	1985	109 743,7	15 982,0	25 493,1	28 819,4	25 066,5	9 950,7	156 866,7	371 922,2
Veränd. 1985 zu 1975 in %		+ 225,8	+ 168,4	+ 109,5	+ 93,0	+ 186,3	+ 89,1	+ 150,6	+ 159,5
Aufwand je Einwohner ¹⁾ in DM	1975	87,94	58,53	77,63	70,48	56,42	57,62	56,90	130,33
	1980	157,12	96,29	129,64	105,14	95,19	72,92	95,88	217,29
	1985	308,69	160,55	173,11	140,16	166,45	110,84	149,64	354,78
Sozialhilfeleistungen für Hilfe zum Lebensunterhalt in 1 000 DM	1975	24 022,6	3 684,2	8 297,1	10 742,8	5 610,4	3 159,5	2,7	55 519,3
	1980	41 428,5	6 366,7	13 225,7	16 138,1	9 685,8	4 231,3	38,8	91 114,9
	1985	92 291,6	11 774,2	20 939,6	23 785,3	19 956,8	7 340,9	359,2	176 447,7
Veränd. 1985 zu 1975 in %		+ 284,2	+ 219,6	+ 152,4	+ 120,4	+ 255,7	+ 132,3	+ 13203,7	+ 217,8
Aufwand je Einwohner ¹⁾ in DM	1975	62,71	36,22	52,93	50,71	36,15	34,60	0,00	50,48
	1980	113,37	63,31	87,62	77,59	63,51	46,82	0,04	85,33
	1985	259,60	118,28	142,19	115,68	132,52	81,77	0,34	168,32
Sozialhilfeleistungen für Hilfe in besonderen Lebenslagen in DM	1975	9 666,3	2 269,8	3 871,1	4 187,3	3 144,8	2 102,0	62 585,5	87 826,9
	1980	15 988,2	3 317,3	6 342,1	5 729,1	4 830,0	2 358,6	102 343,6	140 908,7
	1985	17 425,1	4 207,8	4 553,5	5 034,0	5 109,8	2 609,8	156 507,5	195 474,4
Veränd. 1985 zu 1975 in %		+ 80,5	+ 85,4	+ 17,6	+ 20,2	+ 62,5	+ 24,2	+ 150,1	+ 122,6
Aufwand je Einwohner ¹⁾ in DM	1975	25,23	22,31	24,70	19,77	20,26	23,01	56,90	79,85
	1980	43,75	32,99	42,02	27,55	31,67	26,10	95,84	131,96
	1985	49,09	42,27	30,92	24,48	33,93	29,07	149,29	186,47

1) Im Jahresdurchschnitt.

St. Wendel mit 81,77 DM die niedrigste und der Stadtverband mit 259,60 DM die höchste Ausgabenquote im Jahre 1985. Die übrigen Landkreise bewegten sich zwischen 115 und 142 DM je Einwohner.

4.8.2.2. Hilfen in besonderen Lebenslagen

Von den 195,5 Mio. DM, welche auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen 1985 im Saarland verwandt wurden, zahlte der Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung 156,5 Mio. DM als überörtlicher Träger, das sind rund 80 % der Bruttoausgaben. Der Stadtverband Saarbrücken brachte 17,4 Mio. DM auf, die Landkreise zwischen 2,6 Mio. DM (St. Wendel) und 5,1 Mio. DM (Saar-Pfalz-Kreis). Während sich die Ausgaben beim überörtlichen Träger seit 1975 um das Zweieinhalbfache erhöhten, wurden beim Stadtverband und im Kreis Merzig-Wadern Steigerungsraten um 80 % bzw. 85 % ermittelt, in den Kreisen Saarlouis und St. Wendel + 20 % bzw. + 24 %. Der durchschnittliche Ausgabenzuwachs

dieser großen Leistungsgruppe betrug landesweit zwischen 1975 und 1985 + 122,6 % und hat sich damit mehr als verdoppelt.

4.9. Bund-/ Ländervergleich zur Entwicklung der Sozialhilfe

Aus der Übersichtstabelle des Statistischen Bundesamtes ist ersichtlich, daß die Stadtstaaten relativ die höchsten Fallzahlen von Sozialhilfeempfängern und statistisch die höchsten durchschnittlichen Sozialhilfeausgaben je Einwohner ausweisen. Dies dürfte besonders auf folgenden Gründen beruhen:

- Abweichungen in den demographischen Strukturen (z.B. höhere Bevölkerungsanteile über 65-jähriger Personen und von Ausländern, mehr Einpersonenhaushalte in Großstädten);
- geringere Hilfemöglichkeiten durch Angehörige (stärkere Generationsverselbständigung zur „Kernfamilie“ und rückläufige Funktion

der Familie als „Notgemeinschaft“) sowie begrenzte Selbst- und Nachbarschaftshilfe unter großstädtischen Lebensbedingungen;

- engmaschiges und gut erreichbares Angebot an sozialen Diensten, Einrichtungen und Maßnahmen in den Stadtstaaten und anderen Großstädten;
- stärkere Anonymität der Lebensweise: Dadurch entfällt eher als in ländlich-kleinstädtischen Bereichen die „Angstschwelle“ vor der Inanspruchnahme von Sozialhilfe mit der Folge einer geringen „Dunkelziffer“ der Sozialhilfebedürftigkeit;
- erhöhte großstadtspezifische Notwendigkeiten sozialer Hilfe, vor allem für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (u.a. Drogen- und Alkoholmißbrauch, Nichtseßhaftigkeit) sowie für Asylbewerber und Asylanten.

Folgende weitere Schwierigkeiten stehen im Vergleich zwischen Flächen- und Stadtstaaten, teilweise aber auch einem Flächenstaatenvergleich entgegen:

- Die Zuständigkeiten für die Gewährung von Sozialhilfe liegen in den Flächenländern nicht beim Land, sondern teils bei den örtlichen, teils überörtlichen Trägern.
- Die Zuordnung von Hilfen zu den einzelnen Hilfearten ist uneinheitlich, so daß trotz gleicher Hilfeursache Inhalt und Umfang von Leistungen sowie der Einsatz privaten Einkommens und Vermögens voneinander abweichen können;
- den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege wird in unterschiedlicher Weise die Durchführung sozialer Aufgaben übertragen — diese Leistungen werden in der Sozialhilfestatistik nicht erfaßt —, wonach sich jeweils wiederum Art und Höhe der gewährten Zuwendungen richten;
- die Pflegesatzregelungen unterscheiden sich, sodann werden bei der Unterbringung in Einrichtungen teilweise die vollen Kosten übernommen und dann die Eigenanteile als Kostenbeiträge (Einnahmen) eingezogen oder

aber die Eigenanteile a priori von den Sozialhilfeleistungen abgesetzt. Dadurch erhöhen oder vermindern sich die Brutto-Sozialhilfeausgaben;

- besondere landesgesetzliche Regelungen sowie sonstige Sonderleistungen außerhalb des BSHG beeinflussen die jeweilige Landesstatistik der Sozialhilfe.

Im folgenden werden die wichtigsten Eckdaten zur Entwicklung der Sozialhilfe in den Flächenstaaten während des Zeitraums 1970 bis 1985 verglichen.

4.9.1. Empfängerentwicklung

Im Jahre 1985 hatte das Saarland zusammen mit Nordrhein-Westfalen mit 54 Empfängern je 1 000 Einwohner die höchste Sozialhilfeempfängerquote der Flächenstaaten aufzuweisen.

Zwischen 1970 und 1985 hat sich der relativ höchste Empfängerquotenzuwachs mit + 108,0 % in Niedersachsen ergeben, wiederum gefolgt vom Saarland mit einem Zuwachs der Empfängerquote von 107,7 %. Erstaunlicherweise hat Nordrhein-Westfalen, was während der gesamten letzten 15 Jahre die höchste Sozialhilfeempfängerquote verzeichnete, mit 80 % den drittniedrigsten Zuwachs aller Flächenstaaten zu verzeichnen. Unterdurchschnittliche Quotenzuwächse (Bundesschnitt: + 84 %) ergaben sich des weiteren für Bayern (+ 72 %) und Schleswig-Holstein (+ 61 %).

Die absolute Zahl der Empfänger von Sozialhilfe hingegen nahm bundesweit um 88,4 % zu. Während Niedersachsen (+ 110,6 %), Hessen (+ 101,9 %), Baden-Württemberg (+ 97,1 %), Rheinland-Pfalz (96,8 %) und das Saarland (96,1 %) über der absoluten Steigerung der Empfängerzahlen von 1970 bis 1985 lagen, verzeichneten Bayern (+ 78,5 %) und Schleswig-Holstein (+ 72,1 %) die niedrigsten Zuwachsraten.

4.9.1.1. Hilfe zum Lebensunterhalt

Die Empfängerzahlen erhöhten sich im Saarland

Sozialhilfeempfänger 1970 und 1985

Land	Jahr	Empfänger von Sozialhilfe ¹⁾			Hilfearten ²⁾			
		Insgesamt	Veränderung in %	Anteil an der Bevölkerung je 1 000 Einwohner ³⁾	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	Veränderung in %	Hilfe in besonderen Lebenslagen	Veränderung in %
SAARLAND	1970	28 700		26	19 100		14 200	
	1985	56 265	+ 96,1	54	41 532	+ 117,4	21 560	+ 51,8
Schleswig-Holstein	1970	69 000		28	32 700		43 800	
	1985	118 712	+ 72,1	45	84 813	+ 159,4	45 617	+ 0,7
Niedersachsen	1970	179 300		25	81 700		122 000	
	1985	377 542	+ 110,6	52	267 969	+ 228,0	157 038	+ 28,7
Nordrhein-Westfalen	1970	501 900		30	250 100		329 600	
	1985	907 755	+ 80,9	54	695 508	+ 178,1	353 736	+ 7,3
Hessen	1970	121 700		23	61 800		76 300	
	1985	245 662	+ 101,9	44	179 310	+ 190,1	87 031	+ 14,1
Rheinland-Pfalz	1970	69 400		19	34 900		45 700	
	1985	136 560	+ 96,8	38	95 514	+ 173,7	53 419	+ 16,9
Baden-Württemberg	1970	141 600		16	64 300		95 400	
	1985	279 076	+ 97,1	30	192 567	+ 199,5	111 494	+ 16,9
Bayern	1970	190 400		18	92 300		122 400	
	1985	339 767	+ 78,5	31	219 677	+ 138,0	156 263	+ 27,7
Bundesgebiet⁴⁾	1970	1 491 000		25	748 900		965 100	
	1985	2 808 272	+ 88,4	46	2 058 474	+ 174,9	1 104 312	+ 14,4

1) Ohne Mehrfachzählungen. - 2) Personen, die Hilfe verschiedener Art erhielten, wurden bei jeder Hilfeart gezählt. - 3) Bevölkerungsstand: Durchschnitt der Jahres. - 4) einschl. Stadtstaaten.

von 19 139 im Jahre 1970 auf 41 532 im Jahre 1985, also um 117,4 %. Gerade diese Hilfeart hatte bundesweit die höchsten Zuwächse seit 1970 zu verzeichnen, und zwar im Bundesdurchschnitt von + 174,9 %. In Niedersachsen (+ 228 %), Baden-Württemberg (+ 199,5 %), Hessen (+ 190,1 %) und Nordrhein-Westfalen (+ 178,1 %) wurde dieser mittlere Zuwachswert erheblich überschritten. Selbst Bayern hatte mit einem Empfängerzuwachs von + 138,0 % in 15 Jahren noch wesentlich größere Steigerungsraten als das Saarland, das mit 117,4 % den mit Abstand geringsten Empfängerzuwachs aller Flächenstaaten verzeichnete.

4.9.1.2. Hilfen in besonderen Lebenslagen

Während die Empfängerentwicklung der Hilfe zum Lebensunterhalt im Bundesdurchschnitt in den letzten 15 Jahren mit einer Steigerung um fast das dreifache recht rasant verlief, erhöhten sich die Empfängerzahlen der Hilfen in besonderen Lebenslagen im Schnitt nur um 14,5 %. Während sich die Steigerungsraten der Flächenstaaten zwischen 0,7 % (Schleswig-Holstein) und 28,7 % (Niedersachsen) be-

wegten, verzeichnete das Saarland eine außergewöhnlich hohe Steigerungsrate von + 51,8 % der Hilfeempfänger.

Daß das Saarland bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen die höchste Steigerungsrate aller Flächenländer und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt während des Berichtszeitraumes 1970 bis 1985 einnimmt, gibt einen Hinweis auf die vergleichsweise gute Ausstattung des Saarlandes mit sozialen Einrichtungen (Behinderten-Heime, Werkstätten für Behinderte, moderne Alten- und Pflegeheime u.a.m.), deren Kosten die Möglichkeiten des einzelnen oft übersteigen. Die Fallzahlenentwicklung bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen außerhalb von Einrichtungen ist im Saarland neben dem sozialpolitisch gewollten Ausbau der ambulanten-pflegerischen Dienste auf eine Vielzahl kleinerer Leistungen (z.B. Telefonhilfen, Taxipauschalen) zurückzuführen.

4.9.2. Ausgabenentwicklung

Höhe und Entwicklung der jährlichen Bruttogebühren sind — insbesondere bei der Hilfe

Sozialhilfeleistungen 1970 und 1985

Land	Jahr	Aufwand für Sozialhilfe			Hilfe zum Lebensunterhalt		Hilfe in besonderen Lebenslagen	
		insgesamt		je Einw. ¹⁾	Mio. DM	Veränderung in %	Mio. DM	Veränderung in %
		Mio. DM	Veränderung in %	DM				
SAARLAND	1970	59,1	+ 529,3	52,44	26,5	+ 565,7	32,6	+ 499,7
	1985	371,9		354,78	176,4		195,5	
Schleswig-Holstein	1970	148,4	+ 577,3	57,83	49,3	+ 694,5	99,2	+ 523,0
	1985	1 005,1		384,45	391,7		618,0	
Niedersachsen	1970	369,7	+ 616,6	51,88	118,7	+ 739,6	251,0	+ 558,4
	1985	2 649,2		367,70	996,6		1 652,6	
Nordrhein-Westfalen	1970	1 106,8	+ 502,8	64,32	380,5	+ 630,2	726,3	+ 436,1
	1985	6 672,2		399,86	2 778,5		3 893,7	
Hessen	1970	311,5	+ 481,1	57,04	107,4	+ 577,3	204,1	+ 430,5
	1985	1 810,2		327,25	727,4		1 082,8	
Rheinland-Pfalz	1970	161,6	+ 476,0	43,86	52,2	+ 529,5	109,3	+ 451,0
	1985	930,8		257,16	328,6		602,2	
Baden-Württemberg	1970	338,8	+ 546,1	37,66	87,0	+ 675,4	251,7	+ 502,0
	1985	2 189,9		236,64	674,6		1 515,3	
Bayern	1970	385,4	+ 500,3	36,21	130,8	+ 474,2	254,6	+ 513,7
	1985	2 313,6		211,04	751,0		1 562,6	
Bundesgebiet ²⁾	1970	3 335,1	+ 524,4	54,22	1 180,6	+ 579,7	2 154,5	+ 494,1
	1985	20 823,6		341,24	8 024,6		12 799,1	

1) Bevölkerungsstand im Jahresdurchschnitt.- 2) Einschließlich Stadtstaaten.

zum Lebensunterhalt — wesentlich von der Empfängerzahl bestimmt; bei den Ausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen sind zusätzlich u.a. die Personalkostenentwicklung sowie auch sozialpolitisch gewollte Verbesserungen der Angebote von kostenmäßiger Bedeutung.

Spitzenreiter unter den Flächenstaaten ist Nordrhein-Westfalen mit Gesamt-Bruttoausgaben von 6,7 Mrd. DM im Jahre 1985, während Bayern im Verhältnis dazu nur etwas mehr als ein Drittel (34,7 % oder 2,3 Mrd. DM) davon aufwenden mußte. Hinsichtlich der durchschnittlichen Ausgaben je Einwohner lag das Saarland 1985 mit 354,78 DM an vierter Stelle der Flächenländer nach Nordrhein-Westfalen (399,86 DM), Schleswig-Holstein (384,45 DM) und Niedersachsen (367,70 DM). Den niedrigsten Sozialhilfeaufwand je Einwohner verzeichneten Bayern (211,04 DM) und Baden-Württemberg (236,64 DM). Über der bundesdurchschnittlichen Steigerungsrate von 524,4 % von 1970 bis 1985 lagen die Länder Niedersachsen (+ 616,6 %), Schleswig-Holstein (+ 577,3 %), Baden-Württemberg (+ 546,4 %) und das Saarland (+ 529,3 %), die „niedrigsten“ Zuwächse verzeichneten Rheinland-Pfalz

(+ 476,0 %), Hessen (+ 481,1 %) und Nordrhein-Westfalen (+ 502,8 %). Mit einer Ausgabensteigerung von + 529,3 % in 15 Jahren nahm das Saarland eine mittlere Position unter den Flächenstaaten ein und lag mit seiner Steigerungsrate knapp über dem Bundesmittel.

4.9.2.1. Hilfe zum Lebensunterhalt

Werden die Steigerungsraten der Gesamt-Bruttoausgaben der Flächenstaaten für die Hilfe zum Lebensunterhalt zwischen 1970 und 1985 verglichen, so nimmt das Saarland (+ 565,7 %) ebenfalls eine mittlere Position ein, die noch klar unter dem Bundesdurchschnitt (+ 579,7 %) lag. Die höchsten Steigerungsraten verzeichneten Niedersachsen (+ 739,6 %), Schleswig-Holstein (+ 694,5 %) und Baden-Württemberg (+ 675,4 %), die niedrigsten dagegen wiederum Bayern (+ 474,2 %) und Rheinland-Pfalz (+ 529,5 %).

4.9.2.2. Hilfen in besonderen Lebenslagen

Während in allen Flächenstaaten und überhaupt auch bundesdurchschnittlich die Steigerungsra-

ten bei der Hilfe zum Lebensunterhalt im Mittel höher lagen als bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen, so war dies in den letzten 15 Jahren in Bayern genau umgekehrt. In Bayern betragen die Ausgabensteigerungen + 474,2 % (Hilfe zum Lebensunterhalt) bzw. + 513,8 % (Hilfen in besonderen Lebenslagen); im Saarland (+ 565,7 % bzw. 499,7 %) war wie im Bundesdurchschnitt die Steigerungsrate der Hilfe zum Lebensunterhalt (+ 579,7 %) größer als die der Hilfen in besonderen Lebenslagen (+ 494,1 %). Andererseits lag der Anteil der Hilfe in besonderen Lebenslagen an den Brutto-Gesamthilfeausgaben 1985 im Bundesmittel mit 61,5 % wesentlich höher als die entsprechende Quote im Saarland mit 52,6 %, was für den Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt vice versa gilt.

5. Fazit

Als Ergebnis der Sozialhilfe-Trendbetrachtung kann festgehalten werden, daß das Saarland im Vergleich zu den anderen Flächenstaaten alles in allem eine mittlere Position einnimmt. Mit 354,78 DM Sozialhilfeausgaben je Einwohner lag es 1985 dennoch leicht über dem Bundesdurchschnitt von 341,24 DM je Einwohner. Mit einer Ausgabensteigerung von 529,3 % von 1970 bis 1985 stand das Saarland klar hinter Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg an vierter Stelle, bewegte sich aber damit über der bundesdurchschnittlichen Steigerungsrate von + 524,4 %. Die Zunahme der Empfängerzahlen bis 1985 (+ 96,1 %) lag ebenfalls über dem Bundesmittel von + 88,4 %. Auch hier hatten vier andere Bundesländer (Niedersachsen + 110,6 %, Hessen + 101,9 %, Baden-Württemberg + 97,1 % und Rheinland - Pfalz + 96,8 %) wesentlich stärkere Empfängerzuwüchse zu verzeichnen. Während sich die Empfängerzahlen insgesamt fast verdoppelten, war bei den Hilfeempfängern mit ausländischer Staatsangehörigkeit eine Steigerung um das 13-fache festzustellen. Auf die zunehmenden Probleme durch Asylbewerber und Asylanten wurde bereits an früherer Stelle hingewiesen.

Gemessen an den Gesamt-Sozialhilfeausgaben lag der Anteil der Hilfe zum Lebensunterhalt 1985 mit 47,4 % wesentlich höher als die

mittlere Bundesquote von 38,5 %, ein Hinweis auf die möglichen Folgen überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit, die zusehends von der Sozialhilfe aufgefangen werden muß. Für diese These spricht allein schon die Betrachtung der Altersstrukturentwicklung: Während im Jahr 1970 ein Drittel der Sozialhilfeempfänger über 60 Jahre alt war, reduzierte sich diese Quote 1985 nunmehr auf knapp ein Fünftel (17,9 %). Umgekehrt standen 1970 nur ein Drittel der Hilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter, jetzt dagegen sind es über die Hälfte (51,6 %).

Mit diesem Anstieg der Personenquote im erwerbsfähigen Alter einher ging eine Reduzierung des Frauenanteils. Besonders gravierend war, daß sich der Anteil junger Menschen unter 25 Jahren an Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt im Berichtszeitraum ständig erhöhte, obwohl ihr Anteil an der saarländischen Bevölkerung insgesamt gesunken ist. Hier kann zu Recht die Beschäftigungskrise als unmittelbare oder mittelbare (Kinder arbeitsloser Eltern) Hauptursache angesehen werden. 1985 mußten 56 265 Menschen im Saarland Sozialhilfe in Anspruch nehmen, 41 532 erhielten laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. 1970 waren wesentlich weniger Menschen auf Sozialhilfe angewiesen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger betrug 28 742, davon 19 139, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen. Der Sozialhilfeaufwand betrug damals 59 Mio. DM. Er ist im Durchschnitt des Zeitraums von 1970 bis 1985 Jahr für Jahr um rund 13 % gestiegen.

Diese Entwicklung, die nicht mit einer zu großzügigen Ausdehnung des Sozialhilfeniveaus erklärt werden kann — die Sozialhilfeansätze sind seit 1970 im Jahresdurchschnitt lediglich um 2 % stärker als der allgemeine Wohlstand gestiegen —, signalisiert nur die Spitze des Eisbergs. Viele Saarländer nehmen Sozialhilfe nicht in Anspruch, auch wenn sie dies rechtlich könnten. Die Gründe sind in Umfragen deutlich geworden und wurden an früherer Stelle bereits beschrieben. Neben Informationslücken spielen psychologische Hemmnisse, die sogenannte verschämte Armut, eine erhebliche Rolle. Besonders von den Vollberufstätigen unter der Armutsgrenze wird die Sozialhilfe in den häufigsten Fällen aus diesem Grunde nicht in Anspruch genommen. Ein weiterer Grund ist die Furcht, daß die Sozial-

hilfeträger unterhaltspflichtige Verwandte, insbesondere Kinder, in Anspruch nehmen könnten.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über das Thema „Armut“ wurde die Auffassung vertreten, das Sozialhilfeniveau sei zu hoch. Diese Auffassung ist irrig. So mußten besonders sparsame vierköpfige Haushalte mit mittlerem Arbeitnehmerinkommen in der Bundesrepublik Deutschland nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes bereits vor zehn Jahren pro Monat 450,— DM mehr ausgeben, als einem Haushalt von der Sozialhilfe zugebilligt wurde. Das Neue des heutigen Armutproblems offenbart sich bei einer Analyse der Struktur der Armen. Außer den Erwerbslosen sind alte Menschen und kinderreiche Familien überproportional unter den Armen anzutreffen. Auch zeigten die statistischen Analysen, daß besonders häufig solche Familien unter den Armen zu finden sind, in denen eine Frau Haushaltsvorstand ist. Neben der Arbeitslosigkeit sind weibliches Geschlecht, Alter und Kinderreichtum nach wie vor die Merkmale der Armut. Und das gilt unabhängig von der Stellung im Produktionsprozeß. Kein Bürger im Saarland ist heute deshalb arm, nur weil er Arbeiter ist, sondern er ist z.B. arm, wenn er Arbeiter ist und Kinder hat oder alt geworden ist oder unter die Leichtlohngruppen fällt oder als alleinstehende Frau noch für Kinder aufkommen muß.

Wie die Analyse der Entwicklung der Sozialhilfe im Saarland und in der übrigen Bundesrepublik Deutschland gezeigt hat, existiert Armut in unserer Gesellschaft, ja sie nimmt sogar zu, wenn auch oft verschämt und versteckt. Die Zahl der Personen, deren Einkommen unter den Bedarfssätzen der Sozialhilfe liegen, ist sicherlich beträchtlich größer als die Zahl der Empfänger, die tatsächlich laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten.

In der sozialpolitischen Diskussion stellt sich immer wieder die Frage: Was heißt „arm“? Als „arm“ werden diejenigen angesehen, die über ein geringeres Einkommen verfügen als ihnen nach dem Bundessozialhilfegesetz als notwendiger Lebensunterhalt von der Gesellschaft eigentlich zugebilligt wird. Im Jahr 1985 waren das z.B. 466,80 DM/Monat für einen Rentner oder 1 245 DM/Monat für ein

Ehepaar mit zwei Kindern (acht und zwölf Jahre alt).

Nun ist klar, daß die Zahl der „Armen“ um so größer ist, je höher das „Armutsniveau“ angesetzt wird. Die „Armen“ des 19. Jahrhunderts oder auch der Entwicklungsländer wären froh, wenn sie über das Einkommen unserer Armen verfügten. Bei uns muß keiner verhungern. Jede Armutdefinition muß jedoch relativ sein, bezogen auf die jeweilige Gesellschaft. Unsere Armen sind nicht in Indien und nicht in Afrika, sie sind auch nicht im 19. Jahrhundert arm, sie sind es hier und jetzt, in der Bundesrepublik Deutschland, im Saarland, am Ende des 20. Jahrhunderts, und ihre eigene Sprachlosigkeit darf nicht dazu führen, daß sie der öffentlichen Aufmerksamkeit entzogen werden, ohne die sich in einer Massendemokratie nicht viel bewegt.

Die Analyse der Sozialhilfe-Entwicklung im Saarland hat aber durchaus auch positive Trends kenntlich gemacht. So sprechen die überdurchschnittlichen Steigerungsraten der Hilfen in besonderen Lebenslagen (Saarland: + 42,7 % Empfängerzuwachs in 15 Jahren, Bundesdurchschnitt: + 8,5 %) dafür, daß der Auf- und Ausbau von sozialen Diensten insbesondere in den letzten 15 Jahren stark forciert worden ist. In dieser Ausgabengruppe steht etwa die Hilfe zur Pflege an erster Stelle, diese entfällt zu gut vier Fünfteln auf Leistungen in Einrichtungen. Der Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Sozialstationen und die Bildung von Selbsthilfegruppen sind andere Beispiele gelungener Sozialpolitik, die eine Verlagerung der Leistungen auf Bereiche außerhalb von Einrichtungen im Auge hat und auf Dauer kostengünstiger sein dürfte. Die Maßnahmen im Bereich der Landesbehindertenpläne bilden weitere Beispiele für positive Ansätze zur Lösung der neuen sozialen Probleme.

Die seit Beginn der siebziger Jahre stark wachsenden Ausgaben- und Empfängerzahlen wie auch aktuelle Sparmaßnahmen bei den öffentlichen Haushalten im Bereich sozialer Leistungsgesetze haben die Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz mit in den Mittelpunkt mehr oder minder kontroverser sozial- und finanzpolitischer Diskussion gerückt, die über den engen Kreis von Fachleuten weit hinaus-

geht. Das überproportionale Wachstum der Sozialhilfeausgaben drückt sich im Saarland schon darin aus, daß sie 1984 (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) einen Anteil von 7,4 % aller laufenden Ausgaben (also des Verwaltungshaushaltes) des Saarlandes (Land + Kommunen) erreichten gegenüber erst 3,3 % im Jahr 1970.

Die vorliegende Untersuchung zur Entwicklung der Sozialhilfe in den letzten fünfzehn Jahren verfolgte den Zweck,

- die maßgeblichen Gründe, Zusammenhänge und Abhängigkeiten für die Expansion der Sozialhilfeaufwendungen aufzuzeigen,
- die Grundlagen für Planungs- und Prognosemöglichkeiten im Bereich der Sozialhilfe zu verbessern und insgesamt
- einen Beitrag zur Versachlichung der oftmals nur einseitig unter Gesichtspunkten von „Überversorgung“, Leistungseinschränkungen und Einsparungen und damit dem Sozialstaatsgebot zu wenig angemessen geführten Diskussionen um die Sozialhilfe zu leisten.

Sollte diese Veröffentlichung dazu angeregt haben, sich mit sozialpolitischen Fragen zu beschäftigen, wo bisher wenig Interesse und oft noch weniger Verständnis für diese Materie anzutreffen war, so hätte sie ihr Ziel erreicht. Denn: In den zu erwartenden harten Auseinandersetzungen der nächsten Jahre wird der Sachverstand der kleinen Gruppe sozialpolitischer Profis allein nicht genügen!

Gottfried Backes, M.A.

Literaturverzeichnis

- 1) Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe, Hamburg in Zahlen, Hrsg. Statistisches Landesamt, 5/86
- 2) Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe, Hrsg.: Stadt Essen 1985
- 3) Behindertenplan für das Saarland, Hrsg. Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung, Saarbrücken Oktober 1981
- 4) Bericht an die Regierung des Saarlandes, Arbeitskammer des Saarlandes, Saarbrücken 1985 und 1986.
- 5) Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom 30. Juni 1961 (BGBl. I S. 815; GVBl. S. 889).
- 6) Eichler, U.: Sozialhilfe in Berlin (West) 1963 bis 1983 in „Berliner Statistik“, Monatsschrift des Statistischen Landesamtes Berlin, Heft 8/1984
- 7) Empfänger von Sozialhilfe 1983, Staat und Wirtschaft in Hessen 5/85, Hrsg.: Hess. Stat. Landesamt
- 8) Entwicklung und Beeinflußbarkeit der Sozialhilfe in Hamburg, Hrsg. Staatliche Pressestelle, Hamburg 1982
- 9) Geißler H., Die neue soziale Frage, Herder-Verlag, Freiburg 1976
- 10) Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49; GVBl. S. 186); geändert durch Artikel 19 des 1. Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294; GVBl. S. 571).
- 11) Gesetz über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte und zur Stabilisierung der Finanzentwicklung in der Rentenversicherung sowie die Verlängerung der Investitionshilfeabgabe (Haushaltsbegleitgesetz 1984) vom 22.12. 1983 (BGBl. I S. 1532).
- 12) Glombik, M., Lückenbüßer der sozialen Sicherheit, –Wochenzeitung DAS PARLAMENT 24/25, Bonn 1986

- 13) Gottschick, PH.; Giese, D.: Das Bundessozialhilfegesetz, Kommentar 6. Auflage
- 14) Grenzen des Sozialstaates in ökonomischer und ordnungspolitischer Sicht, DIV-Köln 1977
- 15) Hauser R.: Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung In der BRD, Campus-Verlag, Frankfurt/New York 1981
- 16) Klauberg F.: Armut und ökonomische Ungleichheit in der BRD, Campus-Verlag, Frankfurt/New York 1981
- 17) Kritische Bilanz des Sozialstaates, DIV-Köln 1984
- 18) Schellhorn/Jiransek/Seipp: Das Bundessozialhilfegesetz – Ein Kommentar für Ausbildung, Praxis und Wissenschaft; Luchterhand-Verlag, Neuwied/Darmstadt 1984
- 19) Sozialhilfe, Hrsg.: Arbeitskammer des Saarlandes, Saarbrücken 1986
- 20) Sozialhilfe im Saarland – Einnahmen/Ausgaben und Empfänger, Statistische Berichte K/1 – j. Hrsg. Statistisches Amt des Saarlandes, Saarbrücken 1970 – 1985
- 21) Sozialhilfe in Bayern 1980 – 1984, Bayern in Zahlen, Hrsg.: Bayerisches Stat. Landesamt, München 1986
- 22) Sozialhilfe in Hessen 1970 bis 1980, Staat und Wirtschaft 1/82, Hrsg.: Hess. Stat. Landesamt 1982
- 23) Sozialhilfeaufwand 1984, Wirtschaft und Statistik, Hrsg.: Statistisches Bundesamt 12/1985
- 24) Sozialhilfeausgaben aufgrund von Arbeitslosigkeit, Hrsg. DIW-Wochenbericht 27/86, Berlin 1986
- 25) Sozialhilfebedürftigkeit und „Dunkelziffer der Armut“, Band 98, BM für Jugend, Familie und Gesundheit, Kohlhammer Mainz 1981
- 26) Sozialhilfeempfänger 1984, Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Hrsg. Statistisches Landesamt, Stuttgart 1986
- 27) Sozialhilfeempfänger 1979 – 1983, Hamburg in Zahlen 2/85, Hrsg. Statistisches Landesamt Hamburg
- 28) Sozialleistungen, Fachserie 13 des Statistischen Bundesamtes Kohlhammer-Verlag Mainz 1975 – 1986
- 29) Sozialhilfestatistik – ein Armutsindikator, Berliner Statistik 11/85, Hrsg. Statistisches Landesamt Berlin 1985
- 30) Sozialleistungen 1980, Wirtschaft und Statistik 4/82, Hrsg.: Stat. Bundesamt
- 31) Strasser J., Grenzen des Sozialstaates, Europ. Verlagsanstalt Köln/Frankfurt 1983
- 32) Zweimal deutsche Sozialpolitik, Hrsg. DIW, Berlin 1978, Dunker & Humblot

Zahlenspiegel für das Saarland

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985			1986				
		Monats- durchschnitt	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1 051,6	1 048,3	1 048,0	1 047,6	1 047,4	1 043,4
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	591	580	739	929	600	767	712	950	663
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,7	6,6	8,3	10,4	7,0	8,9
* Lebendgeborene	Anzahl	808	817	975	785	880	882	939	920	946
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,2	9,3	11,0	8,8	10,2	10,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 032	1 064	1 066	952	1 090	1 030	951	963	1 049
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,7	12,2	12,0	10,7	12,7	12,0
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	9	8	9	4	12	8	7	5	9
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	10,4	10,1	11,0	4,9	14,3	9,4 ^P	7,7 ^P	5,5 ^P	10,0 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 224	- 247	- 91	- 167	- 210	- 148	- 12	- 43	- 103
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,6	- 2,8	- 1,0	- 1,9	- 2,4	- 1,7
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	1 433	1 233	1 447	1 296	1 614	1 180
Ausländer	Anzahl	401	435	545	359	622	441
Erwerbspersonen	Anzahl	551	401	414	423	552	289
* Fortgezogene	Anzahl	1 372	1 394	1 646	1 526	1 660	1 359
Ausländer	Anzahl	402	358	410	326	420	299
Erwerbspersonen	Anzahl	495	579	630	614	670	535
* Wanderungssaldo	Anzahl	+ 61	- 161	- 199	- 230	- 46	- 179
Ausländer	Anzahl	- 1	+ 77	+ 135	+ 33	+ 202	+ 142
Erwerbspersonen	Anzahl	+ 56	- 178	- 216	- 191	- 118	- 246
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 616	2 468	2 865	2 752	2 787	2 545
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	51 435	53 460	53 839	52 763	51 408	52 815	52 925	51 968	50 473
* Männer	Anzahl	31 379	32 665	32 058	31 321	30 339	31 538	31 263	30 637	29 713
Arbeitslosenquote	%	12,7	13,4	13,4	13,1	12,9	13,2	13,2	13,0	12,6
Kurzarbeiter	Anzahl	11 489	5 437	1 639	1 375	2 176	3 139	2 133	3 819	5 434
Männer	Anzahl	10 730	4 758	1 452	1 215	1 888	2 973	1 860	3 637	5 145
Offene Stellen	Anzahl	1 044	1 464	1 795	1 634	1 886	2 325	2 243	2 185	2 211
Landwirtschaft										
Viehbestand¹⁾										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	71,3	72,7	-	-	-	71,1	-	-	-
Milchkühe	1 000	24,5	23,5	-	-	-	23,8	-	-	-
Schweine	1 000	44,0	46,7	-	47,5	-	-	-	47,3	-
Schlachtungen										
* Rinder	Anzahl	2 486	2 597	2 431	2 354	2 573	2 240	2 479	2 615	2 891
* Kälber	Anzahl	48	42	37	33	30	41	34	24	24
* Schweine	Anzahl	7 295	6 962	7 278	6 610	7 196	7 247	6 161	6 218	7 104
Schlachtmengen										
* Rinder	t	1 341	1 360	1 365	1 268	1 364	1 309	1 304	1 347	1 485
* Kälber	t	4	4	4	3	3	3	4	2	3
* Schweine	t	587	571	598	536	581	600	515	536	585
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	9,3	9,3	10,0	10,0	9,4	10,3	10,3	10,2	9,6
* an Molkereien und Händler geliefert	%	89,2	88,8	89,3	87,3	85,2	92,4	93,1	88,0	87,7
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,0	12,4	13,2	13,2	12,8	14,5	14,1	14,0	13,6

1) In den Monaten mit "-" findet keine Zählung der betreffenden Viehart statt.

Zahlenspiegel für das Saarland

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985			1986				
		Monats- durchschnitt	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
Betriebe	Anzahl	580	586	585	585	583	583	581	581	
* Beschäftigte	1 000	140	140	140	142	139	140	141	140	
* Arbeiter ²⁾	1 000	109	109	110	111	109	110	110	110	
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	14 809	14 758	13 967	13 816	15 300	14 372	12 907	14 348	15 409
Löhne und Gehälter	Mio. DM	459	479	483	469	456	503	502	466	465
* Löhne	Mio. DM	320	338	342	334	322	348	358	329	327
* Gehälter	Mio. DM	139	141	141	135	134	155	144	137	138
* Kohleverbrauch	1000tSKE ³⁾	438	447	.	.	352	403	.	.	320
* Gasverbrauch ⁴⁾	Mio. cbm	70	77	.	.	72	69	.	.	62
* Heizölverbrauch	1 000 t	15	11	.	.	6	13	.	.	11
* leichtes Heizöl	1 000 t	4	4
* schweres Heizöl	1 000 t	11	7
* Stromverbrauch	Mio. kWh	392	407	372	365	400	391	338	383	394
* Stromerzeugung	Mio. kWh	530	521	332	279	385	458	382	373	403
* Umsatz aus eigener Erzeugung	Mio. DM	1 940	2 106	1 934	1 773	2 194	2 134	1 788	1 940	2 263
* Auslandsumsatz	Mio. DM	684	738	604	603	769	703	536	574	713
Auftragseingang insgesamt ⁵⁾	1980 = 100	115,0	116,9	116,6	101,4	121,5	105,6	107,2	132,9	113,6
aus dem Ausland	1980 = 100	119,4	119,5	114,0	100,7	124,2	94,2	94,6	134,0	108,1
Index der Nettoproduktion⁶⁾ im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe										
Bergbau	1980 = 100	101,1	103,8	115,4	106,2	99,7	91,5	105,3	98,4	107,6
* Grundstoff- und Produktionsgütergew. Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	101,8	103,3	106,4	80,0	110,8	103,7	86,1	98,9	114,4
Eisenschaffende Industrie	1980 = 100	85,0	82,2	119,0	103,9	103,0	101,8	107,1	93,4	95,6
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	102,4	112,9	114,6	82,9	120,5	110,5	83,9	109,1	120,2
Fahrzeugbau	1980 = 100	104,8	113,9	106,0	104,7	118,6	122,0	96,5	111,3	127,0
Maschinenbau	1980 = 100	143,6	152,5	116,2	143,9	157,8	173,1	112,8	150,2	177,8
Stahlbau	1980 = 100	83,5	94,5	118,2	79,5	92,9	94,6	88,4	91,3	89,1
* Verbrauchsgüter produzierendes Gew.	1980 = 100	68,9	76,5	79,3	83,5	81,1	74,6	72,0	77,8	81,8
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980 = 100	92,3	89,0	85,3	80,5	97,6	82,7	84,5	79,8	94,7
1980 = 100	1980 = 100	102,3	99,6	102,3	100,0	101,6	97,3	105,9	102,3	99,7
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohleförderung	1 000 t	854	893	1 010	926	843	782	919	851	919
Roheisen	1 000 t	331	355	359	303	376	331	251	313	302
Rohstahl	1 000 t	365	389	379	308	425	366	257	364	338
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	267	294	287	219	315	295	210	284	307
Handwerk⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	1976 = 100	104,5	101,1	—	—	103,4	97,0	—	—	99,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1976 = 100	140,0	135,8	—	—	140,6	145,8	—	—	150,4
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	1 069	1 046	776	509	643	829	704	681	1 018
* Stromverbrauch	Mio. kWh	746	740	637	597	657	649	605	639	688
* Gaserzeugung	Mio. cbm	66	75	74	75	75	68	67	67	67
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	18 580	17 006	17 287	17 407	17 219	15 788	16 023	16 201	16 074
dar.: Facharbeiter	Anzahl	9 727	8 864	9 086	9 073	8 988	8 403	8 612	8 592	8 564
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 978	1 713	2 166	2 038	2 127	1 900	2 000	1 939	2 096
* Wohnungsbau	1 000	709	536	662	633	649	566	563	566	609
* Gewerblicher und industrieller Bau ⁸⁾	1 000	504	444	583	545	549	481	569	551	598
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	765	733	921	860	929	853	868	822	889
Hochbau	1 000	156	167	189	173	189	163	171	156	172
Tiefbau	1 000	609	566	732	687	740	690	697	666	717
Löhne und Gehälter	Mio. DM	52,6	46,9	53,3	51,1	51,4	46,9	51,8	48,2	49,2
* Löhne	Mio. DM	42,7	37,5	43,6	42,2	42,2	38,3	43,1	39,7	40,7
* Gehälter	Mio. DM	9,9	9,4	9,7	8,9	9,2	8,6	8,7	8,5	8,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. DM	149,2	129,1	162,6	140,2	148,7	145,4	147,2	158,2	166,1
Auftragseingang ¹⁾	Mio. DM	104,2	92,1	96,9	94,9	104,7	110,1	147,1	94,3	88,3
Wohnungsbau	Mio. DM	30,2	21,6	21,2	17,7	29,8	28,6	11,8	13,7	10,6
Gewerblicher und industrieller Bau ⁸⁾	Mio. DM	28,5	25,2	29,8	31,4	28,6	33,3	55,3	28,2	28,6
Öffentlicher und Verkehrsbau	Mio. DM	45,5	45,3	45,9	45,8	46,3	48,2	80,0	52,4	49,1

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.- 2) Einschl. gewerblich Auszubildender.- 3) Eine Tonne Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,3 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle.- 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/Nm³.- 5) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.- 6) Kalendermonatlich.- 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.- 8) Einschl. landwirtschaftlicher Bau.- p) Vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel für das Saarland

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985			1986				
		Monats- durchschnitt	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	161	124	138	135	121	155	174	178	102
* mit 1 Wohnung	Anzahl	100	83	91	99	75	105	134	129	75
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	48	36	42	34	44	44	36	45	24
* mit 3 und mehr Wohnungen ¹⁾	Anzahl	12	5	5	2	2	6	4	4	3
* Umbauter Raum	1 000 cbm	191	137	152	136	123	182	177	175	117
* Wohnfläche	1 000 qm	29,0	19,8	21,9	19,9	18,4	28,0	25,2	26,1	15,1
Wohnräume	Anzahl	1 381	952	1 036	936	884	1 336	1 175	1 280	789
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mio. DM	58,3	42,7	44,5	41,9	38,1	55,6	54,3	51,5	42,1
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	24	23	25	34	28	28	29	24	24
* Umbauter Raum	1 000 cbm	115	121	142	167	87	107	103	49	85
* Nutzfläche	1 000 qm	19,5	18,9	22,0	24,4	12,5	14,0	19,0	9,4	13,5
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mio. DM	26,4	19,9	25,5	19,1	18,8	27,9	16,5	10,4	19,8
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	355	233	261	226	232	334	285	266	186
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mio. DM	753,6	798,0	785,6	652,1	837,0	814,0	663,3	588,5	788,8
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mio. DM	15,3	15,8	14,0	15,6	20,3	15,7	13,3	12,2	18,9
* Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	738,3	782,2	771,6	636,5	816,6	798,3	650,0	576,3	770,0
* Rohstoffe	Mio. DM	23,6	14,2	21,7	17,2	18,3	15,7	16,0	5,8	12,4
* Halbwaren	Mio. DM	72,9	66,9	79,4	47,8	65,0	43,4	35,0	20,5	38,7
* Fertigwaren	Mio. DM	641,9	701,0	670,6	571,5	733,3	739,1	599,0	550,0	718,9
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mio. DM	525,8	553,4	510,5	414,5	592,6	578,7	416,4	334,5	546,9
darunter:										
* Frankreich	Mio. DM	242,7	245,5	259,2	201,4	298,8	220,3	199,2	133,5	239,5
* EFTA-Länder	Mio. DM	82,2	92,7	89,2	78,9	96,6	109,7	73,7	144,6	134,0
* USA und Kanada	Mio. DM	26,7	31,3	21,7	35,3	40,1	22,8	19,1	18,8	21,8
* Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mio. DM	51,6	50,0	66,7	52,1	40,9	38,5	39,8	20,8	35,8
* Staatshandelsländer	Mio. DM	43,6	50,5	79,2	59,8	48,9	52,1	104,9	62,3	38,7
Einfuhr (Spezialhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mio. DM	471,5	482,5	493,9	406,3	432,1	420,7	426,9	349,7	377,4
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mio. DM	78,2	80,3	70,4	74,1	75,3	82,4	76,6	78,0	75,0
* Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	393,3	402,3	423,6	332,3	356,9	338,4	350,3	271,7	302,5
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mio. DM	313,4	318,3	348,6	263,0	336,2	334,3	343,0	270,0	308,1
darunter:										
* Frankreich	Mio. DM	235,4	234,5	256,0	181,9	240,8	251,1	260,2	200,4	240,4
* EFTA-Länder	Mio. DM	11,5	14,0	14,9	12,6	15,1	109,7	11,5	12,1	13,6
* USA und Kanada	Mio. DM	17,5	18,2	16,0	8,2	20,6	13,7	9,9	11,2	12,6
* Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mio. DM	83,2	94,5	83,1	97,9	26,1	41,8	46,8	37,4	25,0
* Staatshandelsländer	Mio. DM	30,9	18,4	6,2	2,8	13,1	2,5	3,1	2,0	2,9
Einzelhandel										
Nominale Umsatzentwicklung insgesamt	1980 = 100	112,9	115,5	116,0	111,0	106,9	110,0	116,5	107,4	112,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	111,2	109,9	110,0	110,2	100,6	107,0	119,5	116,6	115,8
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1980 = 100	100,6	102,6	96,1	77,6	91,7	88,2	87,6	77,9	103,0
Einrichtungsgegenstände (ohne Elektrotechn. usw.)	1980 = 100	100,3	100,2	96,5	86,1	94,6	98,2	99,3	87,4	105,7
Elektrotechn. Erzeugnisse, Musikinstrumente usw.	1980 = 100	119,4	119,1	103,7	107,3	120,1	127,7	130,5	141,1	126,6
Papierwaren, Druckerzeugnisse, Büromaschinen	1980 = 100	102,5	111,8	114,4	138,3	112,5	102,1	116,3	135,9	114,7
Pharmazeutische, kosmetische und medizinische Erzeugnisse usw.	1980 = 100	117,1	121,3	124,5	113,7	114,8	122,8	120,8	116,3	120,9
Kraft- und Schmierstoffe (Tankstelle)	1980 = 100	132,9	140,9	147,4	133,7	119,7	122,8	112,6	92,7	101,1
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -reifen	1980 = 100	110,5	119,9	120,9	101,8	106,8	141,9	150,1	112,1	125,7
Sonstige Waren	1980 = 100	119,5	123,3	127,9	127,8	115,3	108,7	115,7	107,2	108,2
Reale Umsatzentwicklung insgesamt	1980 = 100	97,4	98,3	98,8	95,1	91,1	96,4	103,0	102,3	98,9
Entwicklung der Beschäftigtenzahl	1980 = 100	94,2	92,5	91,2	95,9	94,2	92,1	94,8	93,2	93,3

1) Einschließlich Wohnheime. - 2) Einschließlich Mehrwertsteuer.

Zahlenspiegel für das Saarland

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985			1986				
		Monats- durchschnitt	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.	
Gastgewerbe										
* Umsatz	1980 = 100	103,9	102,3	100,0	100,6	106,4	100,9	97,8	105,0	107,2
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	100,3	107,6	102,4	104,8	121,7	98,9	96,4	103,3	118,1
Gaststättengewerbe	1980 = 100	105,2	101,7	99,8	100,2	103,4	101,3	98,2	106,1	105,1
Beschäftigte	1980 = 100	97,9	95,3	95,0	98,0	96,8	100,3	101,8	102,4	102,8
Fremdenverkehr¹⁾										
* Fremdenmeldungen	Anzahl	32 709	33 708	34 246	34 414	41 598	35 503	32 418	37 237	45 263
* Ausländer	Anzahl	5 037	5 150	7 764	6 345	6 779	6 552	6 430	6 737	7 318
* Fremdenübernachtungen	Anzahl	95 382	101 607	111 998	112 011	115 493	107 347	103 481	114 942	112 011
* Ausländer	Anzahl	9 331	9 764	15 063	13 197	11 665	10 729	11 737	12 649	12 618
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Bergverkehr Mosel	1 000 t	321	321	373	467	318	360	255	181	325
* Talverkehr Mosel	1 000 t	271	314	289	348	316	258	232	254	272
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 061	3 871	4 397	3 165	3 473	4 832	4 448	3 757	4 183
* Personen- u. Kombinationskraftwagen	Anzahl	3 645	3 535	4 015	2 811	3 244	4 406	4 078	3 499	3 888
Bestand an Kraftfahrzeugen ²⁾	Anzahl	512 837	522 213	522 308	—	—	—	538 335	—	—
Personen- u. Kombinationskraftwagen	Anzahl	450 697	459 717	459 146	—	—	—	475 027	—	—
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	524	467	558	506	533	512	481	526	518
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	2 235	2 341	1 976	2 121	2 130	2 174	2 055	2 419	2 327
Verunglückte Personen	Anzahl	688	617	761	678	697	696	638	705	672
darunter:										
* Getötete	Anzahl	14	9	12	6	11	7	18	15	11
Straßenverkehrsunternehmen³⁾										
Wagenkilometer insgesamt	1 000	5 207	4 766	—	—	15 372	14 930	—	—	15 331
Beförderte Personen insgesamt	1 000	6 662	6 609	—	—	17 237	19 185	—	—	18 574
Erlöse aus Beförderungen insgesamt	1 000 DM	10 551	10 326	—	—	31 388	30 684	—	—	30 450
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen⁴⁾⁵⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾	Mio. DM	21 617,6	22 425,5	22 489,1	22 344,7	22 393,7	22 851,5	22 770,8	22 787,5	22 732,6
* darunter: Kredite an inländische										
Nichtbanken	Mio. DM	21 209,1	21 995,5	22 072,2	21 924,9	21 957,7	22 435,6	22 363,4	22 384,2	22 331,6
an Unternehmen und Privatpersonen	Mio. DM	17 264,5	17 969,4	18 019,2	17 946,9	18 041,4	18 454,6	18 436,7	18 447,7	18 457,0
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	3 944,6	4 026,2	4 053,0	3 978,0	3 916,3	3 981,0	3 926,7	3 936,5	3 874,6
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mio. DM	4 669,6	4 799,4	4 883,3	4 714,3	4 651,4	4 864,0	4 745,8	4 686,7	4 640,4
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	4 439,2	4 471,6	4 521,7	4 409,1	4 401,9	4 442,9	4 414,1	4 347,1	4 303,1
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	230,4	327,8	361,6	305,2	249,5	421,1	331,7	339,6	337,3
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mio. DM	2 132,8	2 094,6	2 088,3	2 083,7	2 099,5	2 026,1	2 057,0	2 047,9	1 996,0
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	1 865,0	1 825,6	1 803,7	1 807,4	1 822,9	1 750,6	1 758,8	1 750,7	1 754,0
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	267,8	269,1	284,6	276,3	276,6	275,5	298,2	297,2	242,0
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre) ⁷⁾	Mio. DM	14 406,8	15 101,5	15 100,6	15 126,9	15 206,8	15 545,5	15 560,6	15 649,6	15 695,2
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	10 960,3	11 672,2	11 693,8	11 730,4	11 816,6	12 261,1	12 263,8	12 349,9	12 399,9
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	3 446,5	3 429,3	3 406,8	3 396,5	3 390,2	3 284,4	3 296,8	3 299,7	3 295,3

1) Ab Januar 1981 neuer Berichtskreis. - 2) Jahresende bzw. 30. Juni. - 3) Ab Oktober 1984 vierteljährliche Erhebung bei allen Unternehmen mit 6 und mehr Bussen. - 4) Ohne Kredite von - / und Einlagen bei der Landeszentralbank im Saarland. - 5) Durch das Hinzukommen der ab 31. 12. 1985 neu berichtspflichtigen Kreditgenossenschaften ist die Vergleichbarkeit der Daten eingeschränkt. - 6) Ohne Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen und Bestände an Wertpapieren. - 7) Einschl. durchlaufende Kredite.

Zahlenspiegel für das Saarland

Berichtsmerkmal	Einheit	1984		1985			1986			
		Monats- durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Einlagen von Nichtbanken	Mio. DM	17 336,7	18 437,5	18 399,9	18 341,3	18 267,5	19 464,1	19 452,9	19 649,8	19 765,2
* Sichteinlagen ¹⁾	Mio. DM	2 730,7	2 813,6	2 825,0	2 702,2	2 687,4	3 010,9	2 932,2	2 963,6	2 977,2
* von Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	2 528,4	2 612,2	2 609,6	2 510,0	2 535,6	2 803,1	2 725,3	2 759,5	2 796,4
* von öffentlichen Haushalten	Mio. DM	161,4	158,6	169,0	152,0	111,6	157,0	154,9	147,7	130,9
Termingelder ¹⁾	Mio. DM	6 234,1	6 799,8	6 824,7	6 873,0	6 786,4	6 944,5	7 038,5	7 164,5	7 237,5
* von Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	5 201,6	5 619,4	5 678,8	5 676,0	5 567,1	5 779,9	5 841,0	5 915,9	5 957,2
* von öffentlichen Haushalten	Mio. DM	864,1	970,8	950,4	1 010,6	1 034,0	1 003,2	1 029,1	1 057,0	1 074,3
* Spareinlagen	Mio. DM	8 371,9	8 824,1	8 750,2	8 766,1	8 793,7	9 508,7	9 482,2	9 521,7	9 560,5
* bei Sparkassen	Mio. DM	5 234,9	5 544,9	5 504,8	5 516,0	5 532,0	5 849,6	5 832,4	5 850,7	5 868,2
* Gutschriften auf Sparkonten	Mio. DM	380,1	394,3	432,1	361,9	328,0	320,0	415,1	361,7	328,9
* Lastschriften auf Sparkonten	Mio. DM	386,4	379,6	488,3	347,4	301,9	317,2	443,8	323,5	302,0
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse insgesamt ²⁾³⁾	Anzahl	265	363	28	22	28	18	49	41	29
eröffnete Konkurse	Anzahl	39	47	5	5	7	3	7	11	—
Angemeldete Forderungen insgesamt ²⁾	1 000 DM	143 374	175 137	37 117	11 537	13 226	4 504	24 584	71 111	5 145
bei eröffneten Konkursen	1 000 DM	73 992	43 095	14 853	1 781	5 679	2 600	290	19 251	—
Vergleichsverfahren ²⁾	Anzahl	—	3	—	—	—	—	—	—	—
Wechselproteste ⁴⁾	Anzahl	418	413	582	356	314	452	481	308	373
Wechselsumme	1 000 DM	2 902	2 542	2 495	1 605	1 723	3 147	3 291	2 422	2 648
Unbezahlt gebliebene Schecks	Anzahl	1 337	1 352	1 545	1 135	1 326	1 344	1 364	1 110	1 290
Schecksumme	1 000 DM	2 939	3 212	2 733	2 135	5 775	2 952	2 778	2 535	3 024
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten im Saarland										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	350 552	360 053	321 969	323 384	415 597	458 874	322 107	266 356	461 739
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	199 250	197 744	154 044	185 276	271 341	286 650	158 080	152 033	304 655
* Lohnsteuer	1 000 DM	168 622	180 940	186 693	191 240	170 865	170 371	187 815	170 949	186 148
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	7 833	5 226	— 30 441	— 13 744	62 283	46 493	— 30 177	— 13 000	58 782
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	18 987	9 453	— 7 518	4 380	38 212	69 776	354	— 5 933	59 684
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	151 302	161 932	167 828	137 506	144 247	169 455	158 132	110 579	156 649
* Umsatzsteuer	1 000 DM	67 107	74 293	69 391	48 854	73 794	83 857	70 926	23 860	87 860
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	84 194	87 640	98 437	88 652	70 453	85 599	87 206	86 719	68 789
* Bundessteuern	1 000 DM	12 426	11 742	10 653	10 746	10 993	10 678	8 618	11 527	9 976
* Landessteuern ⁵⁾	1 000 DM	23 510	26 328	27 775	29 384	20 007	27 654	32 844	31 527	22 209
* Gemeindesteuern	1 000 DM	38 018	37 860	—	115 856	—	—	—	108 393	—
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	178 539	180 068	168 629	170 452	185 030	259 640	166 292	149 160	233 368
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	86 391	85 801	65 352	79 627	118 189	128 446	70 165	66 042	134 176
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	78 085	80 876	92 360	75 297	55 841	120 450	87 380	67 505	89 147
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	1 637	1 649	264	4 782	7	66	129	4 086	69
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	184 755	194 833	168 859	176 002	226 609	205 171	173 890	144 729	223 956
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	86 391	85 801	65 352	79 627	118 189	128 446	70 165	66 042	134 176
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	73 217	81 056	75 468	62 209	88 406	49 005	70 752	43 074	67 502
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	1 637	1 649	264	4 782	7	66	129	4 086	69
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	60 613	62 436	—	170 748	—	—	—	172 252	—
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	22 526	22 285	—	69 092	—	—	—	63 831	—
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	25 993	27 891	—	64 830	—	—	—	72 285	—
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung⁶⁾										
Lebenshaltung insgesamt	1980 = 100	118,4	121,0	121,3	120,9	121,1	121,4	120,7	120,5	120,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	114,9	115,2	115,2	114,4	114,3	116,6	115,3	114,6	114,1
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	121,6	126,8	126,9	126,9	127,7	129,5	129,5	129,5	130,6
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	123,5	128,0	128,2	128,3	128,9	126,6	126,3	126,5	126,5
Wohnungsmieten	1980 = 100	121,1	124,5	125,1	125,1	125,1	128,8	129,1	129,1	129,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	129,6	136,7	136,2	136,5	138,5	121,1	119,2	119,9	119,5
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	1980 = 100	114,2	116,3	116,3	116,4	116,7	117,5	117,5	117,4	117,6
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	118,3	120,1	120,0	120,1	121,1	121,5	121,2	121,3	121,4
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	118,7	121,0	122,2	121,4	120,6	114,9	113,3	113,0	114,5
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes)	1980 = 100	116,5	118,0	117,6	117,4	118,0	120,2	119,8	119,8	119,8
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1980 = 100	119,6	124,8	125,6	125,3	125,8	130,1	130,1	130,4	130,4

1) Einschließlich Sparbriefe, Namens-Sparschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen.- 2) Jahresergebnis statt MD.- 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkursverfahren.- 4) Ohne Proteste von Privaten durch Gerichtsvollzieher, Notare und Postanstalten.- 5) Einschließlich der steuerähnlichen Abgaben.- 6) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Zahlenspiegel für das Saarland

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985		1986			
		Monats- durchschnitt	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	
Löhne und Gehälter								
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau								
Bruttowochenverdienste								
• männliche Arbeiter	DM	681	709	714	717	708	725	745
• darunter Facharbeiter	DM	718	750	756	759	748	764	781
• weibliche Arbeiter	DM	465	483	486	483	480	496	509
• darunter Hilfsarbeiter	DM	452	467	473	463	461	481	491
Bruttostundenverdienste								
• männliche Arbeiter	DM	16,65	17,44	17,52	17,58	17,70	17,79	18,17
• darunter Facharbeiter	DM	17,46	18,30	18,42	18,42	18,56	18,65	19,05
• weibliche Arbeiter	DM	11,76	12,31	12,41	12,37	12,41	12,61	12,93
• darunter Hilfsarbeiter	DM	11,48	12,01	12,14	12,03	12,05	12,22	12,62
Angestellte, Bruttomonatsverdienst in Industrie u. Hoch- und Tiefbau,								
• kaufmännische Angestellte,								
• männlich	DM	3 955	4 104	4 116	4 127	4 217	4 236	4 295
• weiblich	DM	2 658	2 753	2 750	2 770	2 792	2 804	2 859
• technische Angestellte,								
• männlich	DM	4 431	4 651	4 702	4 677	4 725	4 763	4 871
• weiblich	DM	2 726	2 843	2 838	2 850	2 872	2 858	2 942
• in Handel, Kredit u. Versicherungen								
• kaufmännische Angestellte								
• männlich	DM	3 299	3 432	3 442	3 432	3 490	3 623	3 605
• weiblich	DM	2 192	2 309	2 314	2 340	2 381	2 453	2 458

Bundeszahlen

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985			1986				
		Monats- durchschnitt	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung	1 000	61 175	61 024	61 025	61 031	61 035
Arbeitslose	1 000	2 266	2 304	2 221	2 217	2 152	2 078	2 132	2 120	2 046
Männer	1 000	1 277	1 289	1 194	1 176	1 133	1 077	1 092	1 080	1 040
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
Beschäftigte	1 000	6 854	6 943	6 964	7 007	7 040	7 044	7 096	7 122	7 149
Geleistete Arbeiterstunden	Mio. Std.	653	759	658	611	675	659	675	594	680
Gesamtumsatz	Mio. DM	116 538	124 713	125 568	111 016	130 728	125 026	121 608	104 803	129 463
Index der Nettoproduktion ¹⁰⁾ im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	1980 = 100	99,2	104,6	99,8	89,9	109,6	111,3	100,8	90,4	111,4
Bergbau	1980 = 100	90,1	91,1	84,0	81,6	85,7	85,4	79,4	79,2	78,5
Grundstoffe und Produktionsgüter	1980 = 100	97,8	99,1	98,5	93,4	102,4	103,6	96,1	89,9	100,9
Investitionsgüter	1980 = 100	102,2	112,7	106,3	89,8	119,8	124,4	108,2	92,8	123,9
Verbrauchsgüter	1980 = 100	94,0	95,1	87,0	81,0	102,7	98,1	91,2	80,3	104,3
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	101,1	104,0	101,1	97,2	104,0	104,3	103,8	100,8	108,0
Steinkohlenförderung	1 000 t	6 619	6 867	7 528	7 184	6 911	6 482	7 329	6 577	6 401
Rohbraunkohlenförderung	1 000 t	10 562	10 056	9 435	9 137	9 745	7 727	8 872	8 276	8 143
Produktion von Rohstahl	1 000 t	3 282	3 375	3 436	3 264	3 500	3 208	2 918	2 994	3 120
Roheisen	1 000 t	2 517	2 628	2 740	2 559	2 702	2 455	2 243	2 353	2 424
Walzstahl	1 000 t	2 330	2 410	2 328	2 358	2 598	2 443	2 145	2 105	2 555
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 106	1 026	1 055	1 066	1 070	1 012	1 022	1 032	1 036
Löhne und Gehälter	Mio. DM	3 184,4	2 851,2	3 288,0	3 022,3	3 182,1	3 015,5	3 247,9	3 023,3	3 181,9
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	121 729	105 792	134 105	115 986	132 385	121 325	128 498	108 831	131 800
für Wohnungsbau	1 000 Std.	51 742	40 354	51 310	41 796	50 100	44 115	45 110	36 943	46 259
gewerblichen und industriellen Bau	1 000 Std.	30 001	27 644	33 494	31 127	32 648	31 291	34 132	29 563	34 694
Produktionsindex Baugewerbe ²⁾¹⁰⁾	1980 = 100	89,5	83,7	107,5	93,9	107,2	100,7	107,1	91,1	...
Handel										
Einfuhr	Mio. DM	36 188	38 651	41 136	35 620	36 471	34 470	34 528	27 975	34 045
Ernährungswirtschaft	Mio. DM	4 551	4 829	5 012	4 302	4 417	4 562	4 259	3 977	4 367
Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	31 081	33 190	35 445	30 823	31 368	29 089	29 596	23 537	29 046
Ausfuhr	Mio. DM	40 685	44 764	47 896	38 967	43 901	44 395	45 417	36 117	44 407
Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	38 195	42 151	45 183	36 599	41 286	41 914	42 841	33 785	41 821
Fertigwaren	Mio. DM	34 156	38 017	40 724	33 009	37 329	38 605	39 857	31 292	38 835
Einzelhandelsumsätze in jeweiligen Preisen	1980 = 100	111,3	113,9	114,6	106,8	107,1	110,9	116,1	104,5	112,9P
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1980 = 100	106,9	103,1	103,7	102,7	102,7	98,9	99,0	98,1	98,6P
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1980 = 100	119,2	121,8	122,1	121,9	122,1	118,5	117,7	117,5	117,5
Preisindex für Wohngebäude ⁵⁾	1980 = 100	114,0	114,5	-	114,8	-	-	-	116,7	-
Preisindex für die Lebenshaltung ⁶⁾	1980 = 100	118,4	121,0	121,1	120,7	120,9	121,1	120,5	120,2	120,4
Lebenshaltung insgesamt	1980 = 100	116,0	116,9	117,2	116,0	116,2	118,9	118,4	117,2	117,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	115,7	118,4	118,1	118,3	118,8	120,5	120,6	120,7	121,0
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	120,0	123,9	124,1	124,3	124,5	126,3	126,6	126,8	126,9
Wohnungsmieten	1980 = 100	128,8	133,4	131,5	131,8	134,3	116,0	112,0	113,1	112,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	115,9	117,7	117,8	118,0	118,1	119,0	119,1	119,2	119,3
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1980 = 100	115,9	117,7	117,8	118,0	118,1	119,0	119,1	119,2	119,3
Geld und Kredit⁷⁾										
Bargeldumlauf	Mio. DM	109 592	114 719	110 045	110 199	109 603	116 067	118 584	118 373	117 727
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Kreditinstituten ¹¹⁾	Mio. DM	1 454 556	1 551 399	1 465 354	1 473 149	1 476 201	1 606 609	1 609 016	1 623 520	1 627 031P
Spareinlagen	Mio. DM	568 814	601 599	569 015	570 470	572 526	633 284	632 431	635 365	637 073P
Kredite an ⁸⁾¹¹⁾	Mio. DM	1 468 765	1 548 171	1 500 842	1 503 658	1 512 910	1 606 201	1 608 519	1 612 174	1 618 800P
Unternehmen und Privatpersonen ⁹⁾	Mio. DM	446 836	465 764	456 062	455 882	456 936	460 693	464 385	463 699	463 339P
Öffentliche Haushalte	Mio. DM	446 836	465 764	456 062	455 882	456 936	460 693	464 385	463 699	463 339P
Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)										
Kassenmäßige Einnahmen aus Bundes- und Landessteuern	Mio. DM	31 824	33 527	29 293	28 478	42 369	43 940	30 830	30 274	42 904
Veranlagte Einkommensteuer	Mio. DM	2 197	2 384	- 778	- 569	8 299	7 284	- 655	- 446	8 257
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mio. DM	9 207	9 152	8 468	8 629	8 639	9 340	8 849	9 508	8 168
Zölle	Mio. DM	445	451	428	429	429	419	424	426	424
Tabaksteuer	Mio. DM	1 202	1 204	1 163	1 251	1 193	1 096	1 259	1 219	1 317
Branntweinmonopol	Mio. DM	353	346	320	316	267	320	327	276	302

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 2) Ohne Ausbaugewerbe. - 3) Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer und ohne Aufwertungsausgleich. - 4) Die Durchschnitte wurden berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittswerte der einzelnen Waren mit den entsprechenden Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1976. - 5) Einschließlich Umsatz- (Mehrwert-)steuer. - 6) Aller privaten Haushalte. - 7) Stand am Monatsende; statt MD Bestand am Jahresende. - 8) Kredite aller Kreditinstitute an Nichtbanken. - 9) Einschließlich Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost. - 10) Kalendermonatlich, für fachliche Unternehmensteile. - 11) Durch das Hinzukommen der ab 31.12.1985 neu berichtspflichtigen Kreditgenossenschaften ist die Vergleichbarkeit der Daten eingeschränkt. - p) Vorläufige Zahl.

ANHANG

Mitteilungen des Amtes

Erhebung im Bereich der Jugendhilfeeinrichtungen gestartet

Im Januar 1987 wurden vom Statistischen Amt des Saarlandes die Erhebungsunterlagen zur Statistik der Jugendhilfe „Einrichtungen und tätige Personen 1986“ versandt. Die Erhebung findet in vierjährigem Turnus jeweils zum Stichtag 31. Dezember aufgrund des Gesetzes über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz statt.

Danach sind auskunftspflichtig: die Jugendwohlfahrtsbehörden sowie die kreisangehörigen Gemeinden ohne eigenes Jugendamt, soweit sie Aufgaben der Jugendhilfe erfüllen, die Träger der freien Jugendhilfe und die privatgewerblichen Träger. Erfragt werden u.a. Angaben über Anzahl, Arbeitsbereich und Stellung im Beruf der in der Jugendhilfe tätigen Personen sowie Anzahl und Art der Einrichtungen und Art der Träger der Einrichtungen oder Geschäftsstellen bis hin zur untersten organisatorischen Einheit.

Aktuelle Informationen über diesen Bereich sind für alle an der Jugendpolitik und Förderung der Jugendhilfe Beteiligten von großer Bedeutung und werden als Infrastrukturdaten von Bund, Ländern und Gemeinden gleichermaßen benötigt. Ziel der Erhebung ist es, einen vollständigen Überblick über Einrichtungen der Jugendhilfe sowie über darin tätige Personen nach beruflicher Qualifikation, Arbeitsbereich und Art der Beschäftigung zu erhalten.

Das Statistische Amt des Saarlandes bittet die Auskunftspflichtigen um rege Unterstützung bei dieser Erhebung.

Faltblatt BILDUNG 86/87 erschienen

Soeben hat das Statistische Amt des Saarlandes eine kleine Broschüre mit dem Titel „BILDUNG 86/87 – Kurzinformationen“ herausgegeben.

Sie enthält bildungsstatistische Grund- und Strukturdaten, angefangen von den Kindertageseinrichtungen über allgemeinbildende und berufliche Schulen, Studenten, Prüfungskandidaten, Personen und Raumbestand der Hochschulen bis hin zur Erwachsenenbildung im Saarland. Ergebnisse der Statistik der Studien- und Berufswünsche sind ebenso zu finden wie Daten über die Auszubildenden im Saarland.

Benutzer, die sachlich, zeitlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse der amtlichen Statistik benötigen, seien auf den Quellennachweis verwiesen, in welchem alle Publikationen des Statistischen Amtes mit Angaben über das Bildungswesen des Saarlandes verzeichnet sind.

Das Faltblatt „BILDUNG 86/87“ kann ab sofort beim Statistischen Amt des Saarlandes, Hardenbergstraße 3, 6600 Saarbrücken, Telefon-Nummer 0681/505-938, kostenlos bezogen werden.

statistik anno dazumal

F. Armenpflege.

Landarmenverband.

I. Allgemeines.

Eine weitere Steigerung hat im Laufe des Rechnungsjahres 1932 die Zahl der landarmen Personen, die in den verschiedenen Formen der öffentlichen Armenpflege unterstützt worden sind, erfahren; sie ist von 2076 im Jahre 1930 bzw. 2748 im Jahre 1931 auf 3877 im Jahre 1932 gestiegen.

Hiervon befanden sich:

1. in der eigenen unmittelbaren Fürsorge des Landarmenverbands und zwar in
Anstaltspflege 270 Personen
 2. in der vorläufigen Fürsorge
 - a) von saarländischen Ortsarmenverbänden 3393 „
 - b) von aussersaarländischen Fürsorgeverbänden
und sonstigen Behörden 214 „
- Summa: 3877 Personen.

Vergleicht man diese Zahl mit der Bevölkerungszahl des Saargebiets von 823444, so kommen auf 10000 Einwohner 47 landarme Personen, die einen Unterstützungswohnsitz innerhalb des Saargebiets oder einen gewöhnlichen Aufenthalt im übrigen Reichsgebiet nicht besitzen.

Die Zahlenverhältnisse der durch den Landarmenverband in Anstalten untergebrachten Land- und Ortsarmen ergeben folgendes Bild:

Als geisteskrank befanden sich am 1. April 1932 in der Fürsorge des Landarmenverbands 1014 Personen und am Ende des Berichtsjahres, also am 31. März 1933, = 1042 Personen.

Hiervon waren untergebracht:

1. in der Heil- und Pflegeanstalt Merzig 801 Personen
 2. im Landeskrankenhaus Homburg 56 „
 3. in anderen Anstalten 185 „
- Summe: 1042 Personen.

Die Zahl der Geisteskranken von 1042 mit der Bevölkerungszahl des Saargebiets in Vergleich gezogen, ergibt auf je 10000 Einwohner 12 Geistesranke in der öffentlichen Fürsorge.

Bei den Idioten ist die Zahl von 630 auf 590

bei den Epileptikern von 163 auf 155 gefallen.

Bei den nicht mehr zu unterrichtenden Taubstummen ist die Zahl von 19 auf 21 gestiegen, bei den nicht mehr zu unterrichtenden Blinden von 24 auf 23 und

bei den kranken Siechen von 26 auf 24 gefallen.

Krüppel waren am 1. April 1932 = 201 und am 1. April 1933 = 199 vorhanden.

Bei den beschulten blinden Kindern ist die Zahl von 19 auf 23, und bei den beschulten taubstummen Kindern von 96 auf 101 gestiegen.

Korrigenden waren am 1. April 1932 = 5 und Ende März 1933 = 4 vorhanden.

2. Unterhaltung und Pflege der Landarmen.

Im Berichtsjahre wurden vom Landarmenverband in 3877 Fällen (2748) Unterstützungen gezahlt und zwar:

a. in 904 Fällen (763) Unterstützungen von weniger als dreimonatiger Dauer	} in offener Armenpflege.
b. „ 926 „ (666) „ „ mehr als dreimonatiger Dauer	
c. „ 736 „ (509) „ „ weniger als dreimonatiger Dauer	} in geschlossener Armenpflege.
d. „ 603 „ (456) „ „ mehr als dreimonatiger Dauer	
e. „ 708 „ (354) „ für durchreisende Hilfsbedürftige.	
zus. 3877	

Hiervon befanden sich auf endgültige Kosten des Landarmenverbands des Saargebiets:

a. in der eigenen unmittelbaren Fürsorge des Landarmenverbands und zwar in Anstaltspflege:					
Lfd. Nr.	Art	Pflegefälle am 1. April 1932	Im Laufe des Berichtsjahres traten ein:		Demnach Pflegefälle am 31. März 1933
			Zugänge:	Abgänge:	
1	Geistesranke	104	22	25	101
2	Idiote	36	4	9	31
3	Epileptiker	4	2	1	5
4	Taubstumme	1	1	—	2
5	Blinde	4	2	—	6
6	Rranke Sieche	17	3	1	19
7	Krüppel	6	6	5	7
8	Kinder	16	6	—	22
9	Wanderpfleglinge	9	27	22	14
Insgesamt:		197	73	63	207

270

b.) in vorläufiger Fürsorge von saarländischen Ortsarmenverbänden:					
Lfd. Nr.	Des Kreises oder Bezirkes	Pflegefälle am 1. April 1932	Im Laufe des Berichtsjahres traten ein:		Demnach Pflegefälle am 1. März 1933
			Zugänge:	Abgänge:	
1	Merzig	24	107	93	38
2	Ottweiler	135	491	315	311
3	Saarbrücken-Stadt	321	687	381	627
4	Saarbrücken-Land	291	392	106	577
5	Saarlouis	111	128	105	134
6	St. Wendel	11	209	200	20
7	Homburg	50	211	194	67
8	St. Ingbert	44	181	113	112
Insgesamt:		987	2406	1507	1886

3393

*) Die in den einzelnen Übersichten in Klammern beigefügten Zahlen sind diejenigen des Vorjahres.

c. in der vorläufigen Fürsorge von aussersaarländischen Fürsorgeverbänden und sonstigen Behörden:					
Lfd. Nr.	Fürsorgeverbände oder sonstige Behörden	Pflegefälle am 1. April 1932	Im Laufe des Berichtsjahres traten ein:		Demnach Pflegefälle am 31. März 1933
			Zugänge:	Abgänge:	
1	Im übrigen Reichsgebiet	49	108	88	69
2	Im Ausland	14	43	21	36
	Insgesamt:	63	151	109	105
		(214)			

	Gesamtpflegefälle	Abgänge	Pflegefälle am 31. März 1933
Endergebnis:	3877	1679	2198

Die im Berichtsjahre eingetretenen Abgänge der Landarmen			
sind zurückzuführen auf	bezeichnen sich bei		betragen sonach insgesamt:
	Personen, die unmittelbar beim Landarmenverband des Saargebietes	Personen, die vorläufig bei saarl. Ortsarmenverbänden	
	in Fürsorge standen, auf:		
a. Ableben	28	68	96 (108)
b. Genesung	24	595	619 (315)
c. Entweichung	1		1 (3)
d. sonstige Gründe	58	905	963 (1075)
Insgesamt:	111	1568	1679

Die gesamten Aufwendungen des Landarmenverbands für die Landarmen haben im Berichtsjahre betragen 6988017 francs (4790323 francs).

Von diesen Armenpflegekosten konnten wieder 86770.- francs (102542 francs) und zwar von den unterhaltspflichtigen Angehörigen der Unterstützten und von den verschiedenen Trägern der Sozialversicherung eingezogen werden.

Demnach betragen im Berichtsjahre die Nettoaufwendungen des Landarmenverbands für die Landarmen insgesamt: 6901247 francs (4687781 francs).

Quelle: Jahresbericht der Abteilungen Volkswohlfahrt, Landwirtschaft und Forsten, Arbeitsamt und Versicherungswesen der Regierungskommission des Saargebietes Saarbrücken 1932, S. 89 - 91

**Veröffentlichungen des Statistischen Amtes
des Saarlandes
in den Monaten September/Oktober 1986**

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 1. Vierteljahr 1986	A II 1 — vj 1/86	Bauhauptgewerbe und Aus- baugewerbe im Juni 1986	E II 1 E III 1 — m 6/86
Wanderungen 1985	A III 1 — j 1985	Bauhauptgewerbe und Aus- baugewerbe im Juli 1986	E II 1 E III 1 — m 7/86
Wanderungen im 1. Vierteljahr 1986	A III 1 — vj 1/86	Das Handwerk im 2. Vierteljahr 1986	E V 1 — vj 2/86
Sterbefälle nach Todesursachen im 2. Vierteljahr 1986	A IV 3 — vj 2/86	Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau 1985	F II 5 — j 1985
Sozialversicherungspflichtig be- schäftigte Arbeitnehmer am 31. Dezember 1985	A VI 5 — vj 4/85	Einzelhandel im Juli 1986	G I 1 — m 7/86
Allgemeinbildende Schulen im Saarland im Schuljahr 1985/86	B I 1 — j 1985/86,II	Außenhandel im Juni 1986 (Halbjahresergebnis)	G III 1,3 — m 6/86
Rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte im Jahre 1985	B VI 1 — j 1985	Fremdenverkehr von Januar bis Juni 1986 (1. Halbjahr 1986)	G IV 1 — m 6/86
Strafvollzug im Saarland 1985/86	B VI 6 — j 1985/86	Gastgewerbe im Juli 1986	G IV 3 — m 7/86
Rindvieh- und Schafbestände am 3. Juni 1986	C III 1 — vj 2/86	Straßenverkehrsunfälle im April 1986	H I 1 — m 4/86
Schlachtungen und Fleischanfall im 2. Vierteljahr 1986	C III 2 — vj 2/86	Straßenverkehrsunfälle im Mai 1986	H I 1 — m 5/86
Milcherzeugung und -verwendung im 1. Halbjahr 1986	C III 3 — hj 1/86	Straßenverkehrsunfälle im Juni 1986 (1. Halbjahr 1986)	H I 1 — m 6/86
Kapitalgesellschaften im Kalenderjahr 1985	D I 1 — j 1985	Preisindex für die Lebens- haltung August 1986	M I 2 — m 8/86
Gewerbean- und -abmeldungen im Saarland 1985	D I 2 — j 1985	Durchschnittliche Kaufwerte von Bauland im Saarland 1985	M I 6 — j 1985
Gewerbean- und -abmeldungen im 2. Halbjahr 1985	D I 2 — hj 2/85	Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im April 1986	N I 1 — vj 2/86
Bergbau und Verarbeitendes Ge- werbe im Juli 1986	E I 1 — m 7/86	Umweltschutzinvestitionen im Produ- zierenden Gewerbe 1984	Q III 1 — j 1984
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes Juli 1986	E I 2 E I 5 — m 7/86	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis Juni 1986	Z 1 — m 6/86

**Veröffentlichungen des Statistischen Amtes
des Saarlandes**

in den Monaten Oktober/November 1986

Bevölkerungsentwicklung im 1. Vierteljahr 1986	A I 1 A I 2 - vj 1/86	Außenhandel im Juli 1986	G III 1,3 - m 7/86
Studierende an den Hochschulen des Saarlandes im Winter- semester 1985/86	B III 1 - hj 2/85-86	Fremdenverkehr im Juli 1986	G IV 1 - m 7/86
Erwachsenenbildung im Saarland im Jahre 1985	B IV 1 - j 1985	Personenverkehr der Straßen- verkehrsunternehmen im 2. Vierteljahr 1986	H I 4 - vj 2/86
Kindertageseinrichtungen im Saarland 1986	B V 8 - j 1986	Binnenschifffahrt April bis Juni 1986	H II 1 - vj 2/86
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im August 1986	E I 1 - m 8/86	Zahlungsschwierigkeiten im Jahre 1985	J I 1 - j 1985
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes August 1986	E I 2 E I 5 - m 8/86	Öffentliche Jugendhilfe im Jahre 1985	K I 3 - j 1985
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im August 1986	E II 1 E III 1 - m 8/86	Kommunale Finanzen im 2. Vierteljahr 1986	L II 2 - vj 2/86
Baugenehmigungen im 3. Vierteljahr 1986	F II 1 - vj 3/86	Preisindex für die Lebenshaltung September 1986	M I 2 - m 9/86
Einzelhandel im August 1986	G I 1 - m 8/86	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis Juli 1986	Z 1 - m 7/86
		Aktuelle Konjunkturdaten des Grenzraumes Saar-Lor-Lux- Trier/Westpfalz 2. Quartal 1986	Z 2 - vj 2/86

**Veröffentlichungen des Statistischen Amtes
des Saarlandes**

in den Monaten November/Dezember 1986

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 1986/87	B I 1-j 1986/87	Abschlußprüfungen an den Hochschulen des Saarlandes im Studienjahr 1984/85	B III 3 - j 1984/85
Berufliche Schulen im Schuljahr 1985/86	B II - j 1985/86	Bodennutzung 1986	C I 1 - j 1986

Schlachtungen und Fleisch- anfall im 3. Vierteljahr 1986	C III 2 — vj 3/86	Straßenverkehrsunfälle im August 1986	H I 1 — m 8/86
Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft 1986	C IV 7 — j 1986	Binnenschifffahrt Juli bis September 1986	H II 1 — vj 3/86
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im September 1986	E I 1 — m 9/86	Sozialhilfe im Saarland 1985	K I 1 — j 1985
Index der Nettoproduktion und Produktion ausge- wählter Erzeugnisse im Produ- zierenden Gewerbe des Saarlandes September 1986	E I 2 — m 9/86 E I 5	Die öffentliche Verschuldung im Jahre 1985	L III 1 — j 1985
Bauhauptgewerbe und Aus- baugewerbe im September 1986	E II 1 — m 9/86 E III 1	Preisindex für die Lebens- haltung Oktober 1986	M I 2 — m 10/86
Totalerhebung im Bauhaupt- gewerbe 1986	E II 2 — j 1986	Preisindex für die Lebens- haltung November 1986	M I 2 — m 11/86
Jährliche Erhebung im Ausbau- gewerbe 1986	E III 2 — j 1986	Preisindex für Bauwerke August 1986	M I 4 — vj 3/86
Das Handwerk im 3. Vierteljahr 1986	E V 1 — vj 3/86	Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Juli 1986	N I 1 — vj 3/86
Bautätigkeit im Jahr 1985	F II 1,2,3,4 — j 1985	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis August 1986	Z 1 — m 8/86
Einzelhandel im September 1986	G I 1 — m 9/86	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis September 1986	Z 1 — m 9/86
Außenhandel im August 1986	G III 1,3 — m 8/86		
Außenhandel im September 1986	G III 1,3 — m 9/86		
Fremdenverkehr im August 1986	G IV 1 — m 8/86		
Gastgewerbe im August 1986	G IV 3 — m 8/86		
Gastgewerbe im September 1986	G IV 3 — m 9/86		
Straßenverkehrsunfälle im Juli 1986	H I 1 — m 7/86		

VERÖFFENTLICHUNGEN

I. Zusammenfassende Schriften

Statistisches Handbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Taschenbuch für das Saarland".

Das Statistische Handbuch vermittelt aus dem Bereich der amtlichen Statistik die jeweils aktuellen Ergebnisse. Dem Benutzer steht reiches Zahlenmaterial aus sämtlichen Bereichen des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens zur Verfügung. Durch Zeit- und regionale Vergleiche lassen sich Entwicklungen in der Bevölkerungs-, der Wirtschafts- und Sozialstruktur erkennen.

Statistisches Taschenbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Handbuch für das Saarland".

Das Statistische Taschenbuch will die zweijährliche Erscheinungsphase des "Handbuchs" durch Publikation der jeweils neuesten, wichtigsten Daten der amtlichen Statistik ausfüllen. In seiner Gliederung ist es nicht so differenziert angelegt wie das bedeutend umfangreichere "Handbuch". In einem Anhang werden zusätzlich die wichtigsten Daten der amtlichen Statistik für das Bundesgebiet aufgeführt.

SAARLAND HEUTE — Statistische Kurzinformationen (erscheint jährlich)

II. Fachstatistische Schriften

Handbuch Steuern und Finanzen

Erscheinungsweise jährlich.

Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für Gemeinden und Land.

Statistische Berichte

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neuesten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und bundeseinheitlich festgelegt.

BILDUNG — Kurzinformationen (erscheint jährlich)

III. Reihen

Einzelschrift zur Statistik des Saarlandes

In dieser Reihe, die bis heute etwa 70 Einzelschriften umfaßt, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt.

Saarland in Zahlen (*Sonderhefte*)

In dieser Serie werden die Ergebnisse von periodisch wiederkehrenden Zählungen veröffentlicht.

Gemeinde- und Kreisstatistiken

In dieser im 2 Jahresrhythmus abwechselnd erscheinenden Reihe werden Informationen aus den verschiedensten Bereichen der Amtlichen Statistik auf Gemeinde- bzw. Kreisebene veröffentlicht.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (*Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Landesämter*)

Ergebnisse über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts nach Ländern sowie Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise, Erscheinungsweise ein- bis zweijährlich.

IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Krankenhausverzeichnis, Märkte im Saarland, Systematischer Datenbestandskatalog des saarländischen Informationssystems SAPLIS usw. werden jährlich aktualisiert herausgegeben.

Amtliches Behördenverzeichnis



Saarland

Statistisches Amt des Saarlandes — Presse- und Informationsdienst

Hardenbergstraße 3, 6600 Saarbrücken, ☎ 0681-505935/986, Btx * 2039560